

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 6. Juni 1980

14. Jahrgang

1 DM

Trotz beschönigender neuer Statistik

Über 6 Prozent Teuerung!

Energiekonzerne sind die Hauptpreistreiber

WIESBADEN.— In seinem Monatsbericht für Mai 1980 weist das Statistische Bundesamt in Wiesbaden eine Teuerung von 6,1 Prozent gegenüber Mai 1979 nach. Nur wenige Monate nach seiner Einführung hat der neue Index des Amtes zur Ermittlung der Preissteigerungen, der extra zur Volksberuhigung eingeführt wurde, seine Wirkung verloren — diese Teuerungsrate ist die höchste seit sechs Jahren!

Angesichts dieser massiven Preistreiber sind die von verschiedenen Gewerkschaften erzielten Lohntarife sechs bis acht Wochen nach ihrem Abschluß von der Preissteigerungsrate bereits eingeholt, die Nettolohnhöhungen gegenüber dem letzten Jahr bereits überholt. Hatte man unmittelbar vor den Tarifabschlüssen von einer Teuerung um vier Prozent geredet, unmittelbar nach den Abschlüssen von rund fünf Prozent, so sind jetzt sechs bereits ein Faktum, und weitere Steigerungen abzusehen.

Die Hauptschuldigen dieser Preisplünderung der Werktätigen in unserem Lande sind die Energiekonzerne, die ihre Monopolstellung gnadenlos ausnutzen, auch den letzten möglichen Pfennig herauszuholen. 26 Prozent betrug die Verteuerung von Kraftstoffen und Öl in Nordrhein-Westfalen innerhalb

zwölf Monate.

Und heute schon wetzen sie erneut die Messer! Da kündigen die deutschen Bosse der anglo-amerikanischen Ölmultis weitere 10 Pfennig Benzinpreissteigerung an, das Strommonopol RWE kündigt höhere Strompreise an und so weiter und so fort.

Wenn die Regierung zum Besten gibt, es handele sich nur um ausländische Einflüsse, die die Teuerung so massiv vorantreiben, so stimmt das insofern, als die Preiserhöhungen einen guten Teil jener Rekordmilliarden ausmachen, die die Tresore der Ölkönige füllen. Aber es stimmt natürlich insofern nicht, als die deutschen Energiekonzerne, seien es VEBA oder RWE, sich an der Preistreiber genauso beteiligen.

In dieser Situation müssen sich die werktätigen Menschen unseres Landes darauf vorbe-

reiten, mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ihren Lebensstandard gegen die Preistreiber der Monopole zu verteidigen, und wenn die Teuerung durch die Ölmultis gerade in Nordrhein-Westfalen besonders stark ausgeprägt ist, dann stellt sich vor dem Hintergrund der politischen Kräfteverhältnisse nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg die Frage, diese Partei beim Wort zu nehmen. Eine soziale Politik heißt hier eben die Erhöhung von Kilometergeldpauschalen und Heizölzuschüssen, wie es unsere Partei bereits in ihrer Erklärung zur Energiekrise forderte, und heißt auch, einen Preisstop zu verhängen. Hier tun über den gewerkschaftlichen Lohnkampf hinaus auch politische Initiativen dringend not, damit die ohnmächtige Wut gegen die Preistreiber zum Tragen kommen kann.



Kämpferisch war die Demonstration von 3 000 vorwiegend türkischen Antifaschisten gegen eine Veranstaltung des „Islamischen Kulturzentrums“, einer Tarnorganisation der Grauen Wölfe, in der Ischelandhalle in Hagen am Pfingstmontag. Die Demonstranten sammelten sich vor dem Hager Hauptbahnhof und marschierten in einem mächtigen und eindrucksvollen Zug durch die Innenstadt zur Ischelandhalle. Dort war ein mächtiges Polizeiaufgebot zum Schutz der Faschisten zusammengezogen worden. In Sichtweite der Halle fand die Abschlussskundgebung statt — kämpferisch und geordnet wie die Demonstration. „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!“ war eine der meistgerufensten Parolen (Bericht S. 7).

Mit Abfindungen und Entlassungen

Opel will über 6 000 Arbeitsplätze vernichten!

Die Automobilkrise wird akut

RÜSSELSHEIM.— Die Werksleitung von Opel in Rüsselsheim teilte in der letzten Woche der Öffentlichkeit mit, sie verhandle gegenwärtig mit dem Betriebsrat über eine „Verringerung des Personalüberhangs auf freiwilliger Basis“. Dadurch soll die Belegschaft um 3 000 bis 4 000 Mann reduziert werden. Durch Rationalisierungspläne werden im nächsten Jahr weitere 3 700 Arbeitsplätze überflüssig werden. Somit wird ein Sechstel aller Arbeitsplätze vernichtet, wenn es nach dem Willen der General-Motors-Bosse geht — Gerüchten zufolge wird auch eine völlige Schließung erwogen!

Dort, wo wie in Rüsselsheim die größeren, benzinfressenden Modelle hergestellt werden, wirkt sich die aus Amerika kommende Krise zuerst aus. Aber diese Entwicklung wird sich nicht auf solche Werke beschränken. Denn die Benzinverteuerung ist nur einer der Faktoren dieser Entwicklung, auch wenn er noch die kleineren Modelle erreichen wird. Das andere, Entscheidende, ist der gnadenlose Konkurrenzkampf der Automonopole. Bereits heute hat Europa eine Überkapazität von rund 1,7 Millionen PKW jährlich — und es werden gegenwärtig 12 riesige Werke gebaut, allein von General Motors sieben Fabriken. GMs

Taktik der voll spezialisierten Fabriken macht deutlich, daß ihr Ziel alles — oder nichts, und zwar auf Kosten der Arbeiter — heißt.

Im Betriebsrat und auf der Delegiertenkonferenz der IG Metall für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar wurden bereits Gegenmaßnahmen beschlossen. Die IG Metall wird in Rüsselsheim Demonstration und Kundgebungen organisieren, vielfach wurden Arbeitsniederlegungen gefordert. Der Kampf um die Verteidigung der Opel-Arbeitsplätze ist auch ein Kampf um die Existenz von Rüsselsheim und muß aus diesem zweifachen Grund mit allem Nachdruck geführt werden!

Diese Woche

DDR — die Versorgungslage wird chaotisch. Artikel über Warenverknappung und Preissteigerungen in der DDR auf Seite 3.

Grundsatzprogramm des DGB. Der DGB-Entwurf greift die Einheitsgewerkschaft an. Lesen Sie dazu den Artikel auf Seite 4.

Neue NRW-Regierung: Die liberale Ausrede gibt es nun nicht mehr. SPD-Rau stellte in der letzten Woche sein neues Kabinett vor. Artikel Seite 6.

Politische Gefangene in Angola. Informationen des Solidaritätskomitees für politische Gefangene in Angola auf Seite 10.

Sterben für die USA? Im Streit der Supermächte will sich die BRD ihr Stück vom Weltkuchen sichern. Welche Rolle spielt dabei der Osthandel? Lesen Sie dazu die neue Folge der Serie auf Seite 12.

Schickt Norwegen seine Sportler doch nach Moskau?

Die Bundesrepublik bleibt allein mit Monaco und Liechtenstein

Der Boykottbeschuß
muß aufgehoben werden!

Angesichts des Fiaskos der Carterschen Olympia-boykottpolitik in der ganzen Welt regt sich unter den Sportlern und NOK-Mitgliedern in der Bundesrepublik und Norwegen Widerstand gegen die Boykottbeschlüsse.

In Norwegen haben sich angesichts der Entwicklung die Mehrheitsverhältnisse im NOK geändert. Die Boykottgegner fordern eine erneute Abstimmung. Damit ist die Möglichkeit, daß auch Norwegen an den Olympischen Spielen in Moskau teilnimmt, in greifbare Nähe gerückt. In diesem Falle stände die Bundesrepublik mit den Fürstentümern Monaco und Liechtenstein in Europa allein — deutlich erkennbar als Dressuraffchen der Amis.

Doch auch in der Bundesrepublik ist die Bevölkerung, sind die Sportler und einzelne Sportfunktionäre immer weniger be-

reit, den Boykott hinzunehmen. In der letzten Woche mehrten sich wieder die Stimmen, die eine Revision des Düsseldorfer NOK-Beschlusses forderten. NOK-Chef Willi Daume erklärte in einem Rundfunkinterview: „Noch sind nicht alle Türen zugeschlagen“.

Böses Blut, besonders unter den Sportlern, machte in der letzten Woche auch die Ankündigung, daß 39 Sportfunktionäre nach Moskau zu den Olympischen Spielen fahren wollen: Nachdem sie durch ihr Veto die Teilnahme der Sportler verhindert haben, reisen die Funktionäre!

Generalstabschef droht

Neuer Militärputsch in Bolivien?

Generale wollen Krieg

LA PAZ.— General Garcia Meza, der Oberkommandierende der bolivianischen Armee, bestellte am vorletzten Wochenende seine Kusine, die Staatspräsidentin Lidia Gueiler, zu sich und stellte ihr ultimativ eine Reihe von Forderungen, bei deren Nichterfüllung das Militär putschen werde.

Ein halbes Jahr nachdem der breite Massenkampf der bolivianischen Werktätigen den Putsch des Oberst Natusch Busch zunichte machte, droht also abermals ein Militärputsch.

Die Forderungen des Generals: Ein Mann aus dem Generalstab soll Innenminister werden, die parlamentarische Untersuchung gegen den früheren Diktator Banzer soll eingestellt werden (Meza tobte, jeder Abgeordnete, der gegen Banzer stimme, stimme gegen die Armee und müsse erschossen werden) und die Armee soll ausgerüstet werden für einen Krieg mit Chile.

Diese Drohungen, unmittelbar am Beginn der Wahlkam-

pagne sind der Versuch, durch einen kalten Putsch ein den Obristen unangenehmes Wahlergebnis zu verhindern. Denn nach dem Sieg gegen Natusch hatten sich die Werktätigen eine Reihe von Zugeständnissen erkämpft, die den Reichen im Lande, die ihre Sippen zur Hälfte in Geschäftsleute und Offiziere aufteilen, zu weit gingen. Die Forderungen der Werktätigen erschrecken aber auch die wahren Herren des Landes, die amerikanischen und britischen Monopole, die die reichen Rohstoffe in den Händen haben und ihre Geschäfte bei allen wechselnden Regierungen stets mit derselben Oligarchie in Verwaltung und Armee tätigen.



Bolivianische Bauern besetzten die Straßen zu den großen Städten und hinderten so die Armee unter Einsatz ihres Lebens daran, dort einzumarschieren. Das war 1974 so und erst recht im letzten Herbst, als der Putschist Natusch Busch verjagt wurde. Jetzt wird es wieder Zeit.

Kommentar

Das Kasseler Urteil ist gesprochen. Nicht nur für die Kommunisten, auch für jeden aktiven Gewerkschafter war es keine Überraschung. Was unsere Partei von Beginn an sagte, hat sich bestätigt. Die Richter sprachen Recht für ihre Klasse. Das war einmal mehr der Geist jener berüchtigten tausend Jahre, der hier die Talare der Richter umwehte.

Kampf gegen die Aussperrung!

Und nun? Drei mögliche Reaktionen gibt es auf dieses Urteil. Die erste, die der Bonner Parteien, die regierungsamtliche sozusagen, ist eindeutig. Da wird das Urteil gewürdigt, wird daran herumgedeutet, wird versucht, dieses Urteil als demokratische Entscheidung eines unabhängigen Gerichts zu verkaufen. Eine Reaktion natürlich, die dem Interesse der Kapitalisten, der Aussperrungsterroristen entspricht.

Zu dieser offen reaktionären Haltung gesellt sich aber auch noch eine zweite, die von ganz verschiedenen politischen Strömungen vertreten wird, selbst von Organisationen, die sich mit dem Namen „kommunistisch“ schmücken. Jene Haltung nämlich, die da sagt, da wäre sowieso nichts anderes zu erwarten, die Kapitalisten würden niemals freiwillig auf die Aussperrung verzichten, deshalb lohne der ganze Kampf nicht, sei Ablenkung und so weiter. Fadenscheinige Argumente. Mit der von niemandem bestrittenen Behauptung, die Kapitalisten würden nicht freiwillig auf die Aussperrung verzichten, wollen sich solche Kräfte aus der Verantwortung stehlen, sich vor dem nötigen Kampf drücken.

Denn genau dies ist die dritte mögliche Reaktion: jetzt erst recht! Jetzt erst recht kämpfen für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung. Ein Verbot, das die SPD laut Helmut Schmidt „sicher nicht will“. Ein Verbot, für das die Führung der DGB-Gewerkschaften entgegen dem Willen zahlloser Mitglieder, Gewerkschaftsversammlungen und -gremien nichts getan hat.

Über 40000 Unterschriften hat die Kampagne für das Verbot der Aussperrung bisher gesammelt. Hier gilt es, mit verstärkter Kraft weiterzumachen. Unserer Partei, die diese Kampagne als einzige von Anfang an unterstützt hat, kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Denn realistisch gesehen ist dies nicht nur eine der größten politischen Unterschriftensammlungen der letzten Jahrzehnte, sondern auch eine breite Bewegung, die zunehmend große Teile der oppositionellen Bewegung in den Gewerkschaften einigt.

Das ist die Basis für den weiteren Kampf. Eine gute Basis. Jetzt, wo das Kasseler Urteil gefällt ist, werden sich die Reihen klären. Jene vielen, die wirklich gegen den Aussperrungsterror kämpfen wollen, aber sich bisher noch täuschen ließen, sie sind jetzt wachgerüttelt. Jene wenigen, die nur auf einen fahrenden Zug sprangen, um den Anschluß nicht zu verpassen, sie werden jetzt passen, werden versuchen, den ganzen Kampf zu unterbinden.

Der Kampf gegen die Aussperrung ist einfach eine politische Notwendigkeit für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung, für die gesamte demokratische Bewegung in diesem deutschen Teilstaat. Er ist nicht abhängig vom Urteil einiger Herren, die das Leben der Werktätigen höchstens vom Hörensagen kennen.

Gerade jetzt, wo der Bundestagswahlkampf vor der Tür steht, bietet dieser sich an als Forum des Kampfes gegen die Aussperrung. Dort, wo die großen Versprechungen gemacht werden, muß das Wort der Gewerkschaftsbewegung zu hören sein, das kraftvoll das Verbot der Aussperrung fordert, das verlangt, Position zu beziehen.

Unumstößlich bleibt es dabei: Die Aussperrung unterhöhlt das demokratische Recht auf Streik — deshalb muß sie durch die Kraft einer großen politischen Bewegung verboten werden.

Helmut Weiss

EG-Gipfel in Venedig

EG für Mitwirkung der PLO

Nahost-Initiative zurückgestellt

VENEDIG. — Das Nahost-Problem stand im Mittelpunkt der Beratungen, zu denen die Regierungschefs der EG-Länder nach Venedig gekommen waren. Wichtigstes Ergebnis war dabei eine gemeinsame Erklärung, in der die EG der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) das Recht zugesteht, an einer Lösung des Nahost-Konflikts mitzuwirken.

Ursprünglich hatte die EG eine umfassende Nahost-Initiative geplant, mit der die Forderung nach der Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes vor die UNO gebracht werden sollte. Ein Wink von Jimmy Carter genügt jedoch, um diesen Plan zu stoppen. Die amerikanische Supermacht verfolgt ja seit der Konferenz von Camp David die Strategie, Ägypten aus dem arabischen Lager herauszubringen und dieses Land zusammen mit dem zionistischen Israel zu einer wirtschaftlichen und militärischen Bastion des US-Imperialismus auszubauen. Für das palästinensische Volk ist in diesen Plänen kein Platz.

Nach dem Einwirken Carters auf die geplante EG-Initiative brachen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die schon in anderen Fragen zu beobachtenden Widersprüche erneut aus. Dabei ergriff Bonn wieder uneingeschränkt die Partei der amerikanischen Supermacht. London und Paris, die ihre eigenen imperialistischen Interessen im Nahen Osten höher stellen als die uneingeschränkte Gefolgschaftstreue gegenüber Carter, konnten schließlich gegen den Bonner Widerstand das erwähnte Bekenntnis zur Mitwirkung der PLO an der Lösung des Nahost-Konflikts durchsetzen.

Damit hat die EG zum ersten Mal faktisch die Tatsache anerkannt, daß das palästinensische Volk nicht nur ein Recht auf Selbstbestimmung hat, sondern auch, daß dieses Volk seine rechtmäßige Vertretung in der PLO hat. Das ist ein bedeutendes Zugeständnis an den seit Jahrzehnten andauernden Kampf des palästinensischen

Volkes und der anderen arabischen Völker. Natürlich erfolgte dieses Zugeständnis nicht aus Menschenliebe heraus, sondern aus der Erkenntnis, daß sich die europäischen imperialistischen Interessen heute nicht mehr in der totalen Konfrontation gegen das palästinensische Volk und seine Befreiungsorganisation verwirklichen lassen.

Für die Völker im Nahen Osten bietet diese Erklärung jedoch günstige Möglichkeiten in ihrem Kampf gegen den israelischen Zionismus und seine Hintermänner. Für die demokratischen und antiimperialistischen Kräfte in der Bundesrepublik ergibt sich aus der EG-Erklärung die Notwendigkeit, an die Bundesregierung noch massiver die Forderung zu stellen, daß sie endlich die PLO eindeutig als Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt.

Steuerpolitischer Krach im Bundesrat

Kriegsvorbereitungen leeren Bundeskasse

Ob Strauß oder Schmidt: bluten muß der Steuerzahler

BONN. — Am Freitag, den 13. Juni gerieten Bundesfinanzminister Matthöfer und die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates unter Führung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg hart aneinander. Die CDU/CSU-regierten Länder ließen gleich drei vom Bundestag verabschiedete Gesetze (Jugendhilfegesetz, Strafvollzugsgesetz und neue Bestimmungen zum Wohngeld) durchfallen. Grund: zu hohe Kosten.

Ernst Albrecht, Regierungschef in Hannover, begründete die Ablehnung der Gesetze, die in Beobachterkreisen teilweise große Überraschung ausgelöst hatte. Da Bundeskanzler Schmidt kürzlich den Länderregierungen vorgeworfen hatte, sie würden dem Bund die notwendige Finanzausstattung versagen und ihn finanziell „aushungern“, könne man unmöglich Gesetzen zustimmen, die mit hohen Kosten verbunden seien.

Soweit Ernst Albrecht. Kanzler Schmidt und sein Kabinett stehen auf dem Standpunkt, daß die 1970 zwischen Bund und Ländern beschlossene Finanzverfassung heute nicht mehr ausreiche, die gestiegenen Ausgaben des Bundes abzudecken. In diesem Zusammenhang weisen Kanzler und Finanzminister besonders auf den überdurchschnittlichen Anstieg der internationalen Aufgaben und der damit verbundenen Kosten hin.

Deshalb, so das Kabinett, sei eine Änderung der Steuerquote zugunsten des Bundes erforderlich. Es sei nur recht und billig, wenn auch die Länder die neuen internationalen und außenpolitischen Aufgaben mittragen. Im Hause des Finanzministers denkt man vor allem an einen höheren Mehrwertsteueranteil zugunsten der Bundeskasse.

Das hatten die CDU/CSU und die von ihr regierten Länder bereits anlässlich der Erhöhung des westdeutschen EG-Beitrags kategorisch zurückgewiesen und den Finanzminister auf die Möglichkeiten der Kosteneinsparung durch Haushaltskürzungen hingewiesen. Matthöfer seinerseits hatte gekontert, wenn die Länder sich aus der internationalen Verantwortung stehlen wollen, müsse der Steuerzahler unmittelbar belastet werden. In dem Falle seien Steuererhöhungen bei Tabak, Ben-



Montage des Spähpanzers Luchs — verdienen tun nur die Rüstungsmonopole, wo die Auftragsbücher voll sind.

zin, Diesel und Branntwein zum 1. Januar 1981 unumgänglich.

Die Zurückweisung der drei Gesetze im Bundesrat ist nun ein weiteres Manöver, sich gegen den schwarzen Peter zuzuspielen. Doch was verbirgt sich dahinter?

Auffällig ist zunächst die Tatsache, daß sich Regierung und Opposition dahingehend völlig einig sind, für die gestiegenen internationalen Verpflichtungen Mehrausgaben zu leisten.

Diese Ausgaben sind allesamt dafür bestimmt, die zunehmend aggressive Machtpolitik des westdeutschen Imperialismus zu finanzieren. „Runderneuerung“ der Bundeswehrrüstung, Milliarden für die faschistischen Militärs in der Türkei, Unterhaltszahlungen für die Besatzertruppen, EG-Milliarden, neue Mittelstreckenraketen, das sind einige der horrenden Mehrausgaben, die immer tiefere Löcher in die Bundeskasse reißen.

Der Streit besteht darin, wie das Geld aufzutreiben ist. Während die sozialliberale Koalition den Steuerzahler zur Zeit nur in geringem Umfang direkt belasten will und die Erhöhung der indirekten Steuern zunächst als Drohung benutzt, während

Schmidt und Genscher heute noch den Weg der massiven Staatsverschuldung beschreiten, um die rasant steigenden Rüstungskosten bezahlen zu können, bevorzugt die CDU/CSU bzw. die hinter ihnen stehenden aggressiven Kreise des westdeutschen Finanzkapitals den Weg des brutalen Schröpfens der werktätigen Massen. Sie fordern immer offener den Abbau sozialer Errungenschaften, um um so hemmungsloser aufrüsten zu können.

SPD/FDP und CDU/CSU wollen auf verschiedene Art und Weise neue Geldquellen für die Bundeskasse erschließen. Investieren wollen sie das Geld allerdings auf die gleiche Weise, und zwar gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes und der anderen Völker.

Deshalb tritt die KPD/ML den Steuerplänen aller im Bundestag vertretenen Parteien entgegen. Heute kann es nicht um Steuererhöhungen gehen, sei es direkt oder über die Erhöhung der Steuerquote.

Heute muß die drastische Senkung der Lohn und Gehaltssteuer auf der Tagesordnung stehen, die Abschaffung aller indirekten Steuern sowie die rigorose Besteuerung der Unternehmerprofite.

Veranstaltung der Grauen Wölfe verhindert

WESTBERLIN. — Der Initiative der VOLKSFRONT ist es zu verdanken, daß am vergangenen Sonnabend eine Veranstaltung der faschistischen türkischen Terrororganisation Graue Wölfe verhindert wurde.

Die VOLKSFRONT hatte von dem als Kulturveranstaltung geplanten Treffen erfahren und die Öffentlichkeit informiert. Der Pächter des Veranstaltungsorts konnte zur Auflösung des Mietvertrages bewegt werden.

Als sich die Faschisten dann in eine Mormonenkirche verzogen, waren 300 von der VOLKSFRONT mobilisierte Demonstranten zur Stelle. Sie erreichten es, daß schließlich auch die Mormonen die Grauen Wölfe vor die Tür setzten.

Aktionen gegen AKW Brunsbüttel

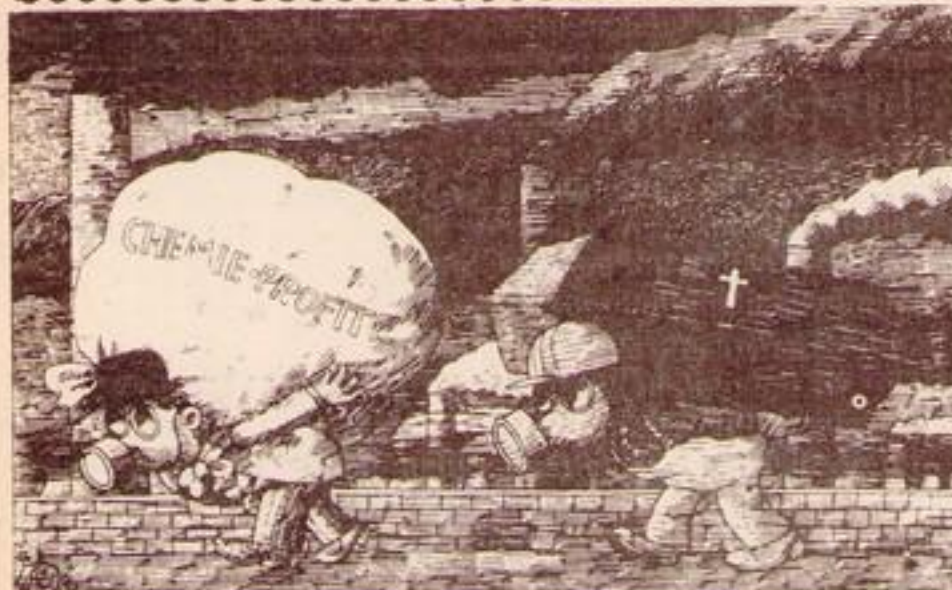
BRUNSBÜTTEL. — Auf die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brunsbüttel antworten AKW-Gegner mit Aktionstagen am kommenden Wochenende. In der Stadt werden Stände aufgebaut und Straßentheatergruppen auftreten. Für Sonnabend ist eine Demonstration geplant. Sie soll um 13 Uhr auf dem Markt beginnen und zum AKW führen.

Teufel weiter in Haft

WESTBERLIN. — Trotz eines eindeutigen Alibis, das der im Westberliner Drenkmann-Lorenz-Prozess angeklagte Fritz Teufel beibringen konnte, bleibt er weiter in Haft.

Wie bereits im letzten RM gemeldet, wurde Teufel die Beteiligung an der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Drenkmann und an der Entführung des Westberliner CDU-Chefs Lorenz vorgeworfen. Teufel konnte jedoch ein stichfestes Alibi vorweisen: Er hatte zur fraglichen Zeit unter falschem Namen in einem Essener Betrieb gearbeitet. Teufels Alibi beleuchtet schlaglichtartig die wahrhaft kriminellen Praktiken in den politischen Prozessen der Bonner Justiz. Man verfährt nach der Methode, für bestimmte Straftaten den verantwortlich zu machen, den man gerade in den Krallen hat. Und es ist dann der Angeklagte, der seine Unschuld beweisen muß und nicht umgekehrt die Justiz, die die Schuld des Angeklagten nachzuweisen hätte.

Und obwohl diese Methoden durch den glücklichen Umstand, daß Teufel für die Tatzeit ein Alibi hatte, ein Fiasko erlitten haben, ist das Westberliner Kammergericht nun nicht etwa von solchen Methoden abgerückt. Der Haftbefehl gegen Teufel in Sachen Drenkmann und Lorenz wurde zwar aufgehoben, aber sofort erließ das Gericht einen neuen, diesmal wegen der angeblichen Beteiligung Teufels an Bankrauben in Westberlin. Als Indizien gibt es dafür nur Fingerabdrücke des Angeklagten, die in sogenannten konspirativen Wohnungen gefunden wurden. Das beweist natürlich, wie Teufels Anwälte erklärten, lediglich, daß sich der Angeklagte irgendwann in diesen Wohnungen aufgehalten habe, nicht aber seine Beteiligung an den Überfällen. Es ist also wieder einmal an Teufel, der jetzt schon seit Jahren inhaftiert ist, seine Unschuld zu beweisen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Preise ziehen an

Die Versorgungslage wird chaotisch

Die kritische Versorgungslage hält an und verschlechtert sich noch. Extrem unkontinuierliches Angebot sowohl bei den „1000 kleinen Dingen“ wie bei vielen hochwertigen Konsumgütern — das ist bereits seit einigen Jahren Alltag. Neu ist, daß Engpässe zunehmend auf Artikel übergreifen, die ganz einfach lebensnotwendig sind.

Das Grundnahrungsmittel Fleisch ist derzeit in der ganzen Republik Mangelware. In vielen Gegenden wird nur noch ein bis zwei Tage in der Woche Fleisch verkauft. In Altenburg zum Beispiel gab es wochenlang gar keins, in Hennigsdorf wurde es rationiert. Rindfleisch ist zur Rarität geworden.

Konnte man noch voriges Jahr die Waschmaschine seiner Wahl kaufen, wird man heute von seinen Kollegen zu einem Vollautomaten wie zu einem Fünfer im Lotto beglückwünscht. Der Gipfel: Im April waren im Centrum-Warenhaus Berlin sogar WM 66 knapp.

Gekörntes Spee ist ja schon lange rar. Aber mancherorts gab es jetzt zeitweise gar keine Waschmittel mehr. In Dörfern und Kleinstädten Thüringens wurden sie faktisch rationiert. In einem Ort im Bezirk Gera zum Beispiel mußte ein kleines Päckchen Spee für eine vierköpfige Familie mit Baby zwei Wochen reichen.

Offensichtlich, daß diese Mißstände nicht auf Schlampelei und Unfähigkeit des örtlichen Handels zurückzuführen sind. Lächerlich auch die Parolen, die Misere sei grobenteils Ergebnis von Hamsterkäufen. Klar legt sich jetzt mancher ein

Paket Waschmittel zurück. Doch das kann höchstens eine geringfügige Verschärfung bringen.

Die Zange Moskaus

In Presse und Medien wird die schlimme Lage absichtlich verschwiegen oder verharmlost. Da ist die Rede von der Notwendigkeit verstärkten Exports angesichts weltweiter Preisexplosion bei Rohstoffen. Vertuscht wird dabei, daß ja vor allem der „große Bruder“ das von westlichen Multis geschaffene Preisniveau ausnutzt, um der völlig abhängigen DDR überhöhte Preise für Erdöl und andere Rohstoffe zu diktieren. Von Moskau in die Zange zwischen hohen Rohstoffpreisen und gedrückten Preisen für Finalerzeugnisse genommen, muß die DDR immer mehr

hochwertige Güter in die SU exportieren.

Bürokratischer Kapitalismus

Abgelenkt werden soll auch davon, daß die DDR in einer tiefen Wirtschaftsmisere steckt, deren Ursache in der Beseitigung der wirklichen sozialistischen Planwirtschaft zu suchen ist. Betriebsegoismus, allgemeines Gegeneinander, Chaos einerseits, bürokratische Hemmnisse, die zu Stagnation und Lähmung führen andererseits, sind typische Merkmale der heute bürokratisch-kapitalistischen DDR-Wirtschaft. Die Zeche zahlen die Werktätigen.

„Veredelungswelle“ rollt

Massenhaft tauchen jetzt neue Produkte auf. Merkmale: neues Design, kleine Verbesserungen, oder nur ansprechendere Verpackung. Der berühmte Qualitätsschummel im großen Stil. Kein neues Produkt, das nicht teurer ist als sein Vorgänger. Meist gleich um 20 bis 50 Prozent. Schritt für Schritt will man uns an ein völlig neues Preisniveau gewöhnen. Honecker behauptet: Stabiles Angebot auch der unteren und mittleren Preisklassen sei garantiert. Ein Hohn!

Die Betriebe wurden direkt angewiesen, einen wachsenden Teil der Produkte in der höheren Preisklasse herzustellen. Dabei steigt die Gesamtproduktion nur wenig. Fazit: billige Waren fehlen. Will man überhaupt etwas bekommen, muß man draufzahlen. Kauf oder stirb!

Schluß mit Qualitätsschummel und heimlichen Preissteigerungen! Es gilt, von unten Druck zu machen, um zumindest eine Verlangsamung der Teuerung und längst fällige Lohnerhöhungen durchzusetzen. Von großer Bedeutung wäre es, die Bonzen zu zwingen, die Verteuerung unseres Lebens offen einzugehen.

Korrespondenzen aus der DDR

Keine weiteren Kürzungen der Jahresendprämie (JEP)!

Bei der diesjährigen Jahresendprämienauszahlung mußte wieder vielerorts ein nicht geringer Teil der Arbeiter und Angestellten feststellen, daß der Betrieb ihre JEP im Vergleich zum Vorjahr gekürzt hatte. Wie üblich hielten es die Chefs meist nicht einmal für nötig, den Kollegen zu begründen, warum ihre JEP um 20, 30 oder gar 40 Mark unter der des Vorjahres liegt.

Wer zum Beispiel als Vertrauensmann Erkundigungen einzog, erfuhr, daß der JEP-Fonds in der Regel seit Jahren nicht oder kaum erhöht wird. Da die JEP direkt oder indirekt als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Monatsbruttoverdienst im Jahr festgelegt wird und dieser bei einem Teil der Kollegen etwas höher liegt als im Vorjahr, senken die Betriebe kurzerhand für alle Kollegen durch die Bank die JEP-Prozentsätze, um mit dem gleichen Fonds auszukommen. Den Schaden haben alle Kollegen, deren Löhne und Gehälter sich im vergangenen Jahr nicht erhöht haben.

Verdient zum Beispiel ein Angestellter '78 und '79 gleichbleibend 1 100 Mark brutto, bedeutet eine Senkung der JEP-Prozente um 2 Prozent für ihn

einen Verlust von 22 Mark gegenüber '79.

Geschickt versuchen einige Betriebe, dies zu verschleiern, indem kombiniert mit der JEP andere Prämien, zum Beispiel Treueprämien ausgezahlt werden.

Bereits seit Jahren sinkt für viele die JEP. Von der JEP leisten sich die Familien der Arbeiter und Angestellten nicht irgendwelchen überflüssigen Luxus. Die JEP dient der Anschaffung normaler und lebensnotwendiger Güter, auf die wir nicht verzichten können. Kürzungen der JEP können wir gerade jetzt, wo das Leben spürbar teurer wird, nicht hinnehmen.

Die Gewerkschaftsgruppen und Kollektive sollten sich geschlossen dafür einsetzen, daß '81 zumindest kein Kollege weniger JEP nach Hause bringt, als in diesem Jahr. Anzustreben wären BKV-Vereinbarungen über Ausgleichszahlungen für alle Kollegen, deren Lohn/Gehalt sich im Laufe des Jahres nicht erhöht. Wobei diese natürlich nicht zu Lasten der anderen Kollegen gehen dürfen.

Keine weitere Kürzung der Jahresendprämien!

Quartalspläne nicht erfüllt

Aus Kreisen von SED-Funktionären ist zu hören, daß es mit der Erfüllung der Pläne für das erste Quartal in weiten Teilen der Wirtschaft diesmal noch schlechter aussehen soll als nach der Winterkatastrophe Anfang '79. vielerorts herrscht einfach Materialmangel. Ein

Beispiel zur Planerfüllung aus Berlin: Autotrans und OGS (Transport von Obst, Gemüse, Speisekartoffeln) hatten 1979 66 Millionen Mark Planschulden. Januar und Februar 1980 waren es bereits 16 Millionen Mark.

Urlaubsgestaltung für Arbeiter

Anfang 1979 wurden wie in jedem Jahr die Kohlekarten durch den Hausvertrauensmann verteilt. In Gedanken auf den kommenden Winter und

Vater Staat erhöhte für alle Werktätigen den Jahresurlaub um 3 Tage. Bestimmt aber nicht für Wartezeit auf die Kohlenmänner!



Jeden Winter dasselbe: monatelanges Warten auf Kohlen.

die warme Stube, die Kohlenkarte in der Tasche, marschierte ich zum Kohlenhändler, um meine Lieferung anzumelden. Sehr nett und freundlich wurde ich befragt, welcher Termin mir genehm wäre. Anfang September sollte dann die Lieferung erfolgen.

Am besagten Tag nahm ich Urlaub und wartete auf die Kohlenmänner. Nachdem ich fast den ganzen Tag vergeblich gewartet hatte, rief ich beim Kohlenhändler an. Er entschuldigte sich mit plötzlicher Krankheit und Ausfall des Lieferwagens. Ein neuer Termin wurde vereinbart. Auch dieser Termin ging flöten. Dieses herrliche Spiel wiederholte sich noch zweimal. Mitte Dezember hatte ich dann die Kohlen im Keller, aber ohne die mir zustehende Menge Holz. Ein weiterer Wermutstropfen im „Becher der Freude“.

Nun erhebt sich für mich die Frage: Haben unsere kleinen und großen Bonzen auch diese Sorgen? Ich glaube nicht, denn sie wohnen, soweit mir bekannt, alle in zentralbeheizten Wohnungen und Häusern. Ist ihnen überhaupt die Versorgungslage im Kohlenhandel bekannt? Ich glaube nicht, sonst wäre bestimmt schon eine Besserung eingetreten, denn dieses Spiel war ja 1979 kein Einzelfall.

Abschließend mache ich den Vorschlag des Tauschens der Wohnungen. Die verantwortlichen Mitarbeiter ziehen nur mal für eine Woche in eine Wohnung mit Ofenheizung bei 15 Grad minus Außentemperatur. Die Kohlenbelieferung würde sich bestimmt ganz schnell ändern. Oder sollte ich mich auch darin irren? (Ein älterer SED-Genosse.)

Zur Information

Preissteigerungen in der DDR

Zu den Erfolgen, die die DDR-Führung in ihrer Propaganda hervorhebt und für sich verbucht, gehört vor allem das niedrige und stabile Niveau der Grundbedarfsmittel. In der Tat sind die Preise für Brot, Brötchen, kartoffeln, Brikettes, Fahrkarten, Benzin, Wohnungsmieten und ähnliches seit 20 Jahren vergleichsweise niedrig. Es ist dies in der kapitalistisch-revisionistischen DDR eine soziale Errungenschaft, die noch aus der Zeit stammt, als die Werktätigen mit den Kommunisten an der Spitze den Sozialismus aufbauten.

Kann man aber davon sprechen, daß die Lebenshaltungskosten der Werktätigen konstant, daß die Inflation, diese Begleiterscheinung eines kapitalistischen Systems, in der DDR unbekannt ist? Keineswegs. Obwohl der laufende Fünfjahresplan stabile Verbraucherpreise garantiert, sind die Lebenshaltungskosten in der DDR insgesamt in zum Teil rasantem Steigen begriffen.

Die Preissteigerung in der DDR ist nicht so eindeutig auszumachen, weil sie nicht alle Waren betrifft. Außerdem handelt es sich um versteckte, heimliche und kaschierte Preistreiber. Der Unterschied zum kapitalistischen System des Westens liegt nur in der Form.

Um die stabilen Preise für die Waren des Grundbedarfs zu sichern, wendet der Staat Jahr für Jahr mehr Subventionen auf. Diese betrugen 1978 zum

Beispiel 14,2 Millionen Mark — Gelder, die der Staat an anderer Stelle den Werktätigen abpreßt. Die billigen Preise müssen die Werktätigen an anderer Stelle doppelt und dreifach bezahlen. Sie bezahlen diese vor allem bei Produkten, die nicht mehr dem engeren Kreis der Waren des Grundbedarfs zuzurechnen sind, die aber auch nicht zu den Luxusgütern gehören. Die Preise dieser Waren sind verhältnismäßig hoch, und ihre Steigerungsrate zieht enorm an.

So steigen die Preise für Oberbekleidung von 1978 bis 1979 um 10 bis 20 Prozent, ohne daß sich die Qualität nennenswert verbessert hätte. Haushaltstextilien stiegen um

10 Prozent, Bettwäsche verdreifachte sich im Preis. Elektroherde wurden zum 20 Prozent teurer. Die Preise für Möbel zogen um durchschnittlich 20 Prozent an. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, wurde Ende letzten Jahres für ein Schlafzimmer, das früher 1 790 bis 1 950 Mark gekostet hatte, 2 760 bis 3 031 Mark verlangt. Im Laufe des Jahres 1979 wurden die Preise für Frotteehandtücher, Bettwäsche, Fahrräder, Autobatterien um bis zu 300 Prozent angehoben.

Ende 1979 stieg übrigens der Unmut der DDR-Bevölkerung über die Preistreiber so an, daß bei einer Reihe von Konsumgütern die Preiserhöhungen stillschweigend wieder zurück-

genommen werden mußten. Funktionäre suchten in den Betrieben den Arbeitern einzureden, bei den Preiserhöhungen habe es sich um „eigenmächtiges“ Vorgehen einiger Herstellerfirmen gehandelt.

Besonders gravierend wirken sich die geschilderten Preiserhöhungen dadurch aus, daß das Angebot an „Waren des Grundbedarfs“, an Waren mit niedriger Qualität und Preisen gleichzeitig verringert wird. Die Werktätigen sind gezwungen, die überbeuerten und im Preis rapide anziehenden Waren zu kaufen. So fehlen bei Möbeln die unteren Preisstufen völlig; ebenso gibt es bei Fernseh- und Phonogeräten keine billigen Apparate mehr, und die früher vorhandenen Importmodelle aus Japan fehlen nun.

Um die Preiserhöhungen zu kaschieren, wird aber auch oft folgender Trick angewandt:

Billige Waren verschwinden zunächst aus den Läden, um später, scheinbar leicht verbessert, aber teurer, wieder ins Angebot zu kommen. So wurde die Verteuerung der Textilgüter mit der Einführung neuer Fasern und Gewebe begründet. Bettbezüge, seit Monaten Mangelware in der DDR, tauchten auf einmal zum glatt verdoppelten Preis (160 Mark) wieder im Schaufenster auf. Auch bei Nahrungsmitteln wurden Preiserhöhungen durch neue Verpackungen, angeblich neue Produkte und die Herabsetzung des Packungsinhalts kaschiert.

Ein Leser schreibt aus Ostberlin

Personalverkauf — keine Lösung

Seit einiger Zeit gibt es in Berlin für die Belegschaften von Großbetrieben die Möglichkeit, einmalig an einem Vormittag vor den anderen Kunden im Centrum-Warenhaus einzukaufen. Auf den ersten Blick eine positive Maßnahme. Sie erwies sich nach bisheriger Erfahrung jedoch als Enttäuschung. Das Angebot beim Personalverkauf war nur wenig besser als das derzeit übliche. Von vornherein erklärten die Zuständigen vom Centrum, daß zum Beispiel an Waschmaschinen oder Tiefkühltruhen in größerer Menge gar nicht zu denken sei. Kleinstkontingente, zum Beispiel zwei Halbautomaten für tausend Be-

schäftigte, sollten vorher im Betrieb aufgeteilt werden. Obendrein gab es dabei noch Schmutz. Im EAW verteilten einige Herren Leiter die zugesicherten Raritäten ohne Wissen der Kollegen. Wobei sie zuerst an sich, dann an als besonders würdig befundene Kollegen dachten. Das Angebot zum Kauf einer Waschmaschine als „Auszeichnung“ — ein toller Korken. Natürlich legten die Kollegen hinterher handfest Protest ein. Alles in allem: Mit dem Personalverkauf ist den Berliner Werktätigen wenig geholfen. Viele überlegen sich, ob sie überhaupt hingehen.

Zur Auseinandersetzung um das Grundsatzprogramm des DGB

Ordnungsfaktor oder Kampforganisation der Arbeiterklasse?

Der Entwurf der DGB-Führung greift die Einheitsgewerkschaft an

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise vor etwa sechs Jahren haben sich im Deutschen Gewerkschaftsbund die Auseinandersetzungen um die Ziele und den Weg der Gewerkschaften, um das Selbstverständnis der Einheitsgewerkschaft zugespitzt. Reallohnabbau, Rationalisierung, Massenarbeitslosigkeit, Streiks und Aussperrung — all das sind Faktoren, die das Bewußtsein der Arbeitermassen verändert und den politischen Einfluß der reaktionären Bonzen im DGB-Apparat auf die Mitgliedschaft untergraben haben. Die Sozialpartnerschaftsideologie verlor den Schein von Glaubwürdigkeit; die Politik der Klassenzusammenarbeit erwies sich als von Grund auf arbeiterfeindlich. In dieser Situation soll nun im DGB ein neues Grundsatzprogramm beschlossen werden.

Es ist klar, daß unter solchen Voraussetzungen die Neufassung des Grundsatzprogramms unvermeidlich mit heftigen und teilweise tiefgreifenden gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen verbunden ist. Die Tatsache, daß der DGB-Bundesvorstand die vom vorletzten DGB-Kongreß gesetzten Fristen nicht einhalten und den Entwurf für das neue Programm erst mit großer Verspätung vorlegen konnte, spricht für sich. Die bisher vorliegenden Anträge an den für Mitte März nächsten Jahres geplanten außerordentlichen Bundeskongreß, auf dem das neue Programm verabschiedet werden soll, bestätigen, daß die Differenzen zum Teil grundlegende und prinzipielle Fragen betreffen. Das ist nicht überraschend, denn eine Polarisierung zwischen der innergewerkschaftlichen Reaktion und fortschrittlichen Mitgliedern und Funktionären ist schon seit geraumer Zeit im DGB sichtbar geworden.

Im Kern geht es um die Frage, die man mit der ideologischen Grundformel „Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf“ umreißen kann. Soll der DGB die Rolle eines sogenannten **Ordnungsfaktors** wahrnehmen? Soll er sich als **Stütze des bestehenden kapitalistischen Systems**, als **Verteidiger des Bonner Staates** und der sogenannten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ verstehen? Oder muß er den Arbeitern und anderen Lohnabhängigen als **Kampfverband** gegen die Unternehmer, gegen das kapitalistische System dienen?

Eine neue Periode der Gewerkschaftsbewegung

Das gegenwärtig noch geltende aus dem Jahr 1963 stammende Grundsatzprogramm ist geprägt durch die Sozialpartnerschaftsideologie und durch den aggressiven Antikommunismus des rechten Flügels der SPD. Es ist Ausdruck einer Periode, in der sich in der Führung und im Gewerkschaftsapparat des DGB reaktionäre Bonzen und antikommunistische Gewerkschaftsbürokraten fest zu etablieren vermochten, einer Periode der Schwäche der klassenkämpferischen und revolutionären Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung. In seinen Kernpunkten bildet dieses Pro-

gramm die ideologische und politische Plattform für die arbeiterfeindliche Zusammenarbeit der DGB-Bonzen mit den Unternehmern und der kapitalistischen Staatsmacht.

Inzwischen ist jedoch die Gewerkschaftsbewegung in eine neue Periode eingetreten. Infolge der wachsenden Empörung breiter Teile der Arbeiterklasse über die Kumpanei zwischen DGB-Führern und Kapitalisten, über ihre Streiksabotage und die verräterischen Tarifabschlüsse, hat sich eine starke klassenkämpferische und revolutionäre Opposition an der Basis entwickelt. Auch im Funktionärskörper des DGB und seiner Einzelgewerkschaften wächst der Einfluß der Opposition.

Allerdings ist der Aufschwung der oppositionellen Bewegung, die Auflehnung an der Basis gegen die reaktionäre Führung, kein rein spontaner Prozeß gewesen. Daß diese Bewegung so schnell innerhalb weniger Jahre voranschreiten konnte, wäre wohl kaum denkbar, ohne das aktive Eingreifen ihres organisierten und zielstrebigsten Teils: der in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zusammengeschlossenen Kollegen. Die RGO hat als einzige Kraft seit Jahren einen offensiven und kompromißlosen Kampf gegen die Abwiegungspolitik und Streikbruchtaktik der Bonzen und für die Entlarvung der Sozialpartnerschaftsideologie geführt.

Inwiefern hat nun die veränderte Lage inner- und außerhalb der Gewerkschaften den im Oktober letzten Jahres vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Entwurf für das neue Grundsatzprogramm beeinflusst? Zweifellos hat die Polarisierung zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften innerhalb des DGB einen Niederschlag in dem Entwurf gefunden. Aber obwohl der politisch-ideologische Einfluß der reaktionären und reformistischen Bonzen auf die Mitgliedschaft und im Funktionärskörper zurückgegangen ist, sind fortschrittliche Korrekturen in dem Entwurf nur in Ansätzen enthalten. Demgegenüber enthält er einige einschneidende reaktionäre Änderungen, besonders was die Bestimmung des Begriffes Einheitsgewerkschaft betrifft. Wie erklärt sich das? Zum einen natürlich damit, daß die DGB-Führung den Entwurf praktisch hinter verschlossenen Türen, ohne Beteiligung der Basis, erstellt hat. Zum anderen aber muß man zu-

geben, daß die klassenkämpferischen und revolutionären Gewerkschafter in dieser Sache nicht genügend am Ball waren.

DGB als Stütze des Kapitalismus?

Das gegenwärtige Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1963 orientiert den DGB auf das illusionäre Ziel der „Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern“ und der Beseitigung der Ausbeutung durch die Mitbestimmung. Gleichzeitig weist es dem DGB eine „staatstragende Rolle“ zu: der DGB soll „am Ausbau des sozialen Rechtsstaates“ mitarbeiten. Die reformistisch-illusionäre Mitbestimmungstheorie wurde auch in das neue Programm im wesentlichen unverändert übernommen. Was das Verhältnis zum Bonner Staat betrifft, so ist der Entwurf sogar noch reaktionärer als das gegenwärtige Programm.

Da wird nicht nur, der Realität zum Hohn, dieser Staat der Monopole zum „sozialen Rechtsstaat“ ernannt, an dessen Ausbau es mitzuwirken gelte. Da wird auch ein reaktionäres Loblied auf die bürgerliche Verfassung dieses Staates angestimmt, wie es selbst das gegenwärtige Programm noch nicht enthält. Das Grundgesetz habe „die Grundlage und den Rahmen für eine freiheitliche, soziale und demokratische Gesellschaftsordnung gegeben“. Es gewährleistete „jedem das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“. Ferner wird wahrheitswidrig behauptet: „Das Grundgesetz trifft keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung“, es fordere jedoch „einen sozialen Rechtsstaat“.

Das bedeutet, daß die Herrschaft der Bourgeoisie grundsätzlich anerkannt und die bestehenden Machtverhältnisse in der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt werden. Es ist die Bejahung des kapitalistischen Ausbeutensystems.

Verschärft wird diese Festlegung des DGB auf die Rolle einer Stütze der herrschenden Ordnung und Machtverhältnisse noch dadurch, daß in den Entwurf ein Bekenntnis zur „inneren Sicherheit“ aufgenommen wurde, und dies, ohne daß der zunehmende Abbau demokratischer Rechte, die polizeistaatliche Entwicklung, die Bespitzelung und das Überwachungssystem, der Aufbau von Bürgerkriegstruppen, all die ver-



Die Politik der Konzentrierten Aktion, der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter den Profit der Unternehmer, wird von der DGB-Basis nicht mehr hingenommen.

schärften Unterdrückungsmaßnahmen und die Faschisierung des Staatsapparates, die sich gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung richtet, auch nur mit einem Wort erwähnt und verurteilt würde!

Diesen reaktionären Positionen des Entwurfs, die in der Präambel zusammengefaßt sind, stehen im Widerspruch zu einem, ebenfalls in der Präambel enthaltenen Abschnitt über den Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit. Er lautet folgendermaßen:

„Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber.“

Das ist im Ansatz eine konsequente Charakterisierung des Grundwiderspruchs in der bei uns herrschenden kapitalistischen Gesellschaft. Sogar die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital wird angedeutet. Es liegt auf der Hand, daß sich diese Passage mit der Sozialpartnerschaftsideologie, mit der auf Sicherung des kapitalistischen Profits ausgerichteten Tarifpolitik der DGB-Führung, mit der sogenannten „wirtschaftlichen Vernunft“ und der „Bewahrung des sozialen Friedens“ nicht vereinbaren läßt.

Offensichtlich ist diese Passage durch den Druck der klassenkämpferischen Opposition in den Entwurf gelangt. Im jetzigen Programm finden sich keine vergleichbaren Aussagen. Auch wenn dadurch die reaktionäre Stoßrichtung des Entwurfs nicht aufgehoben wird, so begünstigt sie doch den Kampf für eine klassenkämpferische Orientierung des DGB, den Kampf gegen arbeiterfeindliche Maßnahmen der Bonzen und für eine konsequente gewerkschaftliche Praxis.

Diesem Lichtblick stehen auf der anderen Seite jedoch in der Frage der Einheitsgewerkschaft einschneidende negative

Veränderungen gegenüber, die sich gegen die revolutionäre Strömung in den Gewerkschaften richten und die Einheitsgewerkschaft ernstlich gefährden.

Demontage der Einheitsgewerkschaft?

Im Gegensatz zum jetzigen Programm werden in dem Entwurf des Bundesvorstands zwei ideologisch-politische Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich hervorgehoben und unter Mißachtung der historischen Tatsachen als die Hauptströmungen gekennzeichnet, aus denen die Einheitsgewerkschaft entstanden sein soll. Und zwar seien dies die „freiheitlich-sozialistische“ und die „christlich-soziale“ Strömung. Mit freiheitlich-sozialistisch ist offensichtlich die bürgerliche, reformistische Richtung der Sozialdemokratie gemeint. Die revolutionäre marxistische Strömung wird unterschlagen.

Diese Änderung muß im Zusammenhang mit den zwei anderen Änderungen gesehen werden. Da ist erstens folgende Aussage neu aufgenommen worden: „Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.“

Dieser Satz bezieht sich unausgesprochen auf den Marxismus-Leninismus. Es ist ja nicht neu, daß die antikommunistischen Bonzen den Kommunisten das unterschieben wollen, was in Wahrheit sie selbst betreiben, nämlich die Gewerkschaften vor einer bestimmten politischen Karren zu spannen.

Gleichzeitig wurde in dem Entwurf das im jetzigen Programm enthaltene „Toleranzprinzip“ fallengelassen. Im jetzigen Programm ist dieses Prinzip folgendermaßen formuliert: „Sie (der DGB und seine Einzelgewerkschaften) bekräftigen ihre Entschlossenheit zu weltanschaulicher, religiöser

und politischer Toleranz“. Diese Aussage wurde ersatzlos gestrichen!

Die drei Punkte zusammengekommen zielen darauf ab, die spalterischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die sich ja schon heute nicht nur gegen kommunistische Kollegen richten, ideologisch zu verankern. Damit wird der Keim der Spaltung im DGB eingepflanzt, wird Hand an die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft gelegt. So bereitet sich die innergewerkschaftliche Reaktion darauf vor, den DGB auch in Zukunft um den Preis der Zerstörung der Einheitsgewerkschaft, auf einen reaktionären, prokapitalistischen Kurs zu zwingen.

Verkleistern der Widersprüche schadet nur!

Dieser Vorstoß der reaktionären Bonzen ist ein Teil der von den Unternehmern und politischen Kräften wie Strauß und Stoiber geführten gewerkschaftsfeindlichen Kampagne gegen die sogenannte „kommunistische Unterwanderung des DGB“.

Dagegen ist ein offensiver Kampf zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft und für die Durchsetzung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftslineie im DGB notwendig. Die Polarisierung im DGB zwischen reaktionären Führern und Gewerkschaftsbürokraten einerseits und den ehrlichen und klassenkämpferischen Gewerkschaftern andererseits ist nichts Negatives oder Schädliches. Sie ist das unvermeidliche Ergebnis der Verschärfung der Klassenkämpfe und des Aufschwungs der Arbeiterbewegung.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen die fortschrittlichen und revolutionären Gewerkschafter ihr Eingreifen in die Auseinandersetzung um das neue Grundsatzprogramm sehen. Verkleisterung der Widersprüche und kompromißlerisches Taktieren stärkt nur die Positionen der reaktionären Kräfte im Gewerkschaftsapparat.

hf



11. Bundeskongreß des DGB in Hamburg im Mai 1978: Bereits auf diesem Kongreß sollte ein Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vorgelegt werden. Tiefgehende Differenzen im DGB über Weg und Ziel der Gewerkschaften führten dazu, daß der DGB-Bundesvorstand erst im Oktober 1979 einen Entwurf vorlegen konnte.



Maidemonstration in Hamburg.

Gewerkschafter gegen NATO-Beschlüsse

ÖTV-Bezirkskonferenzen fordern Schritte gegen Kriegsgefahr

DÜSSELDORF.— Auf mehreren Bezirkskonferenzen der ÖTV-Gewerkschaft wurden Anträge verabschiedet, die sich gegen die Bonner Aufrüstungspolitik und gegen die Beschlüsse der NATO zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa richten. Die Anträge wurden für den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV gefaßt, der am 8. Juni in Westberlin beginnt.

Die ÖTV-Bezirkskonferenzen in Hessen und Baden-Württemberg verabschiedeten Anträge, die den Gewerkschaftstag auffordern, von der Bundesregierung mit Entschiedenheit den Verzicht auf den Bau und die

Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land zu verlangen. Die hessischen Kollegen forderten zusätzlich auch den Verzicht auf den Bau und die Stationierung der Neutronenbombe.

Die hessischen ÖTV-Gewerkschafter forderten desweiteren von der ÖTV-Führung ein „offensives Auftreten gegenüber der Behauptung, daß Arbeitsplätze durch Rüstungsproduktion gesichert würden“.

In Hamburg richtete die Delegiertenkonferenz an den Gewerkschaftstag die Aufforderung, sich „für den Stopp und die schrittweise Senkung der Rüstungshaushalte der Staaten des Warschauer Paktes und der NATO um 10 Prozent“ einzu-

setzen. Die Delegierten forderten, daß die dadurch freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke eingesetzt werden sollen. Sie protestierten dagegen, daß wiederum „enorme Erhöhungen des Rüstungshaushalts in Milliardenhöhe“ beschlossen worden sind, und daß demgegenüber soziale Ausgaben zurückstehen sollen.

Die Kollegen in Baden-Württemberg begründeten ihre Forderungen unter anderem mit folgendem Satz: „Es geht nicht länger an, daß die Interessen der Rüstungslobby und der ewigen kalten Krieger vor das Bedürfnis der Menschen unseres Landes nach Frieden, Abrüstung und sozialem Fortschritt gestellt werden.“ Weiter erklärten die Delegierten: „Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich einen eigenen konkreten Beitrag zur Abrüstung zu leisten.“ In der Begründung der hessischen Kollegen für ihre Forderungen heißt es: „Die Verteufelung aller Abrüstungsvorschläge paßt in ein Konzept, das den Frieden unsicher macht und die Spannungspolitik beenden soll.“

Die Hamburger Konferenz richtet an den Gewerkschaftstag auch den Antrag, den Hauptvorstand der ÖTV aufzufordern, „rechtzeitig zum Antikriegstag Argumentations- sowie Öffentlichkeitsmaterialien in die Organisation zu geben“.

Gewerkschaftskommentar

Es geht um einen Frontabschnitt des gewerkschaftlichen Kampfes von letztlich lebenswichtiger Bedeutung: um die Verteidigung des Friedens. Die Bedeutung dieser Aufgabe wurde in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren im DGB nicht ausreichend erkannt. Viele aktive Gewerkschafter meinten, man könne diese Aufgabe den Politikern überlassen. Auch in der Gewerkschaftsbewegung war die Vorstellung verbreitet, wir lebten heute im Zeitalter der Entspannung, wo die Großmächte nicht mehr zum Krieg, sondern zum Frieden rüsten. Gerade auch die „neue Ostpolitik“ der SPD/FDP-Regierungskoalition wurde von vielen Kollegen mit derartigen Illusionen verknüpft.

Die weltpolitische Entwicklung der vergangenen Monate hat diese Vorstellungen und Hoffnungen gründlich widerlegt. Ernüchterung und Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge treten an die Stelle von Wunschvorstellungen. Ein Beispiel für diesen Umdenkungsprozeß mögen die Ausführungen sein, die Lothar Pleithner, der Landesvorsitzende der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg, im April auf dem 12. ordentlichen Landesbezirkstag seiner Gewerkschaft gemacht hat. Pleithner wies darauf hin, daß Kriege systematisch von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Kräften vorbereitet und kalkuliert werden; es sei nicht nur die Aufgabe von Politikern, sondern auch von Gewerkschaftern, dies zu verhindern.

Jetzt den Antikriegstag vorbereiten!

Man kann es noch deutlicher sagen: Die imperialistischen Mächte, vor allem die USA und die UdSSR, schicken sich an, die Welt um ihrer Profite und ihrer Weltherrschaftspläne willen in ein Blutbad zu stürzen. Ob dies verhindert werden kann oder nicht, das liegt einzig und allein in der Hand der Völker. Von ihrer Wachsamkeit, ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens, vor allem von der internationalen Arbeiterbewegung, hängt letztlich alles ab. Die Gewerkschaften tragen da eine gewaltige Verantwortung.

Zunehmend werden sich die Gewerkschafter dieser Verantwortung bewußt. Der diesjährige 1. Mai legt davon Zeugnis ab. Die Parolen, die sich gegen die aggressive Konfrontationspolitik Carters und gegen die Unterstützung dieser Politik durch Bonn richten, die Forderung nach konkreten Schritten zur Abrüstung, die Losungen gegen die Kriegstreiber der beiden Supermächte standen mit im Vordergrund (zwar meist nicht bei den offiziellen Kundgebungsrednern, wohl aber bei den Kolleginnen und Kollegen!). Und nicht nur der 1. Mai beweist das Engagement der Gewerkschafter gegen die Kriegsgefahr. Auf fast allen der zahlreichen Konferenzen, die in letzter Zeit zur Vorbereitung der anstehenden Gewerkschaftstage durchgeführt wurden, faßten die Delegierten entsprechende Entschlüsse und Anträge. In verschiedenen Anträgen wird der DGB aufgefordert, Schritte zur Entfaltung einer machtvollen Friedensbewegung zu unternehmen.

Gerade Letzteres ist unserer Meinung nach besonders wichtig. Denn entscheidend ist, daß es gelingt, die breiten Massen der DGB-Mitglieder aufzurütteln, sie für den Kampf gegen die Kriegsgefahr zu gewinnen. Zugegeben: Das ist keine leichte Sache. Hat nicht die DGB-Führung selbst dafür gesorgt, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten zu politischer Passivität erzogen wurde? Hat sie nicht die Illusion verbreitet, die Mächtigen der Welt und insbesondere die SPD/FDP-Koalition machten sich für den Frieden stark?

Um eine breite Bewegung gegen die Militarisierung, gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen in Betrieb und Gewerkschaft zu schaffen, muß vor allem der immer massiveren chauvinistischen, proamerikanischen und auf Verherrlichung der NATO ausgerichteten Propaganda unserer Medien entgegengearbeitet werden. Das ist eine gewaltige Aufgabe, gewiß. Aber sie muß angepackt werden. Auch wenn viele Kollegen teilweise unter dem Einfluß dieser Propaganda stehen, wenn sie noch nicht klar sehen, wie verhängnisvoll unsere Bindung an die USA und die NATO ist, so wächst in der Bevölkerung der Bundesrepublik doch die Sorge um den Frieden. Viele sehen die Gefahr, daß Deutschland zum Schlachtfeld werden könnte, daß die deutschen Werktätigen in Ost und West als Kanonenfutter für die Supermächte verheizt werden sollen.

Daran anknüpfend gilt es eine breite und beharrliche Aufklärungsarbeit zu entfalten. Daran führt kein Weg vorbei, wenn man der wachsenden Kriegsgefahr ernsthaft und wirkungsvoll begegnen will. Und welche Organisation in diesem Land verfügt über genügend breiten Einfluß und über die notwendigen großen finanziellen und organisatorischen Mittel, wenn nicht der Deutsche Gewerkschaftsbund?

Vor kurzem hat aus ähnlichen Erwägungen heraus die Landesbezirkskonferenz der ÖTV in Hamburg einen Antrag an den Hauptvorstand gerichtet. Darin werden die Gewerkschaftsführer aufgefordert, „rechtzeitig zum Antikriegstag Argumentations- sowie Öffentlichkeitsmaterialien in die Organisation zu geben“. Solche Forderungen halten wir für wichtig. Gerade der Antikriegstag muß zu einem ersten Höhepunkt der Kampagne für den Frieden werden. Im letzten Jahr hat der DGB-Bundesvorstand bekanntlich die Herstellung einer Broschüre der DGB-Jugend zum Antikriegstag verhindert. Sorgen wir dafür, daß solche Schweigereien sich nicht wiederholen können. Bereiten wir jetzt den Antikriegstag 1981 vor!

hf

Bild-Zeitung schickt Loderer ins Feld

IGM-Chef giftet gegen Anti-Strauß-Demonstrationen

FRANKFURT.— Eugen Loderer hat wieder einmal das Millionenblatt „Bild“ als Tribüne benutzt, um den aktiven und antifaschistischen Gewerkschaftern einen Tritt zu verpassen. Oder soll man es so sehen, daß das Springer-Hetz-

Jedenfalls fand Loderer das gewerkschaftsfeindliche Lügen- und Volksverhetzungsorgan, das in den Kreisen um Strauß höchste Wertschätzung genießt, für geeignet als Sprachrohr gegen die Strauß-Gegner. Am Montag vergangener Woche äußerte Loderer in einem Interview mit „Bild“, daß er „nichts von diesen Demonstrationen“ gegen den Kanzlerkandidaten F.J. Strauß halte. Loderer unterstützte in dem Interview den Aufruf des SPD-Geschäftsführ-

ers Egon Bahr an die SPD-Mitglieder, „sich nicht an Demonstrationen gegen Strauß zu beteiligen“.

Loderer begründete seine Haltung mit dem seltsamen Argument, er befürchte, „wenn Franz Josef Strauß zu massiv angegriffen wird, wählen ihn am Ende einige Bürger nur deshalb, weil er so mutig erscheint“. Damit unterstellt Loderer folgendes: Wenn Strauß als Todfeind der Demokratie,

blatt sich des Vorsitzenden der größten deutschen Einzelgewerkschaft bedient hat, um den Kampf gegen Strauß in der Bevölkerung madig zu machen?

als Kriegstreiber, als Freund faschistischer Bluthunde wie Pinochet, als übelster und gefährlichster Feind der Gewerkschaften konsequent entlarvt und bloßgestellt würde, würden seine Wahlchancen erhöht! Nach dieser Art „Logik“ müßte man übrigens genauso vor Demonstrationen gegen die NPD und andere Neonazis warnen, weil sie doch dadurch noch Ansehen in der Bevölkerung gewinnen würden!

Worum es Loderer in Wirk-

lichkeit geht, ist schlicht und einfach dies: er will einen entschiedenen und machtvollen Kampf der Werktätigen und der Gewerkschaftsbewegung gegen Reaktion und Faschismus verhindern. Die Zusammenarbeit und die politischen Gemeinsamkeiten, die die SPD- und DGB-Führung mit der schwarzbraunen Politmafia aus München verbindet, lassen sich natürlich mit einem solchen Kampf nicht auf einen Nenner bringen.

Mahlein: „Gegen Strauß mobilisieren“

STUTTGART.— Wenige Tage nach dem Loderer-Interview in der „Bild“-Zeitung sprach sich der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, für eine Offensive der Gewerkschaften gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, F.J. Strauß, aus.

Mahlein begründete die Notwendigkeit einer massiven Kampagne gegen Strauß damit, daß man Strauß nicht nur als Person, sondern als Programm sehen müsse. Mahlein sagte, die Arbeitnehmerschaft sei zu einem offensiven Kampf gegen den CSU-Vorsitzenden bereit. Wörtlich erklärte der IG-Druck-Vorsitzende:

„Ob meine anderen Kollegen das übernehmen oder nicht, ich würde von mir aus sagen: Es ist eine Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft erforderlich, wie sie 1972 bei dem Mißtrauensvotum der Unionsparteien gegen Bundeskanzler Willy Brandt geschehen ist.“

Bekanntlich war es damals zu politischen Streiks in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik gekommen. Mahlein erklärte, er halte eine derartige Mobilisierung für durchaus machbar, die Frage sei allerdings, ob sie auch gewollt werde.

Seit 16 Wochen im Streik

Höhepunkt im Arbeitskampf bei Spinner

SAUERLACH.— In der letzten Woche spitzte sich der Arbeitskampf in der Werkzeugmaschinenfabrik Spinner in Sauerlach bei München zu. Zu einer Protestkundgebung versammelten sich über 600 Gewerkschafter vor dem Werkstor der bestreikten Fabrik. Weil der Kapitalist Spinner den Abschluß eines Werkstarifvertrags verweigert, streiken 23 der 45 Beschäftigten des Werkes seit über 16 Wochen.

Die Geduld der Kollegen ist allerdings langsam zu Ende. Sie haben angekündigt, daß sie ihr Arbeitsverhältnis fristlos kündigen wollen, wenn der Kapitalist nicht bis zum 30. Mai mit der IG-Metall verhandelt. Der Ausgang dieser Sache war uns allerdings bis Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Der Kapitalist Spinner zeichnet sich durch frühkapitalistische Methoden des Umgangs mit den Arbeitern seiner Fabrik aus. Spinner ist keinem Unternehmensverband beigetreten, und er widersetzt sich der Anerkennung von Tarifabschlüssen der IG Metall in seinem Unternehmen. Zu dem Streik kam es, als Spinner sich weigerte, einen Werkstarif mit der IG Metall abzuschließen, durch den gewährleistet wird, daß die Belegschaft automatisch Anspruch auf die Tarifierhöhungen und sonstigen Leistungen hätte, die alljährlich in

den Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und den Unternehmerverbänden ausgehandelt werden.

Ein erster Einigungsversuch zwischen Spinner und der IG Metall scheiterte; Spinner hatte die Unverschämtheit, eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen ab 1. Januar 1981 von 26 auf 52(!) Mark als „Angebot“ vorzulegen. Von einem Eingehen auf die berechtigten Forderungen der Kollegen keine Spur!

Es scheiterte auch ein Schlichtungsversuch des bayrischen Arbeits- und Sozialministeriums — an Termenschwierigkeiten. Spinner ließ alle Termine platzen. „So etwas an Termenschieberei habe ich noch nicht erlebt“, jammerte sogar der staatliche Schlichter, ein Ministerialrat, gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Er habe „massiven Druck“ anwenden müssen, bis es zu einem persönlichen Kontakt mit Spin-

ner, und zwar erst am 16. Mai — fast vier Wochen nach Aufnahme seiner Bemühungen, gekommen sei. Ein für den 20. Mai, 8.30 Uhr, angesetzter Vermittlungstermin habe nicht stattfinden können, da ihn der Rechtsanwalt des Unternehmens erst am Nachmittag dieses Tages telefonisch mitgeteilt habe, daß er „keine Zeit“ hätte.

An diesem Verhalten zeigt sich die ganze Einstellung und Vorgehensweise dieses Kapitalisten Spinner, dem selbst die schäbigsten Tricks nicht zu schade sind, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter abzuwürgen und auszubooken. Wie ein absoluter Fürst läßt er sich nicht einmal zu Verhandlungen herab. Und so etwas kann in diesem Lande ungestraft schalten und walten; dieses Subjekt löst keine anderen staatlichen Maßnahmen aus als ein hilfloses Entschuldigungsgestammel des zuständigen Ministerialrats!

Nach dem SPD-Wahlsieg in NRW

„Die liberale Ausrede gilt nun nicht mehr“

Rau blockt Forderungen von DGB und Parteibasis ab

DÜSSELDORF. — Nach dem Wahlsieg, der seiner Partei die absolute Mehrheit im Landtag brachte, hat Ministerpräsident Rau jetzt sein

Das SPD-Organ „Vorwärts“ brachte eine Huldigung voller Stolz und Bewunderung für den alten und neuen Regierungschef von NRW. Stolz ist man darauf, daß sich auch der CDU nahestehende Zeitungen wie die FAZ lobend über Raus „Handlungs- und Entschlußfähigkeit“ ausgelassen haben. Und Bewunderung wird dem Ministerpräsidenten für ein geradezu akrobatisches Kunststückchen gezollt: Es ist ihm nämlich gelungen, seine Kabinettsliste haargenau nach der Stärke der jeweiligen SPD-Parteibezirke abzustecken. Je vier der Minister kommen aus den mächtigen Bezirken Niederrhein und westliches Westfalen, je einer aus Ostwestfalen und vom Mittelrhein.

So haben denn alle Bezirksfürsten ihre Pfründe in der neuen Landesregierung, und der „Vorwärts“ kann zufrieden feststellen: „Fast alle Minister stehen loyal zum Regierungschef.“ Hinter diesem Satz verbirgt sich die Tatsache, daß auch Raus Kabinettsstückchen nicht alle Ansprüche befriedigen konnte. Trotz aller Ausgewogenheit bei der Besetzung der Posten wird auch innerhalb der neuen Regierung der Kampf um Einfluß — vor allem zwischen Rau und seinem Arbeitsminister Farthmann — weitergehen. Aber dergleichen ist ja die Regel bei jeder bürgerlichen Regierung, und es nimmt nicht wunder, daß der „Vorwärts“ in seinem erwähnten Artikel diesen Punkt nur andeutungsweise streift.

Erstaunlicher ist schon, daß die SPD-Zeitung mit keinem Wort auf die künftige Politik der Regierung Rau eingeht und vollständig über die Fragen hinweggeht, die dadurch aufgeworfen wurden, daß die SPD im bevölkerungsreichsten Bundesland alleine die Regierung bildet. Und diese Fragen — nicht die Verteilung der Posten — bilden den eigentlichen Sprengstoff in der Landespolitik der achtziger Jahre.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, kurz in die Nacht nach der Landtagswahl zurückzublenden. Kaum war damals das Ergebnis bekanntgeworden, hatte sich Rau zu

Verhandlungen mit dem FDP-Chef und früheren Innenminister Hirsch zurückgezogen. Raus Angebot: ungeachtet der Tatsache, daß sie an der Fünfprozentklausel gescheitert war, sollte die FDP ihre beiden Ministerien in Düsseldorf behalten. Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb damals zu diesen Verhandlungen: „Johannes Rau verhehlte dabei nicht, daß er in den nächsten fünf Jahren lieber sozialliberale als sozialdemokratische Politik machen würde. Ohne den liberalen Koalitionspartner nämlich fehlt ihm künftig das durchschlagende Argument, mit dem er bisher unbequeme Forderungen der eigenen Parteibasis abblocken konnte.“

Als die FDP den Kuhhandel ablehnte, stellte ein SPD-Abgeordneter fest: „Die liberale Ausrede gilt nun nicht mehr.“ Aber die Parteibosse in Bonn und Düsseldorf waren um eine neue Ausrede nicht verlegen. Sie benutzten den Parteitag des Bezirks Mittelrhein, um die Basis mit dieser neuen Ausrede vertraut zu machen. Aus Bonn war Herbert Wehner angereist, der etwas nebulös vor einer Stimmung der „Selbstzufriedenheit“ in der nordrhein-westfälischen Partei warnte. Ministerpräsident Rau wurde dann konkreter. Er gab die folgende Einschätzung des Wahlergebnisses zum Besten: Eine „beträchtliche Gruppe“ habe bei der Wahl der SPD „gewissermaßen auf Probe“ das Vertrauen geschenkt. Das wären Menschen mit christlich-demokratischer oder liberal-konservativer Gesinnung gewesen, und um ihr Vertrauen nicht zu verscherzen, müsse die SPD-Regierung eine „Politik der Besonnenheit und des Augenmaßes“ verfolgen.

Wer jetzt noch nicht wußte, was die Stunde geschlagen hatte, dem öffnete Landwirtschaftsminister Bäumer die Augen. Er holte zum massiven Rundumschlag aus — gegen die eigene Parteibasis. Man müsse — so Bäumer — jetzt denjenigen entgegenreten, die mit der Erringung der absoluten Mehrheit im Landtag „endlich den Zeitpunkt der Verwirklichung der reinen Lehre feiern möch-

Kabinett vorgestellt. Die Erklärung zu seinem Regierungsprogramm will er zu Beginn dieses Monats abgeben.

ten.“ Alles, was jetzt von der Mitgliedschaft der Partei, aber auch von den Gewerkschaften an die Regierung als Forderung herangetragen wird, nannte der Minister wahlweise „utopische Perspektiven“ oder „uferlose Ansprüche“.

Dabei handelt es sich bei diesen Forderungen zumeist nur um das, was die SPD im Wahlkampf zu verwirklichen versprochen hatte. Aus dem DGB beispielsweise wurde die Forderung laut, endlich mit dem Bekenntnis gegen die Aussperrung Ernst zu machen und ein Gesetz zum Verbot dieses Kampfinstrumentes der Unternehmer einzubringen. Die Jusos verlangten klare Fronten gegen die Berufsverbote: Der berüchtigte Radikalerlaß soll „voll und ganz“ gestrichen werden. Verschiedene Parteiorganisationen machten sich für einen Gesetzentwurf über die Ausweitung der Gesamtschule stark.

In der vergangenen Woche stellte dann der DGB-Landesvorsitzende Bleicher noch einmal die wichtigsten gewerkschaftlichen Forderungen an die Düsseldorfer Regierung für die achtziger Jahre heraus. Er wies unter anderem darauf hin, daß in diesem Jahrzehnt die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze an Rhein und Ruhr notwendig ist. Außerdem solle auf absehbare Zeit die Gesamtschule das dreigliedrige Schulsystem ersatzlos ablösen.

Diese Forderungen also werden von der Landesregierung jetzt ins Reich der Utopie verwiesen. Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ sind alle Wahlversprechungen unter den Tisch gekehrt worden. Man hat nach dem Abgang der FDP-Minister eine neue Ausrede für die Fortführung der reaktionären Politik gefunden: die christlich-demokratisch-liberal-konservativen Wähler, die man nicht vergaulen dürfe. Ihnen wird der Schwarze Peter zugeschoben, sie werden als Buhmann aufgebaut, um die Forderungen der Werktätigen an die SPD-Regierung abzublocken.

Um diesen schmutzigen

Trick richtig würdigen zu können, muß man sich noch einmal daran erinnern, daß die NRW-Wahl nicht zuletzt eine Anti-Strauß-Wahl gewesen ist. Mit ihrem Votum für die SPD haben Millionen Wähler ihre Abneigung gegen Strauß und sein Programm zum Ausdruck gebracht. Und sie haben an ihre Stimmabgabe natürlich auch positive Erwartungen geknüpft, nämlich die Hoffnung auf eine Politik, die im Gegensatz zum Straußschen Programm die Interessen der arbeitenden Menschen stärker berücksichtigt. Und das wird jetzt von den SPD-Bossen ins Gegenteil verkehrt, wenn sie die Dinge so hinbiegen, als würden ausgerechnet die Wähler „Besonnenheit und Augenmaß“ (sprich: eine reaktionäre Politik) erwarten.

In Wahrheit verhält es sich gerade umgekehrt. Wer sollte denn schon ein Interesse daran haben, daß die Landesregierung beispielsweise das Verbot der Aussperrung verhindert? Doch niemand anderes als die Unternehmer. In ihrem Interesse, im Profitinteresse der Bosse von Rhein und Ruhr, errichtet die Regierung Rau jetzt den Wall gegen die „uferlosen Ansprüche“ der Werktätigen, wie sie von den Gewerkschaften, aber auch von einem Teil der Parteibasis erhoben werden. Auch ohne den liberalen Koalitionspartner — die Ausrede der vergangenen Jahre — bleibt die SPD-Regierung ein Instrument des Kapitals gegen die Interessen der Werktätigen.

Diese grundlegende Tatsache hat Rau schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit als Chef einer reinen SPD-Regierung in aller Deutlichkeit unter Beweis gestellt. Er hat zugleich einmal mehr deutlich gemacht: Die für die SPD abgegebenen Stimmen waren tatsächlich verlorene Stimmen. Denn diese Partei redet zwar gerne vom Wählerauftrag, sie fühlt sich jedoch in keiner Weise an ihn gebunden, auch wenn er noch so eindeutig ausfällt wie in NRW.

Angesichts dieser Tatsache muß der politische und gewerkschaftliche Kampf für die Interessen der Werktätigen gegen die Landesregierung verstärkt geführt werden. Durch das Ausscheiden der FDP ist der Spielraum der Regierung für politische Manöver enger geworden, denn die Demagogie mit der Rücksichtnahme auf christlich-demokratische Wähler dürfte wohl kaum so erfolgreich sein wie die „liberale Ausrede“ der letzten fünf Jahre.

Zum anderen eröffnet der betont reaktionäre Kurs der neuen Regierung in NRW auch gute Perspektiven, den Illusionen unter den Werktätigen in die SPD wirkungsvoll zu begegnen. Gerade im Vorfeld der Bundestagswahlen bietet sich hier die Möglichkeit, das verlogene Täuschungsmanöver mit der „verlorenen Stimme“, das die bürgerlichen Parteien bei jeder Wahl ins Spiel bringen, gegen die SPD selbst umzukehren und zu zeigen, daß in Wahrheit jede Stimme für diese Partei verschenkt ist.

Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft

Offener Brief an den „Stern“

HAMBURG. — Einen offenen Brief hat die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V. (DAFG) an das Hamburger Magazin „Stern“ gerichtet. Sie protestiert damit nachdrücklich gegen einen Hetzartikel, der gegen die SVR Albanien im „Stern“ vom 27. März erschienen ist.

Der betreffende Artikel hatte über mehrere Seiten hinweg Lügen und Verleumdungen über Albanien aneinandergereiht (siehe auch RM 16/80). In dem offenen Brief der DAFG heißt es unter anderem: „Eine ganze Reihe weiterer Briefe sind Ihnen von Geschäftsleuten, Reisegruppen und Einzelpersonen zugeschickt worden (von einigen sind uns Kopien zugegangen), die alle in der Hoffnung geschrieben wurden, über die Leserbriefseite die mangelnde journalistische Sorgfaltspflicht Ihres Reportergespanss Carp und Karp wenigstens ansatzweise auszugleichen. Leider hat die Redaktion des „Stern“ es vorgezogen, Einwände gegen den Artikel „Der rote Unbekannte“ nicht abzdrukken, so daß wir annehmen müssen, daß die Meinungsmache gegen Albanien bewußt betrieben wurde und Ihre Unterstützung findet.“

Mit diesem offenen Brief protestieren wir gegen dieses Machwerk, das sich gegen den Völkerverständigungsgedanken richtet und dagegen, daß es der „Stern“ verbreitet hat. Noch gilt auch hierzulande die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens als ein förderungswürdiges und dem Interesse der Allgemeinheit dienendes Ziel, auch was die Entwicklung und Verbreitung der Freundschaft mit dem albanischen Volk angeht.“

Dem offenen Brief der DAFG sind einige der vom „Stern“ unterschlagenen Leser-

zuschriften beigelegt. Darüber hinaus wird der Hetze des „Stern“-Artikels die Wahrheit über das sozialistische Albanien entgegengestellt. Am Schluß des offenen Briefes heißt es: „Sie, Herr Nannen, fordern wir auf, ein angemessenes Gegen-gewicht zu der antialbanischen Meinungsmache im „Stern“ zu schaffen! Die Öffentlichkeit bitten wir: Treten Sie mit uns ein für die Verwirklichung des Völkerverständigungsgedankens, für die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk! Unterstützen Sie unseren Protest!“

Auch wir fordern unsere Leser auf, die Protesterklärung der DAFG zu unterzeichnen: Sie lautet: „Ich protestiere gegen die verfälschende Berichterstattung über Albanien im „Stern“ und fordere eine angemessene Richtigstellung.“

Die Erklärungen bitte senden an: Henri Nannen, Postfach 302040, 2000 Hamburg 36, möglichst mit Kopie an die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V., Postfach 197622, 2000 Hamburg 19.



SPD hält an Olympia-Boykott fest

BONN. — Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich von der Forderung ihres Mitglieds Klaus Immer distanziert, die „Empfehlung“ für einen Olympiaboykott zu revidieren.

Immer hatte in einem Brief an Schmidt und Genscher erklärt, der Boykottbeschluß habe keine „Geschäftsgrundlage“ mehr, nachdem sich die überwiegende Zahl der europäischen Länder für den Start in Moskau ausgesprochen hätte. Der Abgeordnete beklagte die dadurch entstandene Isolierung der westdeutschen Sportler, die auch von weiten Kreisen der Bevölkerung als zu großes Opfer empfunden würde. Immer

richtete auch einen Brief an NOK-Präsident Daume, in dem er um Initiativen für eine Teilnahme der westdeutschen Sportler an den Sommerspielen bat.

In den letzten Wochen hatten zunehmend auch Sportler darauf gedrungen, angesichts der nahezu einhelligen europäischen Entscheidung für Olympia den Boykottbeschluß des NOK zu revidieren.

Die SPD-Spitze stellte in einer Antwort auf den Vorstoß von Immer klar, daß sie nach wie vor uneingeschränkt den Carterschen Kurs der Boykott-hetze unterstützt.

Jusos gegen Atomraketen

BONN. — Die Jungsozialisten wollen auf dem kommenden Parteitag der SPD die Debatte über die NATO-Beschlüsse zur sogenannten Nachrüstung wiedereröffnen. Der Parteitag findet am 9. und 10. Juni in Essen statt.

Bei den „Nachrüstungs“-Beschlüssen der NATO geht es um die Stationierung von amerikanischen Atomraketen von mittlerer Reichweite in Westeuropa. Der größte Teil dieser Atomwaffen vom Typ „Pershing 2“ und vom Typ „Cruise missile“ soll auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert werden.

Die amerikanische Supermacht hätte sich damit die Möglichkeit geschaffen, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion vom Territorium unseres Landes aus zu führen.

Schon beim letzten SPD-Parteitag hatte es eine starke Opposition gegen die Zustimmung der Bundesregierung zu diesen gefährlichen Atomplänen gegeben. Der Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder bekräftigte in der vergangenen Woche die Gegnerschaft seiner Organisation zu den NATO-Beschlüssen.



Das Kabinett Rau diffamiert die gerechten Forderungen der Gewerkschaften als „uferlose Ansprüche“.



Auch die KPD/ML und die VOLKSFRONT beteiligten sich an der Hagener Demonstration
3 000 Antifaschisten in Hagen

Demonstration gegen türkischen Faschistenkongreß

HAGEN. — Zur Demonstration gegen eine faschistische Provokation hatte der „Verein der Arbeitnehmer und Studenten aus der Türkei“ in Hagen aufgerufen. 3 000 Antifaschisten, überwiegend Kollegen aus der Türkei, versammelten sich am Pfingstmontag vor dem Hagener Hauptbahnhof.

Der Anlaß für die Demonstration: In der Ischelandhalle tagte zur gleichen Zeit ein Kongreß der „Islamischen Kulturzentren“, einer Vereinigung, die ungeachtet ihres harmlos klingenden Namens mit Religion und Kultur sehr wenig, mit Mord und Terror dafür um so mehr zu tun hat. Denn hinter diesem Aushängeschild verbirgt sich die türkische faschistische Partei MHP des Hitler-Verehers und Strauß-Freundes Alparslan Türkeş. Die MHP und die ihr angegliederte Terrorbande „Graue Wölfe“ sind nicht nur für zahllose Massaker in der Türkei verantwortlich. Sie üben ihr blutiges Handwerk zunehmend auch in der Bundesrepublik aus.

Die Liste der Mordaktionen dieser Banden ist bekannt. Ebenso ist bekannt, daß der Boß der „Islamischen Kulturzentren“, Harun Resit Tüylüoğlu, gleichzeitig Aktivist der MHP ist. Dennoch weigerte sich der SPD-beherrschte Hagener Stadtrat, den Forderungen des „Vereins der Arbeitnehmer und Studenten aus der Türkei“ und anderer demokratischer Organisationen nachzukommen und den Faschisten die städtische Ischelandhalle zu kündigen. Man zog sich auf die fadenscheinige Ausrede zurück, eine Verbindung zwischen der MHP und den „Kulturzentren“ ließe sich nicht beweisen. Zur gleichen Zeit gab selbst das Bonner Innenministerium eine solche Verbindung öffentlich zu (siehe Artikel auf dieser Seite).

Die Hagener Behörden beließen es nicht bei der Vergabe der Halle an die Faschisten. Sie hatten auch ein riesiges Aufgebot an kampfmäßig gerüsteter Polizei zusammengezogen, um die braunen Banden zu schüt-

zen. Die 3 000 Antifaschisten zogen in einer sehr kämpferischen Demonstration durch die Stadt zur Ischelandhalle, wo auf einem Platz in Sichtweite des Faschistenkongresses die Abschlusssitzung stattfand. Immer wieder gellten Parolen wie „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk“ zur Halle hinüber. Die Kundgebungsredner prangerten die Zusammenarbeit der Behörden mit den Faschisten an und forderten das Verbot aller faschistischen Organisationen. Ein Vertreter der KPD/ML bekräftigte die Solidarität unserer Partei mit den

Antifaschisten aus der Türkei und betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von deutschen und ausländischen Arbeitern gegen den Terror der braunen Banden.

Die machtvolle Demonstration in Hagen war ein erneuter Beweis der großen Kampfbereitschaft unserer Kollegen aus der Türkei, die sich in der Vergangenheit schon oft bei politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen gezeigt hat. Bedauerlich war allerdings die Tatsache, daß sich nur sehr wenige deutsche Antifaschisten in die Demonstration eingereiht hatten.

Bonn bestätigt Tarnung der türkischen Faschisten

FRANKFURT. — In einem Interview mit dem IGM-Organ „metall“ machte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Andreas von Schoeler, bemerkenswerte Äußerungen über die terroristische Tätigkeit der türkischen Faschisten.

Schoeler gab die — bislang von westdeutschen Behörden bestrittene — Tatsache zu, daß es enge Verbindungen zwischen der offiziell in der Bundesrepublik aufgelösten faschistischen Partei MHP einerseits und den „Kulturvereinigungen“, „Idealistenvereinen“ und „Islamischen Kulturzentren“ andererseits gibt. Der Staatssekretär nannte in diesem Zusammenhang auch die Dachorganisation der „Idealistenvereine“, die Frankfurter „Türk-Federation“ eine eindeutig rechts-extremistisch orientierte Organisation.

So weit, so gut. Als er dann aber gefragt wurde, warum die Bundesregierung denn nichts gegen den Terror

der türkischen Faschisten unternahme, zog sich Schoeler auf die lächerliche Behauptung zurück, die Behörden stünden bei ihren Ermittlungen vor einer „Mauer des Schweigens“. Tatsache ist jedoch, daß es genügend Beweise und genug Zeugen gegen die Faschisten gibt. Nicht darin liegt das Problem, sondern in der offenkundigen Duldung und Unterstützung des Terrors der „Grauen Wölfe“ und anderer Banden durch die Behörden der Bundesrepublik. Wenn beispielsweise Schoeler jetzt zugibt, daß die „Türk-Federation“ den Charakter einer faschistischen Tarnorganisation hat, warum wird diese Terrorzentrale dann nicht endlich geschlossen?

amnesty international legt Untersuchung vor

Abschaffung der Isolationshaft gefordert

Scharfe Kritik an Haftbedingungen in der BRD

BONN. — Mit einem „dringenden Appell“ hat sich die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) an die Behörden der Bundesrepublik gewandt und die sofortige Abschaffung der Isolationshaft in westdeutschen Gefängnissen gefordert. Die Organisation legte einen Untersuchungsbericht über die Haftbedingungen in Westdeutschland vor.

In ihrer Satzung hat sich ai verpflichtet, der „Folterung oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung“ von Gefangenen entgegenzutreten. Und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik sind so beschaffen, daß sich ai genötigt sah, im Sinne dieser Satzung aktiv zu werden.

Die erwähnte Untersuchung wurde schon 1977 in Auftrag gegeben. Zwei Jahre lang wurden Gefangene, deren Angehörige, Sachverständige usw. befragt. Im Februar des vergangenen Jahres wurde das Ergebnis der Untersuchung der Bundesregierung übergeben, ohne daß von dort eine inhaltliche Stellungnahme zu den von ai erhobenen Vorwürfen gekommen wäre. Jetzt legte die Organisation ihre Untersuchung der Öffentlichkeit vor.

Über hundert politische Gefangene, so stellt ai fest, waren oder sind der Isolationshaft ausgesetzt. Die Folgen sind — zum Teil schwere — körperliche und psychische Störungen der Inhaftierten. Der Untersuchungsbericht, schildert ausführlich die Fälle der Gefangenen Astrid Proll, Ingrid Schubert, Irmgard Möller und Werner Hoppe. Zu Ingrid Schubert (die 1977 in ihre Zelle unter noch ungeklärten Umständen erhängt aufgefunden wurde) wird festgestellt, daß sie nach jahrelanger Isolation „oft nicht mehr zwischen Realität und Wahn unterscheiden konnte.“ Werner Hoppe, der sieben Jahre lang in verschiedenen Graden der Isolationshaft ausgesetzt war, konnte keine Nahrung mehr aufnehmen, ohne sich zu erbrechen (Werner Hoppe war erst aus der Haft entlassen worden, als er schon unmittelbar in Todesgefahr schwebte, und das auch nur, weil die zuständigen Behörden in Hamburg einem monatelangen massiven Druck der demokratischen Öffentlichkeit ausgesetzt waren).

Der Bericht von ai führt als eines der Mittel zur extremen



Die berühmte Zwingburg von Stuttgart-Stammheim

Isolation von politischen Gefangenen die sogenannten toten Trakte an, völlig abgeschiedene Gebäudeteile in den Gefängnissen, die durch ständige Beleuchtung und ständige Beobachtung, durch eine nahezu absolute Stille usw. gekennzeichnet sind. Diese Trakte sind zwar heute weitgehend offiziell abgeschafft, aber — wie ai betont — herrschen in den neuen Hochsicherheitstrakten nahezu die gleichen Bedingungen. Neben der Einzelisolation von politischen Gefangenen führt auch die Isolation in Kleingruppen zu den erwähnten gesundheitlichen Schäden. Der Bericht von ai stellt fest, daß den zu solchen Gruppen zusammengefaßten Gefangenen der Kontakt zu anderen Häftlingen verboten und daß ihr Kontakt zur Außenwelt in erheblichem Maße eingeschränkt ist.

Amnesty international hat seine Untersuchung der Haftbedingungen von politischen Gefangenen mit einer Reihe von Forderungen und Empfehlungen an die Behörden in der Bundesrepublik verbunden. Die Organisation hat zum Beispiel angeregt, unabhängige Aus-

schüsse zu bilden, die unter anderem bemächtigt sein sollen, ärztliche Untersuchungen der Gefangenen anzuordnen. In den ersten Stellungnahmen der Bundesregierung und einiger Länderregierungen auf den Bericht von ai sind die begründeten Vorwürfe der Organisation, ebenso wie die Forderungen und Empfehlungen zurückgewiesen worden.

Der Bonner Staat, dessen Vertreter so oft die Menschenrechte im Munde führen — man denke nur an Afghanistan —, weigert sich also, die unmenschlichen und lebensgefährlichen Bedingungen in den Gefängnissen abzuschaffen, Bedingungen, mit denen nur ein Ziel verfolgt wird: politische Gefangene einer Sonderbehandlung zu unterwerfen und sie körperlich und geistig zu zerstören. Es ist ein Verdienst von amnesty international, diese Bedingungen wieder einmal ins Licht der Öffentlichkeit gebracht zu haben. So wird der jetzt vorgelegte Untersuchungsbericht sicher dazu beitragen, den notwendigen Kampf gegen die Isolationshaft zu stärken.

Pfingsttreffen der „Landsmannschaften“

Revanchistische Forderungen bekräftigt

Zustimmung von der CDU

STUTT GART. — Zu Pfingsten waren Stuttgart, Köln und andere Städte der Bundesrepublik wieder Schauplatz von Massentreffen der sogenannten Vertriebenenverbände. Überall wurden dort in äußerst aggressiver Form revanchistische Forderungen erhoben.

Der Vorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, der CDU-Bundestagsabgeordnete Walter Becher, hetzte in Stuttgart im Nazi-Jargon gegen die Ostverträge, die er als „Schandverträge“ beschimpfte. Gleichzeitig forderte er, daß in den Schulbüchern und Atlanten der Bundesrepublik ein Bild von Deutschland gezeichnet werden müsse, wie es dem „Geist der Selbstbestimmung“ entspreche. Im Klartext bedeutet das: Die Schüler sollen im Geist des Revanchismus erzogen werden, indem man ihnen immer wieder einbläut, daß

Westpolen und andere Gebiete zu Deutschland gehören und eines Tages wieder „befreit“ werden müßten.

Was die Forderung betrifft, daß auch in den Atlanten die revanchistischen Ansprüche durch eine entsprechende Grenzziehung deutlich gemacht werden müßten, so ist sie in Bayern schon längst erfüllt. Im Reich des Franz Josef Strauß ist der Revanchismus ein fester Bestandteil des Unterrichtssystems. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß ein Mitglied der bayrischen Staatsregierung,

Arbeitsminister Fritz Pirkel, eine Auszeichnung aus der Hand des Revanchistenhäuptlings Becher entgegennehmen konnte.

Aber auch Spitzenpolitiker der CDU stellten sich zu Pfingsten massiv hinter die Forderungen der Revanchistenverbände. Auf der Stuttgarter Hetzveranstaltung beispielsweise trat Ministerpräsident Späth auf. Er hatte dabei die Stirn, die von Becher und Co. offen vorgetragenen Ansprüche mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes für Selbstbestimmung gleichzusetzen.



Die Spitze des antifaschistischen Demonstrationzugs in Hagen

Mit Trillerpfeifen gegen Großen Zapfenstreich

Volkskorrespondenz aus Emden

Am 14. Mai fand in Emden die öffentliche Verurteilung von 400 Rekruten in einem Fußballstadion statt. Öffentlich war sie jedoch nur auf dem Papier, denn nach den Bremer Ereignissen war klar, daß man drastische Sicherungsmaßnahmen ergreifen würde.

Am 14. Mai glich Emden vor allem im Bereich des Stadions einer Festung. Etwa zehn Hundertschaften Polizei und 200 Feldjäger waren aufgebunden worden, um das Kriegsspektakel angemessen zu schützen. Auf den Dächern der Kaserne konnte man Soldaten mit der Maschinenpistolen im Anschlag beobachten.

Vorher hatte es ein großes Hin und Her um die Verurteilung gegeben. Ursprünglich hatte man den Platz vor dem Rathaus für die Zeremonie vor-

gesehen. Dann wollte man sich angesichts der Bremer Massenproteste hinter die Kasernenmauern zurückziehen, mußte jedoch auf höchsten Befehl des Bonner Kriegsministers im Stadion antreten.

Leider war es nicht gelungen, alle Gegner des Militär-Spektakels in einer Aktion zusammenzuschließen. Verantwortlich dafür ist ein vor kurzem gegründetes Komitee für Frieden und Abrüstung, in dem DKP-Funktionäre das Sagen

haben. Das Komitee operierte mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen zum Beispiel gegenüber der VOLKSFRONT und machte auch sonst wenig Anstalten, alle in Frage kommenden Gruppen und Organisationen anzusprechen.

Aufgrund dieser der Einheit abträglichen Haltung schlossen sich die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden Emden, Aurich und Wilhelmshaven, die evangelische Studentengemeinde, die autonome Frauenhochschulgruppe, der Kommunistische Bund, die Initiative gegen Atomanlagen, eine bunte Liste und die VOLKSFRONT zu einer Aktionseinheit zusammen. In der Innenstadt hatte man

eine gemeinsame Kundgebung abgehalten und war dann in kleinen Gruppen zum Stadion gezogen, um vor der hermetisch abgeriegelten Sportanlage erneut gegen das militaristische Spektakel zu protestieren. Die VOLKSFRONT führte ein Transparent mit der Aufschrift „BRD raus aus der NATO“ mit im Demonstrationszug. Mit Sprechchören und Trillerpfeifen versuchte man, die Zeremonie im Innern des Stadions entsprechend zu würdigen.

Zwar konnte der Große Zapfenstreich nicht verhindert werden, doch war es den Veranstaltern nicht vergönnt, ihre Kriegshetze problemlos über die Bühne zu ziehen.

NPD in Bedrängnis

Volkskorrespondenz aus Kassel

Auch in diesem Jahr bekam die neofaschistische NPD die Macht der antifaschistischen Bewegung zu spüren. Ihr für Frankfurt geplantes „Deutschlandtreffen“ — Treffpunkt aller rechten, nationalistischen und faschistischen Terrorgruppen — wurde von der Stadt Frankfurt und dem Verwaltungsgericht verboten, weil sich eine breite Front gegen Faschismus und Reaktion in Frankfurt gebildet hatte — vom DGB angefangen bis zu den christlichen Kirchen.

Unter diesem Druck versucht die NPD auszuweichen und ihr reaktionäres Deutschlandtreffen woanders durchzuführen, wo sie Ruhe zu finden hofft. In ihrem Parteiblättchen hat sie für den 17. Juni das Deutschlandtreffen „im Raum Eschwege nahe der Zonengrenze“ angekündigt. Das Programm sieht ab 11.00 Uhr eine „Großkundgebung“ vor und anschließend in einer „modernen Großraumhalle an der Zonengrenze“ den Bundeswahlkongreß der NPD. Der genaue Termin sollte „aus Gründen der Sicherheit“ erst Ende Mai bekanntgegeben werden.

Aber auch alle Heimlichtuer half der NPD nichts. Vor einer Woche versammelten sich auf Einladung der antifaschistischen „Rock-gegen-Rechts-Initiative“ in Kassel eine Reihe von antifaschistischen Organisationen, Jugendliche, Gewerkschafter, Schüler, um den Plan der NPD zu durchkreuzen. Erschienen waren u.a. Antifaschisten aus Göttingen vom AStA, Bunte Liste, aus Marburg von „Rock gegen Rechts“, aus Witzenhausen, von der BI Werra-Meißner und dem Jugendzentrum Eschwege, aus Kassel der AStA, die Grünen, die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, die Jusos Unterbezirk Kassel, MSB Spartakus, SDAJ und VVN, Stadtschülerrat, Kommunistischer Bund, verschiedene Musik- und Kulturgruppen und der DGB-Jugendsekretär.

Es herrschte auf der Besprechung eine gute Stimmung: Man wurde sich schnell einig, daß man den Faschisten direkt entgegenzutreten müsse und schon jetzt Aktionen vorbereiten muß. Es wurde vereinbart, sich am 17. Juni zentral in Eschwege zu treffen und der NPD entgegenzutreten. Genaue Aktionen werden beraten, wenn bekannt geworden ist, wo die NPD auftritt. Für Antifaschisten aus anderen Orten, die unsere Aktion unterstützen — so hat zum Beispiel die Rock-gegen-Rechts-Initiative aus Frankfurt zugesagt, am 14./15. Juni auch zur Beteiligung an der Aktion in Eschwege aufzurufen und Musikgruppen nach Eschwege zu entsenden — soll ein Zeltlager am 16.6. organisiert werden.

Auf dem Treffen wurde

auch bekannt, daß der DGB Eschwege bereits vorsorglich die Stadthalle Eschwege für eine antifaschistische Veranstaltung am 17. Juni angemietet hat. Inzwischen ist auch das Bürgerhaus Wanfried im Werra-Meißner-Kreis bereits der NPD weggeschnappt worden.

Jetzt kommt es darauf an, konsequent die Bevölkerung im Werra-Meißner-Kreis für den Protest gegen die NPD zu mobilisieren.

Veranstaltung der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V.

Vorgestellt in Wort, Bild und Ton von Uwe Hartmann

Die Reise durch Albanien 1912 von Karl Otten

am 12. Juni 1980, 19.30 Uhr Bürgerhaus Oslebshausen
Am Nonnenberg 40
2800 Bremen 21

Veranstaltung von Halkin Kurtulusu

7. Juni, 15 Uhr, Duisburg/Rheinhausen, Aula des Krupp-Gymnasiums, Fleetweg 62

Kampftag gegen den Faschismus, zum Gedenken an die gefallenen Helden

Reiches Programm mit Dias, Volkstanz, Liedern und Theater

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30



Am Rande beobachtet



gelungene Schnappschüsse vom 1. Mai

„Sind wir etwa auf einer Wahlkundgebung gelandet?!“ (Bochum/Husemannplatz)



Die rote Nelke gehört nun mal dazu (Essen/Kennedyplatz)

Im Gewand der Berater

Aus: „Luftetari“ — Zentralorgan des Ministeriums für Volksverteidigung der SVRA

Seit dem Einmarsch russischer Truppen nach Afghanistan und der militärischen Provokation der USA gegen den Iran hat sich die internationale Lage bedrohlich zugespitzt. Entsprechend laufen die kriminellen Aktivitäten der imperialistischen Geheimdienste auf Hochtouren, intensivieren die Agenten der Imperialisten in Ost und West ihre schmutzigen Geschäfte. Die Geschichte hat bewiesen, daß etlichen konterrevolutionären Aktionen gegen die Völker geheimdienstliche Vorbereitungen vorausgegangen sind. Nicht umsonst hat sich der Zorn des iranischen Volkes vor allem auf die

amerikanischen Geiseln konzentriert, in deren Reihen sich CIA-Agenten befinden, deren einzige Aufgabe es ist, das gegenwärtig an der Macht befindliche gegen die Supermächte gerichtete Regime zu stürzen. Aus aktuellem Anlaß drucken wir an dieser Stelle einen Artikel über die imperialistischen Geheimdienste ab, der der Zeitung „Luftetari“, Zentralorgan des Ministeriums für Volksverteidigung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, entnommen ist. Die deutsche Übersetzung ist zu finden in: Albanien heute, politische informative Zeitschrift, Nr. 2/1980.

Getarnt als Berater, Fachleute, Diplomaten, Spezialisten, Geschäftsleute und sogar im Gewand des katholischen und moslemischen Priesters sind heute die Agenten des Weißen Hauses und des Kreml in verschiedenen Ländern tätig und spannen das Netz der schwärzesten Reaktion. Sie sind überall dort anzutreffen, wo die Interessen des Kapitals in Gefahr geraten.

Was für eine Rolle diese „Berater“ spielen, zeigt das frische Beispiel des Ereignisses in Afghanistan, das sehr deutlich ist. Die sowjetischen „Berater“, die die Schlüsselpunkte der Armee und Wirtschaft unter ihrer Gewalt hatten, bereiteten den Anweisungen des Kreml zufolge die faschistische Invasion sehr sorgfältig vor. Sie sorgten dafür, daß zwei Divisionen der Hauptstadt entworfen wurden, da eine militärische „Inventur“ durchgeführt werden sollte. Unter dem Vorwand, die Panzer müßten repariert werden, zogen sie sie ein und wechselten ihre Ketten aus. Und unter dem Vorwand, die Wellenlängen müßten „kontrolliert“ werden, legten sie alle Rundfunkstationen lahm. Als all dies vorbereitet war, drang die sowjetische Luftwaffe mit Truppen und Panzern ein. Die „Berater“ hatten ihre Aufgabe erfüllt. Die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten lassen ihre Agenten auch in anderen Ländern als Fachleute, Diplomaten und Geschäftsleute untertauchen. Wer aber bildet diese Berater, Diplomaten oder Geschäftsleute aus? Zweifellos die Spionagezentren der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten. In speziellen zentralen Schulen des amerikanischen Geheim-



CIA-Hauptquartier Langley bei Washington. Der Bau der Zentrale der finstersten Konterrevolution hat 185 Millionen Dollar gekostet.

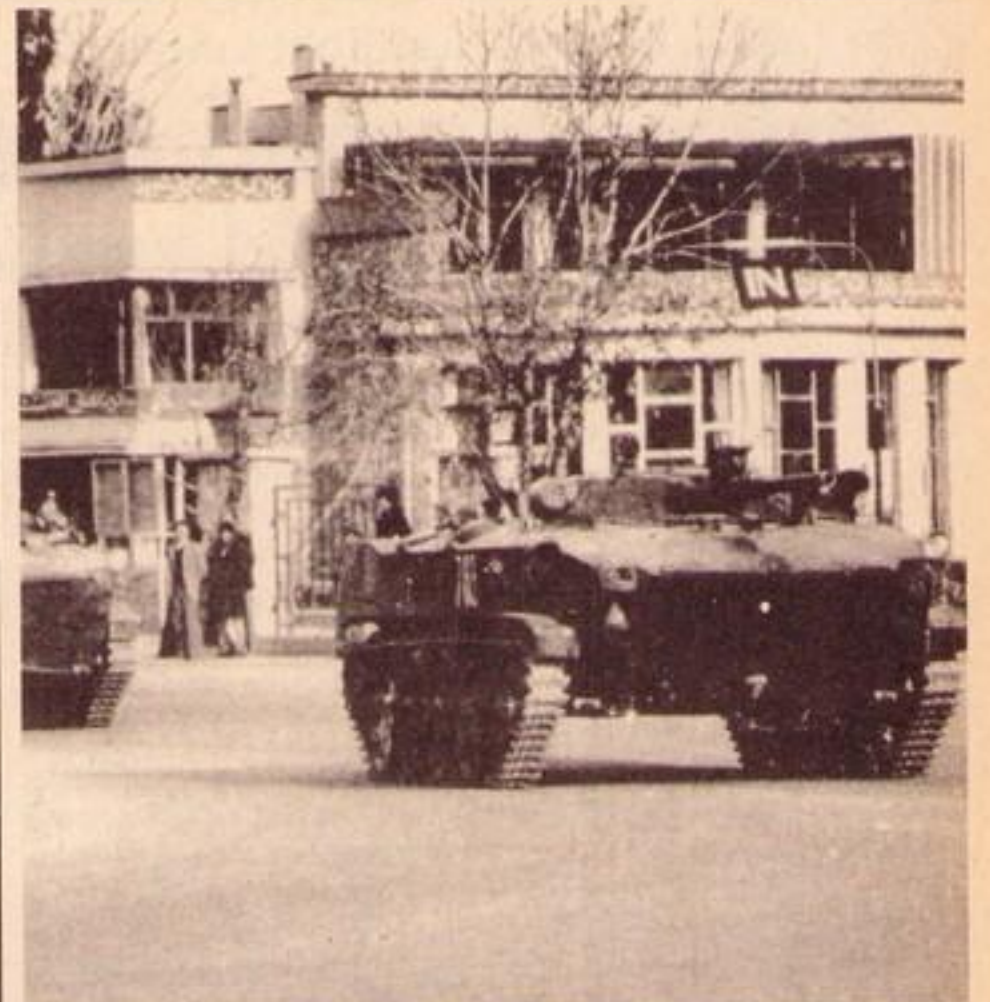
dienstes wurden bis jetzt 200.000 solcher Fachkräfte ausgebildet, die in verschiedenen Ländern die Funktion eines Beraters, Diplomaten oder Geschäftsmannes bekleiden. Und nicht nur das. Die amerikanischen Imperialisten haben auch eine große Anzahl von weiteren Organisationen und Zentren wie den Nationalen Sicherheitsdienst und das FBI, Dutzende von Agenturen und Gesellschaften, die unter verschiedenen Decknamen laufen und angeblich der „Entwicklung“, der „Zusammenarbeit“, der „Militärausbildung“, der „weltweiten Kontrolle von Drogen“ dienen sollen. Dort bilden sie verschiedene Spezialisten aus, die aber alle eins gemeinsam haben: sie sind Agenten. Dies sind die Söldner des Neokolonialismus, die Eingriffe und Staatsstreich vorbereiten. Wie die Zeitung „Internation-

ale Herald Tribune“ schrieb, arbeiten allein in den amerikanischen Botschaften überall auf der Welt 700 Agenten des Nationalen Sicherheitsdienstes und des CIA. 280.000 Agenten des FBI sind in den USA und in 63 weiteren Ländern der Welt tätig. Weitere Spionageagenturen sind „Foster Grandparentes“, „Seinor Companies“ usw. Allein die angeblich so religiöse „Heilsarmee“, die vor 70 Jahren gegründet wurde, bezahlt heute über 3 Millionen Agenten aus ihren Reihen, die in 83 Ländern der Welt aktiv sind und von 85.000 Offizieren und Zivilisten geleitet werden. Sie arbeiten in verschiedenen Bereichen und haben verschiedene Berufe, sammeln politische, militärische, wirtschaftliche und strategische Informationen, rekrutieren Agenten und bestechen Regierungspersonal bis hin zu bürgerlichen Parteien.

Innerhalb von 20 Jahren hat sich der CIA an mehr als 900 subversiven Operationen beteiligt. Im Jahr 1953 organisierte er den Sturz der Regierung von Mossadegh im Iran, der von Arbeny in Guatemala. Im Jahr 1958 organisierte er bewaffnete Truppen gegen Präsident Sukarno in Indonesien und setzte dort die Militärjunta ein. 1960 organisierte er zur Unterstützung der aggressiven Ziele der USA eine „Geheimpolizei“ in Laos, und im Jahr 1964 stürzte er in einem Staatsstreich die Regierung von Goulart in Brasilien. Diese „Berater“, Diplomaten, Spezialisten haben die Ermordung von Lumumba im Kongo und von Allende in Chile auf dem Gewissen und brachten in Chile den alten Agenten des amerikanischen Imperialismus, den Faschisten Pinochet, an die Macht.

Die amerikanischen Imperialisten unterhalten auch in anderen Ländern zur Ausbildung dieser getreuen Diener Schulen und Zentren. So beträgt die Gesamtzahl des nicht-amerikanischen Personalbestandes, der in amerikanischen Militärschulen am Panama-Kanal ausgebildet worden ist, seit 1950 mehr als 490.000. Darunter sind 6.800 Chilenen, 8.600 Brasilianer, 17.000 Thailänder. Sie sind dazu ausgebildet worden, die paramilitärischen Polizeikräfte der jeweiligen reaktionären Regime zu leiten, um mit Gewalt den Kampf und den Aufstand der Völker zu unterdrücken.

Und die sowjetischen Sozialimperialisten betreiben durch ihren Geheimdienst KGB eine umfangreiche Spionagetätigkeit. Der revisionistische sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zufolge hat die SU den afrikanischen Ländern bei der Ausbildung von 200.000 „Spezialisten“, „qualifizierten Mitarbeitern“, und „Beratern“ geholfen. Aber das eigentliche Ziel war und ist die Ausbildung von Söldnern des sowjetischen



Bevor die russischen Panzer nach Afghanistan rollten, hatten russische Geheimagenten „gute“ Vorarbeit geleistet. Die afghanische Armee war praktisch lahmgelegt.

Neokolonialismus, um die großen Reichtümer des afrikanischen Kontinents ausbeuten und ausplündern zu können und die mit Moskau verbundenen Kräfte und Cliquen zu unterstützen. Getarnt als Diplomaten, Fachleute und Berater hat die Zahl der sowjetischen Agenten zugenommen und beträgt jetzt über 500.000. Die sowjetischen Sozialimperialisten beabsichtigen damit, die Gebiete und Länder der Welt möglichst gut zu kontrollieren, um militärische Aggressionen vorzubereiten, neue Diversionen zu schaffen und in Rivalität mit der anderen Supermacht, den USA, in möglichst vielen Gebieten des Erdballs ihre Herrschaft zu errichten. Solche Methoden sind hinlänglich bekannt, da die Kreml-Revisionisten auch gegen diejenigen eine allseitige Spionagetätigkeit betreiben, die sie als ihre Freunde und Anhänger bezeichnen. Wie die amerikanischen Berater, Fachleute und Diplomaten haben auch die sowjetischen Geheimaufgaben durchzuführen, Informationen zu sammeln, sind sie Unruhestifter, Saboteure der nationalen Befreiungsbewegungen und unternehmen alles, um den Ein-

fluß des Kreml in den Ländern, wo sie tätig sind, zu verstärken.

Es lohnt sich, hervorzuheben, daß jetzt auch die unglückbringenden Schatten der chinesischen „Berater“ und „Spezialisten“ im Dienst der herrschenden sozialimperialistischen Clique in der Welt herumlaufen und die gleichen Ziele wie ihre amerikanischen und sowjetischen Kollegen verfolgen.

Diese ganze getarnte Aggression, diese fieberhafte Subversions- und Spionagetätigkeit des amerikanischen Imperialismus, des sowjetischen und chinesischen Sozialimperialismus wird immer mehr durch die Propaganda der verschiedenen Länder entlarvt. Zehnhundert von amerikanischen und sowjetischen Fachleuten, Diplomaten, Beratern und Agenten sind auf frische Tat ertappt, entlarvt und ausgewiesen worden. Gegenüber der schwarzen Agententätigkeit des amerikanischen Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus steht die starke Kraft des Kampfes des Proletariats, das gegen die Politik der Gewalt und des Terrors, gegen die „wohlwollende“ und „helfende“ Politik einen starken Widerstand leistet.

Abonnieren Sie „Albanien Heute“



aus dem Inhalt:

- Hysni Kapo — ruhmreicher Führer der Partei und des Volkes
- Unsere Gesellschaftswissenschaft und die Erfolge ihrer marxistisch-leninistischen Entwicklung
- Der Verlauf der kapitalistischen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft;

zu bestellen bei:

Verlag Roter Morgen, Postf. 300526; 4600 Dortmund 30; Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabo 10,25 DM (einschließlich Porto); erscheint sechsmal im Jahr.



1961 erleidet die CIA bei dem Versuch, Castro zu stürzen und in Kuba „chilenische Verhältnisse“ zu schaffen, eine der schwersten Niederlagen ihrer Geschichte. Das Fiasko ist als „Unternehmen Schweinebucht“ bekanntgeworden.

„Zëri i popullit“ veröffentlicht Leitartikel

Britannien muß Albanien das geraubte Gold zurückgeben

Das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens hat in einem kürzlich veröffentlichten Leitartikel abermals den albanischen Standpunkt bekräftigt, daß die Rückgabe des geraubten Goldes aus Britannien Voraussetzung für die Entwicklung von normalen Beziehungen zwischen beiden Staaten ist. Der „Rote Morgen“ veröffentlicht diesen Artikel in einer eigenen Übersetzung nach einer Meldung der Nachrichtenagentur ATA vom 24. Mai.

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs sind nun 35 Jahre vergangen und Albanien, eines der Länder mit den meisten Menschenopfern und zahlreichen Zerstörungen durch die Nazibesatzer, wurde dafür noch nicht entschädigt, wie es das Recht verlangt und wie es in den Beschlüssen der alliierten Mächte der antifaschistischen Koalition vorgesehen war. Eines der Rechte, die Albanien verweigert werden, ist die Rückgabe des albanischen Goldschatzes, der von den Nazis geplündert wurde, der in ungesetzlicher Weise von Britannien blockiert wird.

Aufgrund der bekannten internationalen Normen und des Pariser Abkommens über Re-

parationen und Entschädigungen durch Deutschland, das am 14. Januar 1946 von den alliierten Mächten unterzeichnet wurde, sollte das gesamte von den Nazis geraubte Gold gesammelt und den Ländern, denen es gehört, zurückgegeben werden. Die dreiseitige Kommission über die Rückgabe des Zahlungsgoldes, die auf der Basis dieses Abkommens geschaffen wurde, und an der die Vereinigten Staaten von Amerika, Britannien und Frankreich beteiligt waren, hatte in einem offiziellen Dokument die Forderung der albanischen Regierung als gerecht und wohlbegründet beurteilt, nach der 2 454 Kilogramm und 874,5 Gramm Gold an Albanien zurückgegeben



Albanische Partisanen haben einen deutschen Bunker auf dem Skanderbeg-Platz in Tirana erstürmt. Geschlagen zogen sich die Nazitruppen zurück und nutzten die Gelegenheit, die Goldreserven Albaniens zu stehlen. Nun werden sie seit 35 Jahren von den britischen Regierungen einbehalten.

werden sollten. Trotz der unleugbaren Rechte und in offenem Widerspruch zu den Beschlüssen der Kommission errichteten die britischen Regierungen, sowohl die Labour-geführten als auch die konservativen, zahlreiche künstliche Hindernisse, um das Gold unseres Volkes zu behalten und nutzen es 35 Jahre lang zum eigenen Vorteil aus. Die anderen Mitglieder der dreiseitigen Kommission schwiegen ungerechterweise zu dieser erpresserischen Aktion Britanniens.

Die britische Regierung blockierte das albanische Gold, indem sie Britanniens Mitglied-

schaft in der dreiseitigen Kommission ausnutzte und ihr die Tatsache zugutekam, daß das albanische Gold zur Aufbewahrung in Londoner Banken gegeben wurde. Als Vorwand dazu diente die Regelung der Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem sogenannten Zwischenfall von Korfu.

Wie bekannt, liefen am 22. Oktober 1946 während der Durchfahrt durch den Kanal

des Haager Gerichtshofes zu diesem Fall niemals anerkannt und erkennen es nicht an.

Die albanische Regierung hat vor langer Zeit in aller Öffentlichkeit die völlige Unschuld unseres Landes am sogenannten Zwischenfall von Korfu bewiesen sowie an den Schäden, die die britischen Kriegsschiffe im Korfukanal erlitten. Albanien, das völlig zerstört aus dem Krieg hervorging, hatte weder die Mittel noch die Möglichkeiten, so ein Vorgehen durchzuführen, eine Tatsache, die auch der Haager Gerichtshof akzeptierte. Deshalb trägt Albanien keine Verantwortung für diesen Zwischenfall und kann es auch nicht. Wenn dabei britische Matrosen ihr Leben verloren, was wir nicht wissen, so hat das albanische Volk Mitgefühl für dieses Unglück, für das die britische Admiralität selbst die Verantwortung übernehmen sollte. Unter diesen Umständen haben wir niemals darauf verzichtet, noch werden wir es tun, unsere gerechte Forderung nach Rückgabe des von

den Nazis geraubten Goldes zu erheben, das von der britischen Regierung nach wie vor in erpresserischer Weise blockiert wird. Unser Standpunkt zu dieser Frage ist klar und unabänderlich. Das wurde von Genossen Enver Hoxha auf dem siebten Parteitag unserer Partei eindeutig unterstrichen: „Britannien muß das Gold, das es dem albanischen Volk gestohlen hat, zurückgeben, und die Schäden, die es ihm zugefügt hat, wiedergutmachen. Darauf werden wir nie verzichten.“

Die britische Regierung, die sagt, sie wolle diplomatische Beziehungen mit unserem Land aufnehmen, muß verschiedene ungerechtfertigte und ungesetzliche Vorwände aufgeben und Albanien das Gold zurückgeben, einschließlich der entsprechenden Zinsen.

Je länger diese Lage andauert, je mehr Zeit vergeht und dieses grundlegende Recht unseres Volkes nicht wiederhergestellt wird, desto schwerer wiegt die Verantwortung der britischen Regierung.

Heute schon ein gewohntes Bild

Chinesische Militärgespräche in Tokio und Washington

Grünes Licht für Waffenlieferungen

WASHINGTON/TOKIO. — Sensationell werden sie heute längst nicht mehr empfunden, die hektischen Aktivitäten der chinesischen Diplomatie zur weiteren Festigung der reaktionären Achse Tokio-Peking-Washington. Trotzdem kommt den jüngsten Reisen Huas nach Tokio und Geng Biaos nach Washington besondere Bedeutung zu.

Bei der Reise des stellvertretenden Ministerpräsidenten Geng Biao nach Washington wurde eben jener Schritt offiziell vollzogen, der Ergebnis der gesamten Entwicklung der Beziehungen der chinesischen Großmachtpolitiker mit dem amerikanischen Imperialismus ist: Die offizielle militärische Zusammenarbeit wurde verkündet. Dabei war es die einzige Sorge der US-Regierung, des Kriegsministers Brown, die allzu offene Bedeutung der Sache herabzuspielen. Es handelte sich nicht, betonte Brown, um ein offizielles Militärbündnis. Und es würden auch keine Waffen geliefert. Nun ist es so, daß die Lieferungen von den Todesfabriken der USA direkt an China gehen und die US-Regierung nur die Ausfuhrgenehmigung erteilt. Bisher sind keine Angriffswaffen dabei, wohl aber alle nötigen logistischen Materialien für eine Aggression, wie zum Beispiel große Transporthubschrauber — für einen neuen Überfall auf Vietnam vielleicht? Und: US-Experten werden die Ausbildung technischer Militärspezialisten in China übernehmen. Also durchaus auch eine Art militärisches Bündnis, eben inoffiziell.

Aber nicht nur die berühmten Militärberater der Yankee-Imperialisten, auch die ehe-

malignen japanischen Oberherren werden wieder nach China eingeladen. Hua Guo Feng ging in Tokio nicht nur so weit, offen die chinesischen Rohstoffe im Tausch für japanische Technik anzubieten, sondern forderte die japanischen Imperialisten, die einst China blutig unterdrückten auf, eine führende militärische Rolle in Südostasien zu übernehmen.

Immer deutlicher wird es, daß die chinesischen Großmachtpolitiker ihre Träume von der Weltmacht China auf der Basis der wachsenden Abhängigkeit des Landes von den westlichen Imperialisten planen.

Und immer widerlicher wird das Kriegsgeschrei der Hua und Deng. Die Offensive gegen die großen und kleinen Hegemonisten müssen gerade jetzt verstärkt werden, tönt es aus Peking. Das ist nicht nur die Aufforderung an die NATO zum Krieg gegen Ost, sondern auch gleichzeitig der Versuch, neue chinesische Aggressionen mit offiziellem Segen des US-Blocks zu begehen. Etwa nach dem Motto: Macht ihr den großen Hegemonisten, die UdSSR, fertig, wir nehmen die kleinen. Sprich: Wir wollen Indochina. Und möglicherweise auch noch gleich die koreanische Halbinsel, als deren Sprecher Hua sich ausgerechnet in Japan zu profilieren versuchte.

Informationen des Solidaritätskomitees für politische Gefangene in Angola

Am 22. Mai verschickte das portugiesische Solidaritätskomitee mit den angolanischen politischen Gefangenen eine Presseinformation an die in- und ausländische Presse, um auf die augenblickliche Lage der Gefangenen aufmerksam zu machen und eine breitere Öffentlichkeit über die Zustände im Lande zu informieren. Der „Rote Morgen“ veröffentlicht sie hiermit.

1. Seit dem 16. Mai, also seit sechs Tagen, und ohne zeitliche Begrenzung, befinden sich drei Gefangene (Dalila Adelaide, Margarida Simoes und Maria J. Simoes) im Gefängnis von Sao Paulo von Luanda im Hungerstreik, als eine Protestform gegen die Urteile von vier, vier und drei Jahren, die sie im Vergleich zu anderen Urteilen im selben Prozeß für überspitzt halten.

Dabei wird hervorgehoben, daß sie gewalttätigen Verhören und der Folter unterworfen wurden, es wurden ihnen Gegenstände in die Vagina und den Anus eingeführt, von nackten Folterern wurden sie provoziert.

2. Vor kurzem wurden Strafen von vier Jahren gegenüber verschiedenen Gefangenen, die zum OCA-Prozeß gehören, verhängt, ohne daß sie verurteilt worden wären. Das macht die Gefangenen und andere Menschen völlig hilflos, da es kein Gesetz über die Zuteilung von Strafen gibt, und das Gesetz vom 8.6.78 zur nationalen Sicherheit, das als Vorwand dient, nicht angewandt werden kann, da es erst verabschiedet wurde, als bereits die Mehrzahl der Festnahmen geschehen war.

Die Bestraften sind: Edmundo Peres und Antonio Salvador (vier Jahre) und Enes Ferreira (portugiesischer Staatsbürger, drei Jahre), die alle bereits nach dem Arbeitslager von Tari deportiert wurden, 30 Kilometer von Quibala im Zentrum unseres Landes, ohne daß die betreffenden Familien darüber informiert wurden. Auch Domingo Liras, Helder de Sousa und Pedro Panza (der als Folge von Folterungen in einer psychiatrischen Klinik ist) wurden zu vier Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, ihre Deportation steht kurz bevor.

Weiter befinden sich, obwohl der von den Autoritäten den Gefangenen versprochene

Zeitraum von drei Monaten zur Beendigung des Prozesses bereits überschritten ist, noch neun Gefangene ohne Verhandlung eingesperrt: Mario Paiva, Fernando Paiva, Zeferino Campos, Sebastiao Neto, Luis do Nascimento, Antonio Silva, Nelson Pestana, Joao Faria und Manuel Francisco. Es steht zu erwarten, den letzten Verurteilungen und den Äußerungen des Richters Jose Agostinho Neto zufolge, daß die genannten Gefangenen sehr hohe Strafen erhalten werden.

3. Die Haftbedingungen für die 17 Gefangenen des OCA-Prozesses im Sao-Paulo-Gefängnis sind auch nach dem durchgeführten Hungerstreik und anderen Aktionen zu ihrer Verbesserung weiterhin schlecht. Die Gefangenen haben in ihren Zellen gar nichts außer einer Pritsche. Nach wie vor gibt es keine Regelung des Gefängnislebens, was den Verwaltungen die Möglichkeit jeder Erpressung gibt. Die internen Strafen gehen von sechs Tagen Einzelhaft (beim ersten Mal) bis zu 60 Tagen (im Wiederholungsfall). Die Gefangenen bleiben 21 Stunden täglich ohne Sonnenlicht. Die Besuchszeit beträgt 30 Minuten wöchentlich, aufgeteilt auf zwei Tage. Nur zwei Familienmitglieder dürfen bei jedem Besuch anwesend sein, die Besuche selbst werden strengstens überwacht.

4. Deshalb wird gegenwärtig die Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen in Angola verstärkt, die Forderung nach Revision der Urteile. Amnesty International, die in ihrem Jahresbericht 1979 politische Hinrichtungen in Angola beklagte, wurde über den Zustand und die Strafen gegen die genannten Gefangenen informiert. Demokratische Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb Portugals wurden informiert.

Rassismus in den USA

Attentat auf Negerführer

In Miami bleibt die Lage gespannt

FORT WAYNE. — Lebensgefährlich verletzt wurde Vernon Jordan, der Vorsitzende der größten afroamerikanischen Organisation der USA, der „Urban League“, bei einem Mordanschlag auf dem Parkplatz eines Motels in Fort Wayne.

Jordan, der als einer der reichsten Schwarzen Amerikas gilt, war früher Wahlhelfer von Jimmy Carter. Andererseits war er es, der den inzwischen einigermaßen bekannten Bericht seiner Organisation veröffentlichte, nachdem heute 80 Prozent der Neger in USA schlechter leben als vor zwanzig Jahren. Dementsprechend schlug Jordan in letzter Zeit auch etwas heftigere Töne an, auch bei seiner Rede in Fort Wayne. Diese Stadt war früher eines der Unterzentren des verbrecherischen Ku Kux Klan.

Dieses Attentat auf Jordan, das zunächst heruntergespielt wurde, da er sich zum Zeitpunkt der Schüsse in Begleitung einer weißen Frau befand, ist inzwischen vom FBI selbst als politisches Attentat eingestanden worden und trägt weiter zu wachsenden Unruhen in USA bei.

Tatsache ist, daß die Rassisten landauf, landab im Zuge von Carters Kriegsvorbereitungen nicht nur neuen Auftrieb bekommen, sondern daß auch solche rassistischen Akte dazu dienen sollen, den wachsenden Widerstand der farbigen Bevölkerung gegen Carters Sparprogramme, deren Hauptleidtragende sie ist, zu unterdrücken.

Das beweisen auch die weiteren Ereignisse in Miami, wo vor kurzem große Unruhen durch das Eingreifen der Nationalgarde hervorgerufen wur-

den. Zwar ist jetzt die Nationalgarde aus Miami wieder abgezogen, aber der Terror der Polizei und der faschistischen Bürgerwehr gegen die schwarze Bevölkerung geht weiter. Unter den Afroamerikanern des Gebiets wächst die Verbitterung rapide. Erst in den letzten Tagen verloren Tausende von ihnen ihren Arbeitsplatz, und schon vorher lag die Arbeitslosenquote bei den Negern um 120 Prozent über der der Weißen. Der Grund für die neue Entlassungswelle: Fast 10 000 kubanische Flüchtlinge der jüngeren Zeit wurden neu in Miami angesiedelt, wo viele von ihnen als Facharbeiter unter Tariflohn arbeiten. Und auch zahlreiche völlig entrechtete Flüchtlinge aus Haiti, die von den USA nicht als politische Asylsuchende anerkannt werden, werden für die Hilfsarbeiten angestellt, weil die New Yorker Monopole, die die Wirtschaft der Südstaaten kontrollieren, ihnen noch weniger bezahlen müssen als den ansässigen Farbigen.

Gegen den Unmut der Negerbevölkerung gehen die rassistischen Behörden mit offenen Provokationen vor. So wurde zum Beispiel der Rechtsanwalt einer Reihe von festgehaltenen Jugendlichen, der zum Stadtgefängnis kam, um deren Freilassung zu erwirken, verhaftet. Wegen Straßenverschmutzung — weil er eine Papierserviette aus dem Auto geworfen hatte!

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
06.00-06.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW



Blutbad in Kwangju

Weitere Massenproteste in Südkorea

In der letzten Woche stürmten südkoreanische Truppen die Stadt Kwangju, das Zentrum des Volksaufstandes, der sich im Südwesten des Landes entfaltet hatte. Den Befehl dazu gab das Oberkommando der Vereinten Streitkräfte USA-Südkorea, mit anderen Worten: er kam aus Washington. Dort will man die Diktatur des KCIA-Generals Chun festigen. Trotz aller Versuche, diese Vorgänge herunterzuspielen, kann man heute nicht mehr leugnen, daß mindestens 500 Menschen dabei ermordet wurden, über 2000 verletzt, unzählige verhaftet. Die rasende Soldateska, mit 8 Millionen Dollar aus Washington aufgerüstet, wird den Blutzoll der südkoreanischen Bevölkerung weiter in die Höhe treiben. Aber die Proteste, der Kampf geht weiter. Noch sind nicht alle bewaffneten Bastionen gefallen, da gibt es in Mokpo aber auch in Seoul schon wieder Demonstrationen.



Aneinandergekettet wie Vieh: Mehr als 4000 Menschen wurden in Kwangju verhaftet und in speziellen Lagern gesammelt, wo der Terror rast.



Niederknüppeln, erschlagen, erschießen und aufhängen: So beantworten Jimmy Carters Marionetten die Forderung nach Menschenrechten, nach Demokratie.



Massenkundgebung in Kwangju. Mehr als ein Viertel der 800 000 Einwohner der Stadt beteiligten sich aktiv am Kampf gegen die Militärdiktatur. Der bewaffnete Volksaufstand scheiterte zunächst, weil es nicht gelang, ihn über Kwangju und die benachbarten Städte hinaus zu organisieren.

Nach Weizmans Rücktritt

Regierungskrise in Israel

TEL AVIV. — Nach dem Rücktritt des israelischen Kriegsministers Weizman ist es in der Regierung Begin und der sie stützenden Parteienkoalition zu einer offenen Krise gekommen. Begin konnte seinen Nachfolgekandidaten Shamir nicht durchsetzen.

Öffentliche gegenseitige Beschimpfungen zwischen Begin und Weizman, öffentliche Erklärungen von Parteien des Likud-Blocks, man werde den jeweiligen Kandidaten der Koalitionspartei auf keinen Fall akzeptieren, Rücktrittsspekulationen um Begin, das ist alles alltäglich gewesen.

Der Hintergrund dieser Entwicklung, dieses Streits unter verschiedenen Vertretern der aggressiven zionistischen Politik der Regierung, ist die wachsende internationale Isolation ihres rassistischen Regimes. Auch die ständig anwachsende innere Opposition verursacht der Likud-Koalition erhebliche Schwierigkeiten.

Die Sparprogramme Begins, mit denen die verstärkte Militarisierung des Landes und die weitere Annexion des Westjordanlandes finanziert werden sollen, hat in den letzten Monaten bereits eine unvergleichlich große Welle von Protestaktionen, Kundgebungen und Streiks hervorgerufen. Die Inflation, durch immer neue Waffenkäufe vorangetrieben, lastet schwer auf den Schultern der arbeitenden Menschen des Landes. Auch die Friedensbewegung im Inneren Israels hat sich in letzter Zeit wesentlich verstärkt.

Das Siedlungsprogramm im Westjordanland, mit dem alle UNO-Beschlüsse mit Füßen getreten werden, bringt selbst reaktionäre arabische Regime gegen Israel in Zugzwang. Der andere US-Partner in Nahost, Ägypten, sah sich gezwungen, die beiderseitigen Verhandlungen demonstrativ zu unterbrechen, um nicht endgültig als Komplize des zionistischen Rassismus gebrandmarkt zu werden. Im Westjordanland selbst verstärken sich auch die militanten Abwehraktionen der Palästinenser.

Aufgrund dieser Situation bricht jetzt unter Begins Mannen der offene Streit darüber aus, wie man weitermachen soll.

Die eine Strömung, mit Begin an der Spitze, will unter allen Umständen den einmal eingeschlagenen Kurs fortsetzen, ja sogar noch beschleunigen. Dazu dient nicht zuletzt der Plan, das ganze Jerusalem zur israelischen Stadt, zur israelischen Hauptstadt zu machen, zu entarabisieren, wie es ein Regierungssprecher provokatorisch formulierte. Kein Zufall natürlich, daß in dieser Gruppe alle jene Führer der Regierungsparteien sind, die einst von der israelischen Polizei selbst als Terroristen gesucht wurden, wie Begins Nachfolgekandidat Shamir. Sie setzen darauf, daß die USA ihnen, wenn sozusagen Not am Mann sein sollte, natürlich helfen werden, wenn nötig mit einem weiteren Blutbad.

Und diese Strömung rechnet damit, daß im Laufe der Zeit die reaktionären, mit den USA liierten arabischen Regimes aus der antiägyptischen Ablehnungsfront ausscheren werden und sich am Kuhhandel über das Schicksal der Palästinenser beteiligen werden.

Diese Fraktion hat in den letzten Tagen neuen Auftrieb bekommen durch das Eingreifen der USA in Südkorea und durch die offensichtlich verstärkt benutzten Kanäle zu Saudi Arabien, des-

sen Kronprinz Fahd Verhandlungsbereitschaft signalisierte.

Die andere Gruppe, zu der sich Weizman geschlagen hat, erachtet dieses Vorgehen zu riskant, möchte den amerikanischen Vorschlägen folgen, ein Abkommen mit Ägypten zu treffen und die Zusammenarbeit mit Sadats Marionettenregime, das durch dessen Verfassungsänderung stabilisiert erscheint, verstärken. So soll gemeinsam die arabische Front zerbrochen werden, wohl um den Preis einiger Zugeständnisse im Westjordanland. Gerade Weizman war es, der, wie Moshe Dayan, den Friedenswillen der ägyptischen Sadat-Regierung betonte. Gerade diese Gruppierung war es, die im-

mer wieder Andeutungen über eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen arabischen Staaten machte.

Das schnell dementierte Angebot Fahds von Saudi-Arabien, mit Israel zu verhandeln, zeigt aber die Tatsache auf, daß es die US-amerikanische Diplomatie ist, die in dem Dreieck Israel-Ägypten-arabische Reaktion die Karten gibt. Und deren Ziel ist klar. Feste Stützpunkte, gesicherte Einflusssphären rund ums arabische Öl und die Zerschlagung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung der Palästinenser und Araber. Erscheint es diesem Ziel nützlich, wird man auch Begin fallen lassen. Aber niemals freiwillig den zionistischen Staat.

Südafrikanische Polizei ermordet zwei Schüler

Nachrichtenverbot wird wirksam

KAPSTADT. — In der Nähe von Kapstadt wurden bei einem Polizeiüberfall auf eine Schülerdemonstration zwei Jugendliche erschossen. Daraufhin wurden die Schüleraktionen in verschiedenen Provinzen des Landes verstärkt.

Die neue Bewegung an den Schulen Südafrikas geht dieses Mal von gemischtrassigen Schülern aus, die ebenso wie die farbigen unter der brutalen rassistischen Verfolgung der herrschenden Klasse leiden. Ein landesweit organisierendes Komitee hatte dazu zu verschiedenen Aktionen, unter anderem zu Unterrichtsboykott, aufgerufen, die stark befolgt wurden.

Mit aller Gewalt versuchen die rassistischen Machthaber, diese demokratische Bewegung zu unterdrücken. Erst kurz vor den Todesschüssen auf eine Schüleransammlung war ein Polizeiwagen in eine andere Demonstration hineingerast, um möglichst viele Schüler zu verletzen. Mehr als 1200 Menschen wurden seit dem Beginn der Aktionen an den Schulen, die auch auf die Universitäten übergegriffen haben, verhaftet.

Unter den Verhafteten sind nahezu alle Mitglieder des organisierenden Komitees der 81, von denen einige wieder freigelassen wurden.

Die Vorgänge, die sich gegenwärtig in Südafrika abspie-

len, bleiben deshalb relativ undurchsichtig, weil das vor kurzem erlassene neue Pressegesetz für Polizeiberichterstattung in Kraft getreten ist. Dieser Verfügung entsprechend darf die Presse über Polizeiaktionen nur noch das berichten, was im Polizeibericht festgehalten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis, bei Ausländern mit Ausweisung geahndet.

Verschiedene afrikanische Staaten haben aufgrund dieser neuen brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nichtweiße Bevölkerung eine Sondersitzung der UNO zu diesem Thema verlangt.

In ihrer Erklärung wiesen die Vertreter dieser Staaten einmal mehr darauf hin, daß das südafrikanische rassistische Regime seine Existenz der Hilfe und Zusammenarbeit mit westlichen kapitalistischen Ländern verdankt. Dabei wurden vor allem die USA, Britannien und Westdeutschland genannt, die die größten finanziellen, politischen und strategischen Interessen im Rassistenstaat haben.

Zia rechnet ab

Pakistanische Militärdiktatur wird verschärft

ISLAMABAD. — Die vom Militärdiktator Zia ul Haq geplante Verfassungsänderung in Pakistan ruft breiten Widerstand hervor. Um ihn zu brechen, rechnet der Chef der faschistischen Clique zuerst mit seinen eigenen Leuten ab.

Die geplante Verfassungsänderung sieht vor allem wesentliche Neuerungen in der Rechtsprechung vor. Die Zivilgerichte verlieren faktisch jede Bedeutung und werden mit Bagatellen beschäftigt, während alle wichtigen Fragen nur noch von Militärgerichten verhandelt werden. Weiter wird es Rechtsanwälten verboten, sich politisch zu betätigen, was darauf abzielt, politische Prozesse ohne sie zu führen.

Dagegen hat jetzt der pakistanische Juristenverband zu Widerstandsaktionen aufgerufen, ein Aufruf dem sich auch verschiedene andere Berufsorganisationen angeschlossen haben.

Zur selben Zeit, da die Ver-

fassungsänderung angestreut wird, organisiert Zia eine Verhaftungswelle unter jenen seiner Kumpanen, die einst mit ihm gemeinsame Sache machten, seinen abenteuerlichen Kurs aber in den letzten Wochen nicht mehr mitmachen wollten — innerhalb weniger Tage wurden gleich vier hohe Offiziere verhaftet, einer wird wegen Hochverrat einen Prozeß bekommen.

Damit setzen sich innerhalb der pakistanischen Militärclique jene Kräfte durch, die für eine bedingungslose Anlehnung an die USA und die NATO eintreten, die ihre Armee mit dem dafür erwarteten westdeutschen Geld hochrüsten wollen.

Guatemala: Coca Cola läßt Gewerkschafter ermorden

GUATEMALA CITY. — In der letzten Woche wurde Raul Garcia, Gewerkschaftssekretär der Coca-Cola-Arbeiter von Guatemala City, erschossen.

Damit sind insgesamt innerhalb eines knappen Jahres bereits fünf Gewerkschaftsfunktionäre von Guatemalas Coca-Cola-Niederlassung ermordet worden. Diese Morde, die von gedungenen Killern ausgeführt wurden, sind nach Zeugenaussagen, die der internationalen Lebensmittelarbeitergewerkschaft in Genf vorliegen von der Betriebsleitung in Auftrag gegeben worden.

Bei Cola-Guatemala wurde ein völliges Verbot der gewerkschaftlichen Tätigkeit erlassen, an das sich die Arbeiter begreiflicherweise nicht halten. Im April waren bereits in verschiedenen Ländern, vor allem in Schweden, erfolgreiche Boykottaktionen gegen Coca Cola durchgeführt worden, zu denen die internationale Lebensmittelarbeitergewerkschaft aufgerufen hatte.

Brasilien: Verhaftungs- und Entlassungswelle

SAO PAULO. — Informationen aus oppositionellen Kreisen zufolge hat die Welle von Verhaftungen am Streik beteiligter Metallarbeiter nicht nachgelassen, man spricht jetzt von mehr als 200 Verhafteten.

Zur gleichen Zeit wurde offiziell bekannt, daß nach dem Streik bereits 2500 Metaller in Sao Bernardo und Santo Andre entlassen wurden. VW do Brasil beteiligte sich mit rund 100 Entlassungen an dieser Terrorkampagne der Monopole.

Venezuela: 63 Schüler verhaftet

CARACAS. — Von neuem sind in ganz Venezuela Unruhen an den Schulen entstanden, gegen die mit massivsten polizeilichen Mitteln vorgegangen wurde.

Die Unruhen richteten sich, wie schon im letzten Jahr, gegen das ungerechte Bildungssystem und die Kürzungen von Unterstützungen für Schüler aus ärmeren Familien. Mit Schlagstöcken löste die Polizei eine Demonstration in Caracas auf. 63 Schüler wurden festgenommen, 13 Lehrer verhaftet, die sich am Protest beteiligt hatten.

El Salvador: Ärztestreik

SAN SALVADOR. — Der Ärztesverband Salvadors hat jetzt einen Teilstreik beschlossen, nur noch Notfälle sollen behandelt werden.

Der Grund für diesen Beschluß: In der letzten Woche waren zwei Ärzte aus Salvador von der Polizei erschossen worden. Diese neuen Morde ereigneten sich während Hausdurchsuchungen, mit denen belastendes Material über Verbindungen dieser Ärzte zu revolutionären Organisationen sichergestellt werden sollte. Ebenfalls bei sogenannten Hausdurchsuchungen erschossen die faschistischen Terrortruppen der US-getreuen Junta drei Lehrer und sieben Studenten.

In der letzten Folge unserer Serie beschäftigten wir uns mit der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus. Während die Montanindustrie, aber auch die Chemiekonzerne an einem florierenden Osthandel interessiert sind und deshalb aus ihrem Profitinteresse heraus die Ostpolitik von Schmidt unterstützen und gegen einen Handelsboykott gegen die Sowjetunion auftreten, sind die in der Rüstungsproduktion führenden Elektrogiganten an einer Verschärfung der internationalen Situation interessiert. Was vor dem II. Weltkrieg den Krupp und Thyssen ihr Hitler war, das ist heute den Siemens, Flick, Haniel, Bölkow ihr Strauß. Was jenen Kräften an der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung nicht paßt, warum sie einen Pferdewechsel in Bonn herbeiführen wollen, damit befaßt sich der 12. Teil unserer Serie.

Das Streben nach Rüstungsgewinnen

Was aber heißt es, die Politik, die Interessen der Siemens, Flick, Haniel, Bölkow usw. optimal zu vertreten? Das heißt ihnen die höchsten Profite zu sichern. So begrüßte der Bundesverband der Deutschen Industrie in seinem Jahresbericht 1978/79 die Möglichkeiten eines expandierenden Rüstungsgeschäfts: „Der BDI unterstützt alle Bestrebungen, die zu bi- und multilateraler Kooperation führen können, und begrüßt den von den Vereinigten Staaten bekundeten Willen, eine „Zweibahnstraße“ zwischen den USA und Europa zu schaffen, das mit einer Stimme spricht.“ Zugleich aber beklagt er auch „die bisher absolut negative Handelsbilanz der deutschen Industrie in diesem Bereich des US-Marktes.“

Wer aber wäre besser geeignet, dies zu ändern, als Franz Josef Strauß, Aufsichtsratsvorsitzender des deutsch-französischen Airbus-Unternehmens, das zu 65 Prozent dem Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm gehört? F.J. Strauß, der übrigens als engagierter Interessenvertreter des von ihm beaufsichtigten Unternehmens versprochen hat: wenn er Bundeskanzler werde, dann müsse seine Firma ihre Milliarden schulden aus Steuergeldern nicht zurückzahlen. Die Schmidt/Genscher-Crew, die SPD/FDP-Regierung, kann jedenfalls bei den Rüstungsbossen keinen großen Stein ins Brett haben, wie aus einer von ihr in Auftrag gegebenen Geheimstudie, einer Situationsanalyse der „wehrtechnischen Unternehmen“ hervorgeht.

Danach wird ihr hauptsächlich ihre politisch bedingte Zurückhaltung im Waffenexportgeschäft angekreidet. Im Durchschnitt der letzten Jahre hätten die Kriegswaffenexporte den Betrag von einer Milliarde Mark jährlich nicht überschritten. Die Hälfte davon sei in NATO-Länder exportiert worden. Es wird geklagt, am internationalen Waffenhandel habe die BRD zum Beispiel 1977 nur einen Anteil von zwei Prozent gehabt, Großbritannien hingegen 8 Prozent, Frankreich 10 Prozent, die UdSSR 30 Prozent und die USA 46 Prozent, womit im übrigen bewiesen sei, daß die immer wiederkehrende Behauptung, die Bundesrepublik sei „die Waffenschmiede der Welt“, nicht stimmt.

Die größte ist sie sicher nicht, aber — geht man vom Waffenbedarf aus — die größte nach der UdSSR, den USA und China. Die „Studie“ weist darauf hin, daß, wenn die Bundesregierung ihre Abstinenz im Rüstungsexport nicht aufhebe, ab Mitte der 80er Jahre, in denen das derzeitige Beschaf-

fungsprogramm der Bundeswehr an Panzern, Flugzeugen und Schiffen auslaufe, Auftragslücken bei vielen Rüstungsbetrieben entstünden, die diese wirtschaftlich nicht mehr verkraften könnten. Und es ist schon keine versteckte Drohung mehr, wenn es weiter heißt:

„Infolge der Schwankungen des Bundeswehrbedarfs und wegen der restriktiven Rüstungspolitik — insbesondere der letzten zehn Jahre — mußten schon zahlreiche Unternehmen ihre Kapazitäten bis zur Hälfte zurücknehmen... Im übrigen sei schon eine deutliche Tendenz erkennbar, aus wirtschaftlichen Gründen Rüstungskapazitäten ins Ausland zu verlagern, wo der Rüstungsexport an Dritte nicht so restriktiv wie in der Bundesrepublik behandelt wird.“ An anderer Stelle der Studie wird darauf verwiesen, daß durch die Bonner Zurückhaltung im Rüstungsexport auch der deutschen Wirtschaft im zivilen Bereich viele Auslandsaufträge verlorengegangen seien.

Wer aber wäre am besten in der Lage, das zu ändern? F.J. Strauß und sein Freundeskreis aus der CDU/CSU. So erklärte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Alfred Dregger, der bekanntlich keine Einwände gegen ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr in der Golfregion hat, den Grundsatz der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, als „blauäugig“. Wenn Waffen notwendig seien, sollten sie geliefert werden, man solle bei solchen Waffengeschäften nur nicht der Vorreiter sein.

Strauß selbst erklärte nach seinem Amerikabesuch im März '80 in einem „Welt“-Interview auf die Frage, welche Maßnahmen er neben der dreiprozentigen Steigerung des westdeutschen Rüstungshaushaltes befürworte: „...die Fortsetzung des Fregattenbauprogramms, die Beschleunigung der Produktion des Panzertyps Leopard II und die Erweiterung und den Ausbau unserer Aufnahmekapazität für Lufttransporteinheiten aus Amerika.“ Und worin nimmt man die US-Lufttransporteinheiten auf? Natürlich im Airbus, in dessen Herstellerfirma Strauß Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Strauß läßt einpeitschen

Man sieht, der Mann vertritt seine Interessen wie die der westdeutschen Rüstungsindustrie gut. Diese will gerade jetzt, da sich die internationale Lage verschärft hat, wie die Rüstungslobby in den USA, über verstärkte Aufrüstung und Waffenexport endlich ans ganz große Geld. Deswegen die Panikmache von F.J. Strauß, der die Situation nach dem Einmarsch der UdSSR-Truppen in Afghanistan als die gefährlichste Periode der Weltgeschichte

Sterben für die USA? (12. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

seit 1945 bezeichnete, der sich im Fernsehen am 28.2.80 äußerte: „Und hier findet heute der Dritte Weltkrieg bereits statt! Er hat schon längst begonnen.“ Deswegen die immer wieder drohend an die Wand gemalte Schreckensvision von der angeblichen militärischen Überlegenheit des Ostens, von den sowjetischen Truppen, die bereitstünden, jederzeit über uns herzufallen.

Deswegen die Kritik der reaktionären Exgeneralinspektors und CSU-Sympathisanten Wust in der „Bild“-Zeitung: „Der Westen wurde Opfer der Entspannungseuphorie... Die NATO hat ihre Rüstung in den vergangenen zehn Jahren sträflich vernachlässigt... Es geschieht nichts, um die sowjetische Überlegenheit auszugleichen.“ Und auf die Frage, ob die beschlossene dreiprozentige Rüstungssteigerung ausreicht: „Das reicht nicht aus, um die Streitkräfte verteidigungsfähig und modern zu halten. Es stopft nur Löcher. Die NATO ist dem Osten... weit unterlegen.“ (Ein Zustand, den zu ändern nach CDU-Dregger „frühestens in fünf Jahren möglich ist“). Deshalb hält Wust es auch für falsch, auf den Bau der Neutronenbombe zu verzichten: „Das war ein grober Fehler. Die Neutronenbombe ist notwendig. Sie muß kommen. Nur dann wird angesichts der erdrückenden Panzerüberlegenheit des Ostens (19 000 Kampfpanzer des Warschauer Paktes gegen rund 6 000 der NATO) die Abschreckung in Mitteleuropa wieder glaubwürdig.“

Solche Interviews, Artikel und Kommentare, die die Bedrohung aus dem Osten und die Notwendigkeit verstärkter Aufrüstung beweisen sollen, nebst Horrormeldungen wie „Jetzt verlegen die Russen Truppen nach Mitteleuropa“ und „Der Warschauer Pakt hat seine Truppen in Mitteleuropa in den letzten zwei Wochen alarmierend verstärkt“ („Welt am

Sonntag“ vom 20.1.80), die laufend in den bürgerlichen, speziell den strauffreundlichen Zeitungen des Springer-Konzerns erscheinen, dienen der Kriegshetze und -vorbereitung. Sie finden große Beachtung in der chinesischen Presse und werden oftmals in voller Länge abgedruckt. Nur ist es mit ihrem Wahrheitsgehalt nicht weit her.

Ist der Warschauer Pakt überlegen?

Zwar gibt es in Mitteleuropa eine Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Truppen an konventionellen Waffen, die es ihnen im Falle eines Falles ermöglichen könnten, in einem Blitzvorstoß bis zur Kanalküste vorzudringen, doch dann wäre es auch schon aus. Ein Weltkrieg fände die Sowjetunion und ihre Verbündeten, die weiträumig von einem Kranz amerikanischer, britischer und französischer Stützpunkte umgeben sind, gegenüber der NATO und China unterlegen. Denn die gewaltigen Zahlen ihres Rüstungspotentials täuschen. Nur ein Drittel ihrer Panzer und Flugzeuge entsprechen modernem westlichen Standard. So wird auch in besagter Geheimstudie der Bundesregierung auf den „technologischen Vorsprung des Westens auf dem Gebiet der konventionellen Waffen gegenüber dem Ostblock“ verwiesen.

Und in Zahlen stehen der Sowjetunion und ihren Verbündeten (Warschauer Pakt insgesamt, Kuba und Vietnam) mit ihren 5 639 000 Soldaten, 56 700 Panzern, 12 290 Kampfflugzeugen und 539 größeren Kriegsschiffen und U-Booten 9 413 660 Soldaten, 37 770 Panzer, 14 450 Kampfflugzeuge und 830 größere Kriegsschiffe und U-Boote der USA und ihren Verbündeten (NATO insgesamt, Frankreich, Japan und

China) gegenüber.

Warum setzt die westdeutsche Rüstungsindustrie — selbst auf die Gefahr hin, daß er durchfallen könnte — so sehr auf ihren Kandidaten F.J. Strauß? Ist es allein seine Vergangenheit als NS-Führungsoffizier, als Kriegsminister, sein „Verdienst“, mit erprobten Nazi-Generälen und Ostlandreitern die neue westdeutsche Armee geschaffen zu haben, seine Gabe, sich als Vertreter und Fürsprecher den reaktionärsten und aggressivsten Kreisen des bundesdeutschen Finanzkapitals anzudienen, die ihn für das Amt des Bundeskanzlers prädestinieren?

Der Makel der „Sozis“

Hat nicht auch die SPD/FDP-Regierung ihre unzweifelhaften „Verdienste“ auf diesem Gebiet? Hat sie nicht 1978 vorbehaltlos dem Langzeitprogramm für die weitere NATO-Rüstung zugestimmt? Gehörte sie nicht Ende 1979 zu den treibenden Kräften für den sogenannten Nachrüstungsbeschluß, den Bau und die Stationierung von weiteren 574 Marschkörpern und Mittelstreckenraketen, in der Mehrzahl auf bundesdeutschem Boden? Hat sie nicht mit zig Milliarden aus unseren Steuergeldern — dem vierfachen von dem, was Hitler in Vorbereitung des II. Weltkriegs ausgab — die Bundeswehr zur zweitstärksten Armee der NATO hochgerüstet?

Etwa 89 Prozent aller außerhalb der Vereinigten Staaten stationierten US-Soldaten der Landstreitkräfte, ein Drittel der britischen Landstreitkräfte, fast ein Drittel der belgischen Gesamtstreitkräfte sowie Truppen aus den Niederlanden, Frankreich und Kanada haben auf bundesdeutschem Boden Quartier bezogen. Sowohl Schmidt, Leber und Apel haben als Verteidigungsminister ihre unver-

brüchliche Treue zur NATO, zur reaktionären westdeutschen Generalität, zum raffgierigen Rüstungskapital bewiesen. Und doch haften ihnen in den Augen dieser Herren ein Makel an. Der Makel, ein „Sozi“, ein verkappter Pazifist zu sein.

Und genährt werden solche Zweifel der Rüstungsbosse, wenn der Verteidigungsminister Apel verlauten läßt, daß bei Erhalt des Gleichgewichts ein Krieg in Mitteleuropa auch im nächsten Jahrzehnt wenig wahrscheinlich sein wird. Wie kommt der Mann dazu, wo sie doch erklären, daß ein Gleichgewicht nicht mehr existiert, der Osten überlegen und permanent auf Eroberung aus ist. Wenn SPD-Fraktionsvorsitzender Wehner, obwohl er sich für den Nachrüstungsbeschluß der NATO aussprach, erklärte: „Ein Wettüben ist ein Teufelskreis, und wir sind nicht des Teufels.“ Wie soll man da die Leute von der Notwendigkeit verstärkter Rüstung überzeugen?

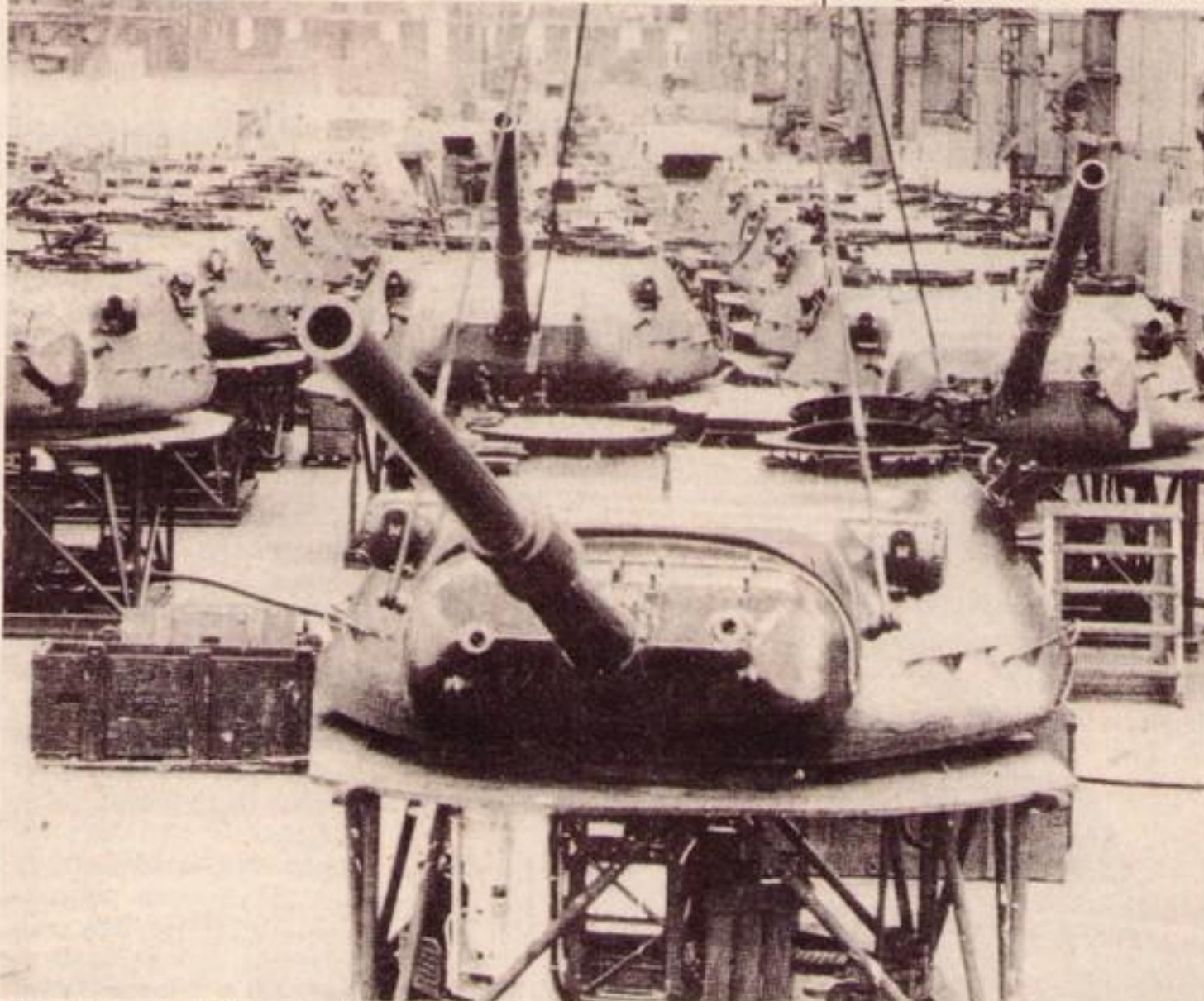
Oder wenn sich die Schmidt/Genscher-Regierung zum Beispiel darum sorgt, daß nach dem Besuch von Chinas Regierungschef Hua Guofeng bei dem Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm im vergangenen Jahr, bei dem der Kauf eines Satellitenprogramms durch China bestätigt wurde, weitere Waffenlieferungen fällig werden. Wobei der Weg der Lieferung derzeit über die in Paris beheimatete Firma „Euromissile“, einer Tochter von MBB und der staatlichen französischen Rüstungsfirma Aero-

spatiale ginge. Warum diese Zurückhaltung der Bundesregierung im Waffengeschäft mit China? Warum das Verbot, westdeutsche Waffen in Spannungsgebiete zu liefern? (Auch wenn es fleißig von diversen Rüstungsfirmen umgangen wird). Sie, die bundesdeutschen Militaristen und Rüstungshaie sind da ganz anderer Meinung. Wieviel Leos könnte man nach China verkaufen, wieviel Kampfhubschrauber, Raketen, Flugzeuge! Wo doch der Hua bei seinem Besuch sich sehr von bundesdeutscher Wehr und Waffen beeindruckt zeigte und sich für den Kauf des Airbus interessierte. Der Strauß wäre da nicht so pingelig. Er würde die deutschen, das heißt für sie, ihre Profitinteressen wahrnehmen (im übrigen auch seine). Er pflegt seit Mao die besten Beziehungen zur chinesischen Führungsmannschaft.

Im nächsten RM

Die Rolle der SPD

Die nächste Folge unserer Serie wird sich mit der SPD befassen, die genau wie die CDU/CSU eine Partei des westdeutschen Finanzkapitals ist. Die Frage ist nur, welche Kreise dieses Finanzkapital vertritt sie und auf welche Art und Weise tut sie das. Was ist von den Straußschen Vorwürfen, die SPD sei auf Neutralitätskurs, zu halten?



Die Herren der Rüstungskonzerne wollen den Krieg, um ihre Produktion anzukurbeln. Das Bild zeigt die Panzermontage bei Rheinmetall.



Unter dem Motto „Kein Geschäft mehr mit der Krankheit“ demonstrierten rund 500 Ärzte anlässlich des Hamburger Ärztetages 1975 gegen die reaktionären Standesvertreter.

„Ärzte in Opposition“

Faschistische Standesfunktionäre überdauern den Faschismus

Auszüge aus „Dr. med. Mabuse, Zeitung im Gesundheitswesen“

In unserem Artikel zum Westberliner Gesundheitstag („Größte oppositionelle Veranstaltung seit 1945“, RM 22/80, Seite 3) schrieben wir, „daß jedes ernstzunehmende gesundheitspolitische Programm sich mit aller Schärfe gegen Unternehmer und Reaktionäre im Arztgewand richten muß mit dem Ziel, ehrliche Mediziner aus den reaktionären Verbänden herauszulösen“. Im folgenden veröffentlichen wir in Auszügen den Artikel „Ärzte in Opposition“ aus „Dr. med. Mabuse, Zeitung im Gesundheitswesen“ (Nr. 16/80). Er behandelt das

Die erste Phase, etwa von 1945 bis 1950, ist geprägt von einem eher antifaschistischen Grundverständnis vor allem der vielen jungen Ärzte; in einem Gefühl des Neubeginns nach der Niederschlagung der Nazis gingen sie daran, die erst kurz vor dem 1 000jährigen Reich begonnene und durch dieses unterbrochene gewerkschaftliche Organisierung der Ärzte fortzuführen.

Gegründet wurde ein Bund angestellter Ärzte (BAÄ), der sich in den Rahmen der lokalen gewerkschaftlichen Initiativen, 1949 im DGB zusammengefaßt, eingliederte.

In dieser Zeit wurden in Berlin Ambulatorien und Polikliniken eingeführt, es wurde über eine volksfreundliche Einheitsversicherung der Krankenkassen diskutiert, in der britischen Zone Deutschlands wurde von der Vergesellschaftung des Heilwesens geredet und dieselbe in der sowjetischen Zone auch durchgeführt.

Gleichzeitig und vor allem in der Ärzteschaft war dies aber auch schon wieder die Zeit der Restauration, der nur halbherzigen Entnazifizierung, des Hervorholens alter „verdienter“ konservativer bis faschistischer Standesfunktionäre, die schon wieder munter die gerade zwangsaufgelösten Ärztekammern und kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) mit aufzubauen halfen.

Als im März 1947 schon der erste bayrische Ärztekongreß ausdrücklich „dank dem Entgegenkommen amerikanischer kollegialer Einstellung“ zusammengetreten durfte, war es den Gewerkschaften beispielsweise noch immer verboten, sich auch nur auf Landesebene zu konstituieren.

So nimmt es nicht Wunder, daß der BAÄ kaum eine Chance hatte, noch bevor er sich überhaupt richtig entfalten konnte. Dazu kam die wirtschaftlich schwierige Situation der bis in die 50er Jahre hinein ca. 10 000 arbeitslosen jungen Ärzte, die von der etablierten Ärzteschaft als die Konkurrenz der Flüchtlinge-, Kriegs- und

notapprobierten Ärzte von der Niederlassung und zum Teil auch von der bezahlten Krankenhausarbeit ferngehalten wurden.

Eine weitere Schwächung der gewerkschaftlichen Position unter den Ärzten stellte die Gründung des Marburger Bundes (MB) im Jahre 1948 dar, der die Aufgabe hatte, die Unzufriedenheit vieler junger Ärzte in den Rahmen einer harmloseren Standesorganisation zu kanalisieren.

Nach dem Erreichen der absoluten Mehrheit durch die CDU bei den Bundestagswahlen 1953, nach der faktischen Teilung Deutschlands und mit dem Einsetzen des Kalten Krieges (Verbot der FDJ 1951 und der KPD 1956) war eine kritische Ärzteopposition de facto nicht mehr vorhanden.

In der zweiten Phase der Opposition gegen die offizielle ärztliche Standespolitik, etwa 1955 bis 1962, können wir eigentlich nur von vereinzelten Protesten aus den Gewerkschaften und den Verbänden der Krankenkassen und Versicherungsträger sprechen. In diese Runde der Auseinandersetzung ging die konservative Führung des „Standes“ gestärkt und mit genügend politisch-wirtschaftlichem Schwergewicht.

Nachdem 1953 die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) als Nachfolgerin der 1934 von den Nazis eingerichteten Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KDV) wieder funktionsfähig war, außerdem die Landesärztekammern sich 1955 als gesetzlich sanktionierte Körperschaften öffentlichen Rechts zur Bundesärztekammer (BÄK) zusammenschlossen — ein zwar privater Zusammenschluß ohne gesetzliche Sanktionierung, aber mit dem gleichen Stimmvolumen und in den Fußstapfen der Reichsärztekammer von 1935 (auch ein „Geschenk“ der Nazis an die deutsche Ärzteschaft) —, so hatten die Standesführer und die Mehrheit der niedergelassenen Ärzte ausreichende institu-

Wiedererstarben reaktionärer und faschistischer Standesorganisationen seit 1945. Aus dem kurzen, geschichtlichen Abriss wird klar, daß jegliche Opposition, die sich auf die Arbeit innerhalb der reaktionären Ärztenverbände beschränkt, scheitern muß. Denn der Kampf für eine bessere gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung muß alle am Gesundheitswesen beteiligten Kräfte einschließlich der Patienten selber einschließen.

tionelle Möglichkeiten, jegliche ihnen und ihrem Geldbeutel abholde Reform zu sabotieren.

Das Thema hieß Novellierung des Kassenarztrechts (1955) und Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (1960 sog. Blankensche Reform nach dem CDU Minister Th. Blank). Die KVen (und nicht die Krankenkassen als Vertreter der Versicherten und zahlenden Patienten) erhielten den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag, das heißt die Ärzte konnten von nun an nach eigenem Gutdünken die ambulante Versorgung organisieren.

Auf Drängen der Standespolitiker wurden schon 1959 an zehn medizinischen Fakultäten Aufnahmebeschränkungen durchgeführt, bevor im Jahre 1963 der Numerus Clausus an allen Universitäten eingeführt wurde — zur Kontrolle bzw. zum Fernhalten der unerwünschten ärztlichen Konkurrenz. (...)

Opposition in der Ärztekammer

Die dritte und bis heute anhaltende Phase des ärztlichen Protestes gegen die reaktionär geführte Standespolitik begann etwa mit den Anfängen der Studentenbewegung. 1967 nahm die Zahl der linken Fachschaften an den medizinischen Fakultäten sprunghaft zu; von Assistenzärzten und Medizinalassistenten wurde 1968 die Bundesassistentenkonferenz (BAK) gegründet. Sie bestand sechs Jahre lang bis 1974, als sie durch die kontinuierlichen Mißerfolge bei dem Versuch, Reformen auf dem Ärztetag durchzusetzen, scheiterte.

1971 in Mainz (74. Deutscher Ärztetag) kandidierte Dr. Kahlke dann als Vertreter der BAK zum Präsidenten der Bundesärztekammer gegen den bisherigen Präsidenten Fromm. Er erhielt damals schon 41 Stimmen, Fromm 159 und das, nachdem Kahlke sich gegen die Hierarchie und gegen autoritäres Verhalten und Auftreten

von Ärzten wandte sowie für ein klassenloses Krankenhaus eingetreten war. (...)

1972 forderte die Bundesassistentenkonferenz auf dem 75. Deutschen Ärztetag in Westerland (Sylt) erneut die sachliche Auseinandersetzung mit ihren kritischen Positionen — ohne Erfolg. 1973 in München (76.

Deutscher Ärztetag) erhielten die BAK-Vertreter Kahlke und Lüth schließlich gar keine Rede-erlaubnis mehr. (...)

Marburger Kongreß

Andere protestierende Gruppen wie zum Beispiel die „Initiative gegen den Notstand im Gesundheitswesen“ konnten bei den Festakten nur bis zu den Kongreßtoren vordringen. Die meisten dieser (oft auch nur lokalen) Initiativen hatten übrigens nur eine begrenzte Lebensdauer.

Im Januar desselben Jahres (Januar 1973) war dem Ärztetag ein Kongreß in Marburg unter dem Thema „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt“ vorausgegangen. Dieser Kongreß stellte die erste größere Zusammenkunft vieler Vertreter kritischer Positionen im bundesdeutschen Gesundheitswesen überhaupt dar.

Den konservativen offiziellen „Gesundheitspolitischen Vorstellungen der deutschen Ärzteschaft“ (sog. „Blaues Papier“, über dessen Neuformulierung auch auf dem kommenden Ärztetag in Berlin wieder verhandelt werden soll) stellten die Marburger Kongreßteilnehmer eigene Thesen zur ambulanten Versorgung, zur Lage der Psychiatrie und zur Aus- und Fortbildung entgegen.

Dieser Kongreß stellte sich bewußt in einen Rahmen der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ÖTV, in der dann auch zunehmend mehr Ärzte Mitglieder wurden: 1971 hatte der Bund gewerkschaftlicher Ärzte (BGÄ) bundesweit 1822 Mitglieder, 1972: 1821 Mitglieder, 1973: 1856; 1974: 2024; 1975: 2341; und 1976: 2446 Mitglieder. (...)

1975 war Ärztetag in Hamburg. Höhepunkt der Proteste war die im weißen Kittel begangene Demonstration durch

Hamburg unter dem Motto: „Kein Geschäft mehr mit der Krankheit“. (...)

1977 auf dem 80. (Saarbrückener) und 1978 auf dem 81. (Mannheimer) Ärztetag fanden dann auch keine Aktionen mehr statt, außer einigen kleineren Gegenveranstaltungen außerhalb der Ärztetags-Räumlichkeiten.

1978 wurde dann Herr Severing als BÄK-Präsident ob der allgemeinen Kritik an seiner profitablen Unternehmerpraxis geschäft — daß er seine braunen Vorstellungen seit 1933 eigentlich kaum geändert (höchstens angepaßt) hatte, störte bislang die Standesärzteschaft kaum. Oppositionelles in der Ärzteschaft zeigte sich seither mehr in alternativen Projekten wie Gruppenpraxen oder Free-Clinic in Heidelberg oder den Berliner Aktionen für eine Kinder-Poliklinik in Berlin-Kreuzberg (1975).

In den Gremien der Ärzteschaft formierte sich die Opposition eher in alternativen Listen bei den Ärztekammerwahlen, so 1976 die „Liste demokratischer Ärzte“ (LDÄ) in Hessen, die 10 Prozent der Stimmen errang; 1977 die Liste soziales Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen und die Liste 4 1978 in Berlin, die gar 34 Prozent der Stimmen erhielt und zur stärksten Fraktion in der Berliner Ärztekammer wurde.

Daß diese Listen kaum oder keine Repräsentanz auf dem diesjährigen Ärztetag erhalten konnten, liegt an der undemokratischen Zusammenstellung der Ärztetags-Delegierten: Sie werden alle mit Mehrheit und nicht entsprechend der Fraktionsstärke proportional bestimmt (die sog. 50-Prozent-Klausel könnte man sagen). Dafür beteiligen sich ihre Mitglieder eben am Gesundheitstag.

Sozialversicherte sollen vermehrt zur Kasse gebeten werden

„Selbstbeteiligung“ muß vom Tisch!

KPD / ML fordert: Ausreichende und kostenlose medizinische Versorgung!

In unserer letzten Ausgabe befaßte sich der „Rote Morgen“ mit den „Selbstbeteiligungs“-Plänen der ärztlichen Standesvertreter, die diese im Rahmen des „blauen Papiers“ ins Auge gefaßt haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle Absichten, die Sozialversicherten über ihre Krankenkassenbeiträge hinaus für Medikamente oder ärztliche Hilfe zur Kasse zu bitten, auf eine offene und ungeschminkte „Klassenmedizin“ hinauslaufen. Im Laufe der letzten Woche erreichte uns ein Schreiben der Parteizelle Wellingdorf II (Kreisverband Kiel), aus dem hervorgeht, daß das Selbstbeteiligungsmodell keineswegs Zukunftsmusik ist, sondern schon heute in verschiedenen Bereichen zu Lasten der Werktätigen praktiziert wird. Im folgenden eine Zusammenfassung:

Eine Selbstbeteiligung der Versicherten über die gezahlten Krankenkassenbeiträge hinaus gibt es bereits. Bei den Kosten für Zahnersatz und Zahnkronen beträgt der Eigenanteil mindestens 20 Prozent. Für jedes verordnete Arzneimittel, Verbands- oder Heilmittel beträgt die Eigenbeteiligung eine Mark.

Die derzeit eingreifendste Maßnahme tritt auf Grundlage des 21. Renten Anpassungsgesetzes von 1978 am 1. Januar 1982 in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an müssen alle Rentempfänger, die einer gesetzlichen Krankenkasse oder Ersatzkasse angehören, einen eigenen Beitrag zur Krankenversicherung leisten. Er wird 11 Prozent der Rente ausmachen, die gleichzeitig um diesen Satz einmalig erhöht wird.

Welche konkrete Gestalt weitere Selbstbeteiligungsmodelle annehmen werden, ist bis ins einzelne noch nicht klar. Doch scheint sich immer klarer herauszustellen, daß alle an der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ beteiligten

Gruppen einschließlich aller im Parlament vertretenen Parteien sich auf folgende Maßnahme geeinigt haben.

Die Packungsgrößen der Medikamente sollen geändert werden.

Man geht davon aus, daß die Einführung der Eigenbeteiligung von einer Mark je verordnetem Medikament dazu geführt hat, daß mehr Großpackungen verschrieben werden. Eine Verkleinerung der Packung würde faktisch auf eine Erhöhung der Selbstbeteiligung hinauslaufen. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß insbesondere chronisch Kranke von solch einem Schritt hart getroffen würden.

Von allen im Bundestag vertretenen Parteien macht die FDP noch die konkretesten Aussagen über Selbstbeteiligungsmodelle:

- Erhöhung der Eigenbeteiligung pro verordnetem Medikament über eine Mark hinaus;
- Einführung von Wahltarifen bei den Krankenversiche-

rungen (je höher der Beitrag, umso besser die Leistungen);

- Selbstbeteiligung an der Krankenhauspflege in Höhe der eingesparten Lebenshaltungskosten.

Was die Unionsparteien betrifft, so gibt der kürzlich in Bayern zwischen Kassenärzten und Krankenkasse geschlossene Honorarvertrag zu denken: Diejenigen Ärzte, die sich durch das Verordnen von wenig oder billigen Medikamenten, durch sparsame Krankenhausüberweisung oder reduziertes Krankenschreiben hervortun, sollen eine Prämie erhalten.

Daraus wird klar, daß die Selbstbeteiligung der Sozialversicherten am Gesundheitswesen keine Zukunftsmusik ist, sondern heute schon auf Kosten der Werktätigen praktiziert wird.

Es gilt, die bereits heute praktizierte Form der Selbstbeteiligung umgehend wieder rückgängig zu machen. Neue und verschärfte Formen sind absolut indiskutabel!

Neues Jugendhilfegesetz verabschiedet

CDU/CSU als Schutzpatron der Familie?

Der Staat ist für eine wirksame Jugendhilfe verantwortlich

BONN.— Am Freitag, den 23. Mai verabschiedeten die Abgeordneten der sozial-liberalen Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU ein neues Jugendhilfegesetz (JHG). In Kraft treten wird dieses Gesetz wohl kaum, denn es gilt als sicher, daß die CDU/CSU-

Mehrheit im Bundesrat diesem Gesetz die Zustimmung verweigern wird. Somit ist eine Gesetzesinitiative, die bereits Anfang der 70er Jahre ihren Anfang genommen hatte, kläglich im Sande verlaufen.

Aus dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf sind folgende Schwerpunkte und Aufgabenbereiche der Jugendarbeit zu entnehmen:

1. politisch-bildende Jugendarbeit,
2. kulturelle Jugendarbeit,
3. arbeitsweltbezogene Jugendarbeit,
4. Jugendarbeit in Geselligkeit, Spiel und Sport,
5. Jugendberufshilfe und Förderung der Gesundheit der Jugend,
6. Jugendsozialarbeit,
7. Jugendberufshilfe und
8. internationale Jugendarbeit.

Wirksame Jugendhilfe ist gesellschaftliche Notwendigkeit

Zunächst sei festgestellt, daß die Notwendigkeit einer wirksamen, gesetzlich geregelten Jugendhilfe angesichts der kapitalistischen Wirklichkeit klar auf der Hand liegt. Die Lage der Jugend, insbesondere der Arbeiterjugend in unserem Land, ist bekanntlich alles andere als rosig; und was die Zukunftsperspektiven betrifft, so ist es recht unwahrscheinlich, daß die Situation besser wird. Man tut gut daran, das Gegenteil anzunehmen.

Das hat auch die Bundesregierung erkannt. Im fünften Jugendbericht von 20. Februar dieses Jahres heißt es unter der bezeichnenden Überschrift „Die Gefährdung von Zukunftsperspektiven“:

„Während Ende der 60er Jahre Themen wie Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung als Leitlinien die Gesellschaftspolitik zu bestimmen schienen und damit die Jugend durch die politischen Schwerpunkte der Reform im Bildungs- und Ausbildungswesen gegenüber anderen Altersschichten und sozialen Gruppen geradezu als eine bevorzugte Adressatengruppe der Reformpolitik in Erscheinung trat, findet in der Gegenwart die Jugend unter nahezu entgegengesetzten Aspekten öffentliche und politische Aufmerksamkeit. Jugendarbeitslosigkeit, Numerus clausus, Schulstreik sind brisante Themen der öffentlichen Diskussion.“ (Hervorhebung von uns, Red.)

Solange aber die Ursachen für die sich ständig verschlechternde Lage der Jugend nicht beseitigt sind, solange die Jugend unter den Bedingungen des menschenfeindlichen Kapitalismus ihr Dasein fristen muß, ist es dringend erforderlich, vom Staat die Beseitigung zumindest der schlimmsten Krisenerscheinungen zu verlangen. Und die eingangs erwähnten Schwerpunkte der Jugendhilfe wären bei entsprechender finanzieller Ausstattung zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung.

Pferdefüße im Entwurf

Als 1978 der Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz vorgelegt wurde, war besonders aus den Reihen der Jugendverbände Kritik zu hören. Aus Kreisen der Gewerkschaftsjugend und der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ war zu vernehmen, daß an die Stelle des primären Erziehungsanspruchs des Kindes und der Schutzfunktion für die Kinder und Jugendlichen die „vorrangige Orientierung auf die Stärkung der Familienerziehung“ getreten sei.

Völlig zu Recht gehen DGB-Jugend und Falken davon aus, daß Jugendhilfe unter den Bedingungen des Kapitalismus in erster Linie ein Problem der Gesellschaft, mithin des Staates und nicht der Familie ist.

Ein weiterer Pferdefuß des 1979 vorgelegten Kabinettsentwurfs besteht in starken Tendenzen, die auf eine rigorose politische Bevormundung von in der Jugendarbeit Beschäftigten hinauslaufen, die sich lückenlos in die Berufsverbotspraxis einreihen. So ist im Paragraphen 18 des Kabinettsentwurfs unter der Überschrift „Politisch bildende Jugendarbeit“ zu lesen:

„Politisch-bildende Jugendarbeit soll zu demokratischem Denken und Handeln befähigen und dazu anregen, auf der Grundlage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (...) Gesellschaft und Staat mitzugestalten.“ (Hervorhebungen von uns, Red.)

Mit Hilfe solcher Paragraphen kann Front gemacht werden gegen politische Mißliebige im Rahmen der Jugendarbeit Beschäftigte.

Auf dieser Grundlage können Jugendverbänden, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ einzutreten, öffentliche Gelder gekürzt werden.

Ferner ist geplant, Sozialarbeitern durch das neue Jugendhilfegesetz polizeiliche Befugnisse zu übertragen. Beide Maßnahmen, politische Reglementierung und Umwandlung von Sozialarbeitern in Hilfspolizisten sind wenig geeignet, zur Jugend ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, das für eine sinnvolle und effektive Jugendarbeit absolut notwendig ist.

Bezeichnend ist in dieser Hinsicht ein dem Kabinettsentwurf beigefügter Kommentar zum Paragraphen 18 (Politisch-bildende Jugendarbeit): „Vorschläge, in die politisch-bildende Jugendarbeit politische Handlungsfelder und politische Aktionen einzubeziehen, konnte nicht gefolgt werden, weil die politisch-bildende Jugendarbeit ein Feld der Vorbereitung auf die politische Praxis ist, nicht aber Teil von ihr.“ Unter diesem Aspekt steht der Entwurf

in einer Reihe mit anderen Maßnahmen, die auf den Abbau demokratischer Rechte hinauslaufen.

Ist staatliche Jugendhilfe familienfeindlich?

Man hat sich schon daran gewöhnt. Ob Gesamtschule oder Gesundheitswesen, immer treten die Vertreter der CDU/CSU, die Vertreter der schwarz-braunen Reaktion als Verteidiger des Einzelnen bzw. der Familie gegen staatliche Übergriffe auf, eine Haltung, die auf den ersten Blick als gar nicht so falsch erscheint. Sicher — auch wir Kommunisten sind gegen staatliche Übergriffe; wir sind dagegen, daß der Staat die Rechte des Einzelnen mehr und mehr einschränkt.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die CDU/CSU bei ihrer Warnung vor „zuviel Staat“ anderes im Schilde führt. Auch im Zusammenhang mit dem Jugendhilfegesetz hat sie wieder eine gesellschaftliche Gruppe ausgemacht, die vom staatlichen Einfluß erdrückt zu werden droht — die Familie.

Bei näherer Betrachtung des Problems kommt man allerdings zu dem Ergebnis, daß die Alternative Eltern oder Staat bei der Jugendhilfe auf eine völlig falsche Fragestellung hinausläuft.

Angesichts der Probleme der Jugendlichen (wo verbringe ich meine Freizeit, wo kann ich als Jugendlicher aus dem Dorf wohnen, wenn es Lehrstellen nur in der Stadt gibt etc.) stellt sich gar nicht die Frage, ob Familie oder Staat diese Probleme lösen sollen.

Die Familie ist schlichtweg nicht dazu in der Lage. Die Familie kann weder Jugendheime bauen noch Lehrlingswohnheime herzaubern.

Kinder reicher Eltern mögen diese Probleme nicht haben, Kinder reicher Eltern werden auch die nötige kulturelle Bildung mit auf den Weg bekommen, wie aber sieht es mit den Kindern der Arbeiter und kleinen Angestellten aus, wie mit den Kindern, deren Eltern beide im Berufsleben stehen, wie mit den Kindern ausländischer Arbeiter?

Hier ist der Staat in die Pflicht zu nehmen. Das ständige Herumreiten der CDU/CSU auf dem Schutz der Familie erweist sich bei genauerem Hinsehen als ein Standpunkt, der offen für die Reichen Partei ergreift.

Bei den Koalitionsparteien sieht es zunächst anders aus, obwohl sie sich in den zuständigen Bundestagsausschüssen viel von dieser reaktionären Familienideologie haben aufdrängen lassen. Doch bei SPD und FDP wird entscheidend sein, mit welchen finanziellen Mitteln sie

Auf zum IV. Internationalen Jugendlager



Für die Rechte der Jugend

Zeltlager mit Tag der internationalen Solidarität

Großveranstaltung gegen Strauß

Diskussionen, Arbeitsgruppen, Kulturwerkstätten, Lagerkino, Sport, Ausflüge usw.

19.7. - 3.8.

Thiergarten im Hunsrück

Nur 180 Mark...

... wenn Du Dich bis zum 1. Juli angemeldet hast. Danach: 200 Mark. Im Preis ist die Verpflegung enthalten. Kinder (zwischen vier und zwölf Jahren) zahlen den halben Preis. Das Geld muß auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Vorbereitungsausschuß, Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg, Postscheckamt Essen, Konto-Nr.: 2089 82-439.

Wer keine zwei Wochen Urlaub hat, kann natürlich auch nur für ein paar Tage, oder einen Abend vorbeischauen. Die Karten bekommt man immer am Lageringang. Zelte zum Schlafen müssen mitgebracht werden. Und das Essengeschirr einschließlich Besteck nicht vergessen. Wer gerne scharfe Sachen isst, denke auch an Salz- und Pfefferstreuer. Weitere Informationen beim Vorbereitungsausschuß.

ein Jugendhilfegesetz ausstaten würden. Bei ihnen wird entscheidend sein, ob sie bereit sind, alle arbeitslosen Sozialarbeiter einzustellen. Bei ihnen wird entscheidend sein, ob sie Gelder zum Bau von Jugendzentren etc. bereitstellen.

Nach Schätzungen des Bundesfamilienministeriums besteht im Rahmen der Jugendhilfe ein Bedarf an rund 14 000 zusätzlichen Arbeitskräften, vor allem Sozialpädagogen und Psychologen. Es darf bezweifelt werden, ob die Regierungsparteien bereit sind, derartige Mittel aufzuwenden.

Erst kürzlich hat der Fi-

nanzminister im Auftrag des Kanzlers bei allen Ministerien Haushaltskürzungen vorgenommen, um den Rüstungshaushalt den Erfordernissen der internationalen Lage anpassen zu können.

Ohne entschiedenen Kampf der Jugendverbände und der Gewerkschaftsjugend werden weder SPD, noch FDP und die CDU/CSU schon gar nicht bereit sein, auch nur eine müde Mark zusätzlich in die Jugendarbeit zu investieren. Und ein Gesetz, selbst wenn es positive Inhalte haben sollte, ist immer nur soviel wert wie seine finanzielle Ausstattung.

DGB-Pfingstjugendtreffen in Hamburg

„Unsere Rechte fallen nicht vom Himmel“

Insgesamt über 30 000 Teilnehmer

HAMBURG.— Die DGB-Jugend/Nordmark hatte zum größten gewerkschaftlichen Jugendtreffen seit 1945 eingeladen. Insgesamt über 30 000 trafen sich während der Pfingst-

Über hundert gewerkschaftliche Jugendgruppen stellten sich und ihre Arbeit vor. Zwei Themen beherrschten die Szene; der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Bildungsmisere — „Wir werden verhindern, daß das Arbeitsamt zum Jugendheim für kaputtgemachte Jugendliche wird“ — sowie der Gewerkschaftsfeind Nr. 1 Franz Josef Strauß. Letzteres ist besonders erfreulich, da bekanntlich der DGB-Landesvorsitzende Nordmark vor einiger Zeit jeglichen Kampf gegen Strauß für unerwünscht erklärt hatte.

Die DGB-Jugend aus Nordfriesland hatte einen Leuchtturm aufgebaut, denn Leuchtturmwärter zu werden, ist dort oben offensichtlich einfacher als einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu bekommen. Nach Angaben des DGB-Bezirks Nordmark waren Tausende von Helfern im Einsatz; Ordnungsdienst, Würstchenverkäufer, Bühnenarbeiter — es gab viel zu tun.

Irene Börjes, Leiterin der Abteilung Jugend beim DGB-Nordmark meinte: „Die vielen Info-Stände und Aktionen ma-

tage in der Hansestadt, die meisten aus Norddeutschland und Westberlin. 6 000 übernachteten im riesigen Zeltcamp. Das Lagermotto lautete: „Jugend für ihre Zukunft.“

Metall, ÖTV, NGG, IG Bergbau etc. eingefunden, ca. 160. Man war recht komfortabel in den Holzhütten eines Ferienhofes der „Falken“ untergebracht.

Von vielen jungen Gewerkschaftern wurde mit Recht bemängelt, daß für dieses Lager nur „unter der Hand“ Propa-

ganda gemacht worden ist und dadurch der Teilnehmerkreis sehr begrenzt blieb.

Immerhin hat die DGB-Jugend NRW sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, ihre Mitgliederstärke von derzeit 450 000 noch in diesem Jahr auf eine halbe Million hochzuschrauben.



Zu jedem Jugendlager gehört ein vernünftiges Kulturprogramm. In Hamburg fanden Bongie Makeba, Jutta Weinhold und Hannes Wader großen Zuspruch.

Am 30. Mai heiratete in Regensburg der mehrfache Milliarden- und Hocharistokrat, Erbprinz Johannes Baptista von Thurn und Taxis (53), eine kaum dem Kindesalter entwachsene Gräfin. Die Hochzeit machte Schlagzeilen. Die Blätter der Boulevard- und Regenbogenpresse überschlugen sich förmlich, um die Verheiratung des Superreichen als kulturelles Ereignis höchsten Grades, als die Erfüllung der Sehnsüchte von Millionen darzustellen.

Ein kulturelles Ereignis war die Hochzeit sicherlich, ein Ereignis aber der bürgerlichen Verdummungskultur, und in dem hohlen Pomp dieser Veranstaltung wurde nur die Leere dieser Kultur sichtbar.

In ihrem Buch „Ihr da oben — wir da unten“ (rororo Sachbuch, 5,80 DM) haben Bernt Engelmann und Günter Wallraff schon vor einigen Jahren hinter die Fassade der Fürsten von Thurn und Taxis geleuchtet. Ihre Beschreibungen sind wieder aktuell angesichts des Hochzeitsgeschehens zu Regensburg und dem Echo, den es in der Regenbogenpresse gefunden hat und findet. Wir bringen einige Auszüge.

Bernt Engelmann

Johannes von Thurn und Taxis

Der mit Abstand reichste Junggeselle der Bundesrepublik wohnt — wie könnte es anders sein? — in einem pompösen Schloß. Das riesige, von ausgedehnten Parkanlagen umgebene Gebäude liegt im Herzen einer süddeutschen Großstadt, nämlich mitten in Regensburg, und enthält ganze Fluchten von prächtigen Sälen voller Antiquitäten und Gemälden alter Meister. Doch die meisten Räume des alten Schlosses dienen nur gelegentlich, dann allerdings sehr aufwendiger, nach altspanischem Hofzeremoniell verlaufenden Repräsentation. Für seinen junggeselligen Alltag hat sich der Schloßherr in einem der Seitenflügel eine vergleichsweise kleine und bescheidene Wohnung eingerichtet, in deren Vestibül ein Springbrunnen plätschert und wo ihn seine Hampels aufs vortrefflichste umhegen.

Der Hampel-Mann waltet, vorbildlich ergeben und umsichtig, als des ledigen Krösus persönlicher Kammerdiener und Haushofmeister; die Hampel-Frau versieht das Amt einer Wäschebeschleierin, leitet den Einsatz der Putzerinnen und komponiert als vortreffliche Köchin jene erlesenen Menüs, für die die Tafel ihres Herrn berühmte ist, denn Durchlaucht — so wird er angeredet — liebt gut zu speisen. Sein voller Name lautet übrigens: Erbprinz Johannes Baptista de Jesus Maria Louis Miguel Friedrich Bonifazius Lamoral von Thurn und Taxis. (...)

Der Thurn und Taxische Besitz ist ebenso umfangreich wie höchst ungewöhnlich zusammengesetzt, zudem von ehrwürdigem Alter. Ursprünglich war die Familie weder reich noch adlig. Unter dem schlichten Namen Daxis walteten die Vorfahren im ausgehenden Mittelalter südlich der Alpen und in Tirol ihres Amtes als Briefträger, dann als kleine Posthalter. Vielleicht wären sie heute wohlhabende Hotelbesitzer in Bozen, aber keineswegs hocharistokratische DM-Milliardäre, hätten es die Ahnen mit ihren Pflichten so streng genommen, wie man es heutzutage von Postbeamten verlangt. Statt dessen begannen sie frühzeitig damit, die ihnen anvertrauten Briefschaften heimlich zu öffnen und sich mit den daraus gewonnenen Informationen teils selbst geschäftlich zu betätigen, teils hohen geistlichen wie weltlichen Herren nützlich zu machen. Das führte zu wachsendem Wohlstand, mit dessen Hilfe sie ihr Postgebiet immer weiter ausdehnen konnten. Sie schlugen bald alle Konkurrenten aus dem Feld und erwarben das Postmonopol im

Reich, nicht zuletzt mit dem Argument, daß sie nur dann wirklich alles erfahren und der kaiserlichen Regierung mitteilen könnten, wenn sämtliche Post durch ihre Hände ginge. (...) Heute zählen die Thurn und Taxis mit 34 000 Hektar (= 340 Millionen Quadratmeter) Grundeigentum, allein in der Bundesrepublik, zu den bedeutendsten privaten Landbesitzern Mitteleuropas. (...)

Indessen sind die Liegenschaften der Thurn und Taxis in der Bundesrepublik erstens nur die Basis ihres Inlandvermögens, zum anderen nur ein kleiner Teil ihres internationalen Großgrundbesitzes, der unter anderem rund 50 000 Hektar bestes Weide- und Plantagenland im brasilianischen Mato Grosso, 5000 Hektar Wald in Britisch-Kolumbien sowie einige große Farmen an der Peripherie rasch wachsender kanadischer Städte wie Edmonton und Toronto umfaßt. Zum Thurn und Taxis-Konzern gehören auch Ziegel- und Baustoffwerke, eine Beteiligung an der Flachgas AG Delog-Detag, Fürth und Gelsenkirchen, und manches andere. (...)

Die Fürstl. Thurn und Taxis-Brauerei, die fünftgrößte in Bayern, hat im Raum Regensburg und weit darüber hinaus eine marktbeherrschende Stellung, auch eine eigene Malzfabrik, eigene Hopfenfelder sowie eine beträchtliche Menge verpachteter Gastwirtschaften. (...) In Pforzheim befallen sich ein halbes Dutzend Thurn und Taxis-eigene Firmen mit der Prägung von Medaillen und Münzen, mit der Herstellung von Schmuck und Uhrehäusern sowie mit der Verarbeitung von Gold zu industriellen Zwecken. Und auch für den Absatz der Produkte ist gesorgt, teils durch eine konzern-eigene Handelsfirma, teils durch eine private Bank, die in München, Regensburg, Nürnberg, Frankfurt und Hamburg vertreten ist.

Als vor ein paar Jahren die Zentrale der Fürst Thurn und Taxis-Bank von Regensburg nach München verlegt wurde, war die Isarmetropole Schauplatz eines so prunkvollen Festes, das es den an mancherlei gewöhnten Münchnern fast die Sprache verschlug. Fünfhundert, in der Mehrzahl so prominente Gäste waren von Prinz Johannes geladen und wurden wahrhaft fürstlich bewirtet. Er kaufte dafür zwar nicht gleich das ganze prächtige Cuvilliers-Theater, aber immerhin eine geschlossene Gala-Vorstellung der Mozart-Oper „Die Entführung aus dem Serail“; „Käfers Käfer“, das sind die hübschen, für dieses Fest in Rokoko-Pa-

gen-Verkleidung auftretenden Serviererinnen des mit Liefer-Rolls-Royce ausgestatteten Münchner Prominenten-Gastronomen und Party-Architekten Gerd Käfer, fütterten die Eingeladenen mit feinstem Kaviar, getrüffelter Gänseleberpastete, geräuchertem Bären-

schinken, Helgoländer Hummer und anderen Delikatessen ab. Dann erhielt noch jeder der fünfhundert Gäste zum Andenken an diesen berauschten Abend eine talergroße, eigens aus diesem Anlaß geprägte Goldmedaille geschenkt!

Günter Wallraff

Feudalismus in Regensburg

Die meisten Informationen über das fürstliche Haus sind verklärt oder anekdotisch angehaucht. Einem ehemaligen fürstlichen Leib- und Kammerdiener bricht der Schweiß aus, als ich ihn nach seinen Erfahrungen im fürstlichen Hause frage. „Ich darf nicht, ich darf nicht“, sagt er ängstlich. Seine Frau erzählt mir anlässlich eines späteren Besuchs, wie ihr Mann unter dem „spanischen Hofzeremoniell“ gelitten habe, wie er zu jeder Begegnung mit den durchlauchten Familienmitgliedern mit einem Bückling aufwarten mußte und vor lauter

Verbeugungen abends oft Kopfschmerzen gehabt habe, wie er, wenn er mal einen Formfehler in der Etikette beging, Ohrfeigen erhielt, wie die Lakaien eigentlich nicht als Menschen angesehen wurden, mehr als treue Haustiere, vor denen man sich folglich nicht zu schämen brauchte, sich vor ihnen auszog oder wenn man der Jagdleidenschaft auf Tiere gerade mal nicht frönte, sie abends als „Postillon d'amour“ zur separat schlafenden Gattin schickte, ob sie geneigt sei, den Fürsten noch zu empfangen.

Der „Korea-Wirt“

Einer der wenigen, vielleicht der einzige Regensburger, der es wagte, es auf eine offene Auseinandersetzung mit dem fürstlichen Hause ankommen zu lassen, ist der „Korea-Wirt“ aus dem Otternbachtal. Ungeachtet seiner gefährlichen Lage — sein Stückchen Land, seit dem 15. Jahrhundert Erbe seiner Väter, wird umklammert von den riesigen später erworbenen Besitztümern des Fürsten — schenkte er in seiner Gaststätte statt des fürstlichen Bieres (-Volksmund: „Taxis-Pils — keiner will's“) — das mehr gefragte „Münchner Löwenbräu“ aus.

„Korea-Wirt“ Franz König: „Thurn und Taxis hätten keine Gläser und kein Mobiliar ge-

stellt, von den Münchnern bekam ich das alles. Die Regensburger strömten nur so zu mir. Ich hatte 50 Tische und 300 Stühle draußen stehen. Zu meinem Namen kam ich, als nach einem Sommernachtsfest, als die Leute alle ihren Spaß hatten bei mir, der Pfarrer von Altenhamm von der Kanzel herunterpredigte: „Bewahret Eure Jugend vor dem grausigen Otternbachtal, denn dort geht es zu wie in Korea.“ Das hatte genau die gegenteilige Wirkung, die der Pfarrer wohl erwartet hatte, ich machte Reklame damit, setzte Anzeigen in die Zeitungen: „Es lädt ein der Korea-Wirt“, und es kamen noch mehr. Bis mir die Fürstliche Brauerei den Hals ab-



Tatsächlich! Thurn u. Taxis (2 Milliarden) hat das arme Mädchen geheiratet

Schlagzeile aus „Bild“, 31.5.1980

schnitt. Sie errichtete Schranken mitten auf den Zufahrtswegen, stellte Verbotsschilder auf den Hauptweg, der bis dahin als öffentlicher Gemeindeverbindungswege galt. Kunden blieben aus, Brauereiwagen konnten nicht mehr passieren, sogar der Krankenwagen, der meinen Sohn, der schwer erkrankt war, holen wollte, kam nicht durch. Meine Existenz ist seitdem vernichtet, das Haus verfällt. Ich ging zwar vor Gericht, es kam zu einem Wegerechtsprozeß, der Domänenverwalter des Fürsten, Dr. Dr. Schneider, gestattete allenfalls ein „Notwegerecht“ zu meinem Anwesen. Ich bin seitdem ruiniert. Das bißchen Land, das ich bestelle, wird oft noch von

den Sauen des Fürsten umgewühlt, die Saat teilweise vernichtet. Wenn ich Schadenersatzsprüche stellte, heißt es, den Schaden hätten keine fürstlichen Schweine angerichtet, es müsse sich da um eingewanderte Sauen aus dem Spessart handeln.

Ich hätte mich nicht gegen den Fürsten stemmen dürfen, dann wäre ich heute eines der besuchtesten Ausflugsziele der Umgebung. Leute von den Behörden hatten mir schon gesagt: „Sie Sturkopf, verkaufen Sie doch Fürstenbier, dann haben Sie auch Ruhe.“ Aber ich bin trotz allem froh, daß ich nicht gemacht habe, so bin ich wenigstens frei und mein eigener Herr!“

Bildbände aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien



Albanian Figurative Arts/Painting (Albanische Malerei). In englischer Sprache. Gebunden. Format 27 x 25 cm. 217 Reproduktionen. 18 Mark. Die Bildbände sind zu beziehen über: Verlag Roter Morgen, Dortmund, Postfach 30 05 26

Außerdem erhältlich:

Udhetim neper Shqiperi (A tour through Albania). Eine fotografische Reise, die uns Albanien näherbringt. 63 Farbfotos. Begleittext in Englisch und Französisch. 4,80 DM.

Zef Bumci: Maska Te Cjerra. Politische Karikaturen aus Albanien. 101 Seiten. 6,00 DM.

Zu beziehen über: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30 Wellenhofer Str. 103/Postfach 30 05 26 Tel.: 0231/43 36 91-92



Gjirokastra — Museumsstadt. Bildband über die albanische Stadt Gjirokastra. In deutscher Sprache, mit einleitendem Text. Gebunden. Format 27 x 25 cm. 176 Abbildungen. 18 Mark.

Gju me gju me popullin (Auf du und du mit dem Volk). Bildband über das Leben Enver Hoxhas. In albanischer Sprache. Gebunden. Format 35 x 27 cm. 216 Abbildungen, schwarzweiß und in Farbe. 18 Mark.

LES LETTRES ALBANAISES



Les Lettres Albanaises Albanische Zeitschrift für Literatur und Kunst, in der Beispiele albanischer Prosa, Lyrik, Malerei, usw. veröffentlicht werden. Illustriert. In französischer Sprache. Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 6,00 DM.

Mangelnder Brandschutz:

Zehn Patienten starben bei Krankenhausbrand

Bei der bisher schwersten Brandkatastrophe in einer Klinik der Bundesrepublik sind im badenwürttembergischen Achern am vergangenen Mittwoch zehn Menschen ums Leben gekommen. Obwohl in dem Krankenhaus schon 1979 feuerpolizeiliche Mängel festgestellt worden waren, waren diese Mängel bis zum Ausbruch des Brandes noch immer nicht vollständig behoben.

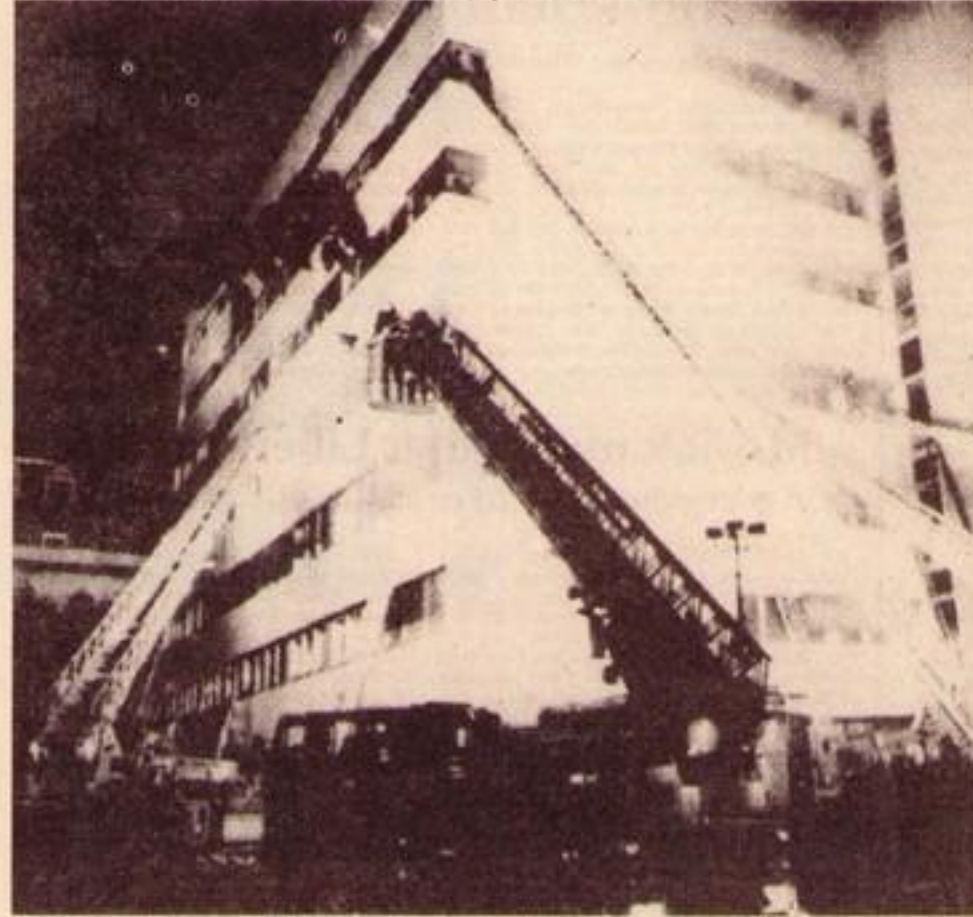
Auch der „Hausherr“ des Krankenhauses, der Offenburger Landrat Gamber, räumte auf einer Presskonferenz ein, daß die Katastrophe bei intakten Feuerschutzmaßnahmen glimpflicher hätte verlaufen können. Die Maßnahmen hätten sich jedoch verzögert, weil zunächst die notwendigen 50 000 Mark nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz hätten beantragt werden müssen. — Wegen 50 000 Mark sind also zehn Menschen gestorben — 5 000 für jeden.

Paradox war vor allem, daß der Brand nur das Kellergeschoß des Gebäudes wirklich erfaßte, die Todesfälle und tödlichen Rauchvergiftungen aber im sechsten Stock auftraten. Durch einen Schacht mit kunststoffverkleideten Rohrleitungen fraß sich der Brand und der Qualm nach oben. Gerade diese verhängnisvollen Schächte waren es, die im Zuge der Feuerschutzmaßnahmen hätten

„abgeschottet“ werden sollen.

Genaueres über die Brandursache ist noch nicht bekannt. Klar ist jedoch, daß es sich bei

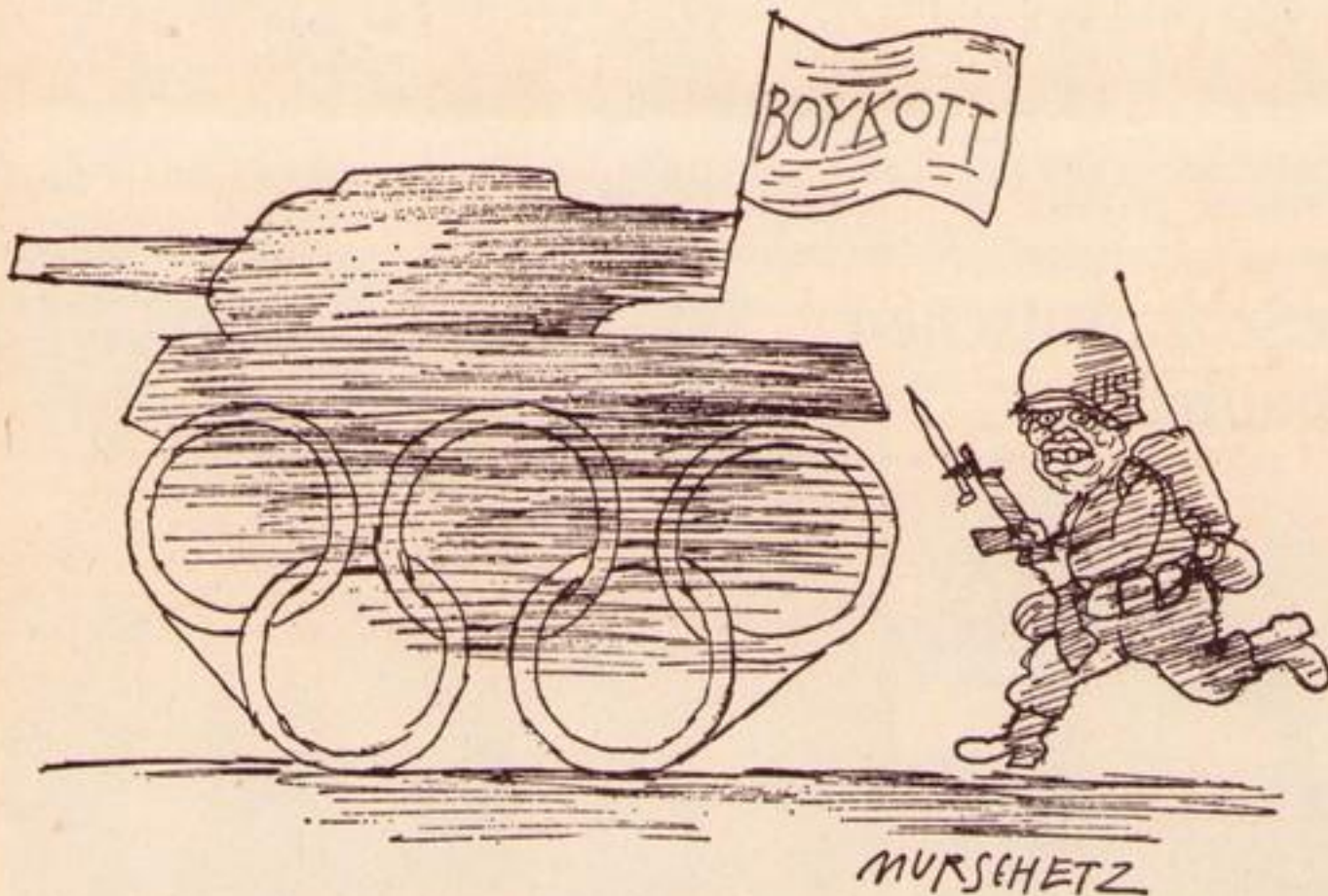
den Toten um Opfer der Sparmaßnahmen, der „Kostensenkung“ auf dem Gesundheitssektor handelt.



Das brennende Krankenhaus in Achern

Menschenrechts-Jimmy in Aktion

Karikatur der Woche



Aber bitte ohne Anti-Strauß-Plakette...

Druck- und
Große Eschenhe
Personalverwaltung

Zum sofortigen oder späteren Eintritt suchen wir eine

Locherin

für unsere Datenverarbeitung (IBM)

Wir bieten gute Gehaltsbedingungen, einen angemessenen Jahresurlaub, gutes Betriebsklima sowie preiswerten Mittagstisch im eigenen Kasino. Außerdem gewähren wir Leistungen im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes sowie zusätzliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Sie können jederzeit ein vertrauliches Gespräch mit uns führen, oder schreiben Sie uns.

Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden

Bundesvorstand — Personalabteilung
Postfach 33 49, Bockenheimer Landstraße 73-77
6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (06 11) 7 43 71

Warum

HILFE!!!
Wenn
072

Aus: „Frankfurter Rundschau“ vom 27. Mai. — Die IG Bau Steine Erden hatte Anfang des Jahres die Locherin Ute Nanay wegen eines Anti-Strauß-Aufklebers, den sie an ihrem Arbeitsplatz

Europa-Weltraumrakete in die Karibik gefallen

„Ariane“ ging baden

„Man hat etwa 25 Kilometer vor der Küste einige Trümmer schwimmen sehen.“ — Mit diesen Worten zogen Vertreter der europäischen Weltraumorganisation ESA am 26. Mai Bilanz ihres jüngsten Unternehmens. Bereits vier Minuten nach dem Start war die europäische Großrakete Ariane vor der Küste Französisch-Guianas in das Meer gefallen.

Mit dem Fehlstart wurde die Serie gescheiterter europäischer Weltraumunternehmen angemessen fortgesetzt. Eine klare Verschlechterung allerdings mußte verbucht werden: Während die letzte Europa-Rakete 1972 immerhin erst 250 Kilometer von der Küste entfernt ins Meer gestürzt war, schaffte Ariane nur 25 Kilometer. Aber immerhin! Sie hat sich wenigstens bewegt.

Mit der 47 Meter langen und 200 Tonnen schweren Ariane verglühten und verzichteten 215

Millionen Mark über und in der Karibik: 55 Millionen Mark für die Rakete, 110 Millionen für die beiden westdeutschen Satelliten Feuerrad und Oscar 9, die auf die Spitze der Rakete montiert waren, sowie 40 Millionen für die Startvorbereitungen. Einen großen Teil des Schadens trägt die Bundesrepublik, oder besser: ihre Steuerzahler — wir.

Aber das europäische Weltraumprogramm geht weiter. Der nächste Millionen-Schub in den Ozean ist schon geplant. Der Count-down läuft.

Das ist die Bundeswehr:

Menschenquälerei kein Entlassungsgrund!

In seinem Jahresbericht 1978 schilderte der Wehrbeauftragte der westdeutschen Bundesregierung unter anderem folgendes aus der zweiten Jägerdivision in Kassel:

„Über mehrere Stunden schikanierten ein Stabsunteroffizier und drei Unteroffiziere im dienstlichen Bereich einen Obergefreiten. Sie hängten ihn unter Anwendung von Gewalt mit einem an seinem Koppel befestigten Haken etwa 45 Stunden lang an eine Tür, setzten ihn auf einen Spind, schoben ihn unter den Tresen des Kompaniegeschäftszimmers hindurch, legten ihn anschließend auf den Tresen und zogen ihm Stiefel und Hose aus.“

Die Menschenquälerei blieb zunächst nicht ohne Folgen: Allen vier Beteiligten wurde die Ausübung ihres Dienstes verbo-

schwerdebescheid des kommandierenden Generals des III. Korps in Koblenz auf (Aktenzeichen: IV e 591/78).

Das Gericht stellte zwar eine Dienstpflichtverletzung des Unteroffiziers fest, hielt aber eine fristlose Entlassung für überzogen. Denn — so das Gericht — ein Verbleiben des Menschenquälers in der Bundeswehr hätte die militärische Ordnung oder das Ansehen der Bundeswehr nicht ernstlich gefährdet...

Die Grenzen der „Allianz“

Folgende Schäden kann die Allianz-Versicherung — wie es in der Broschüre „Ihr Hausrat, Ihre Wohnung sind in Gefahr“ heißt — nicht versichern: Schäden durch Krieg, innere Unruhen, Erdbeben, Kernenergie, Schäden an Kraftfahrzeugen und am Eigentum von Untermietern, Sengschäden und Bearbeitungsschäden. — Wobei die „Schäden durch Kernenergie“ neu in die Liste aufgenommen wurden.

Die Allianz-Versicherung kann also für Atomkraftunfälle nicht garantieren. Das ist um so interessanter angesichts der Tatsache, daß die Allianz längst in das Atomgeschäft miteingestiegen ist, daß sie längst Bestandteil der „Atom-Mafia“ geworden ist. „Hoffentlich Allianz-verstrahlt“ — wird man demnächst wohl sagen müssen.



ten. Sie wurden fristlos entlassen. — Nun aber kam heraus, daß in zumindest einem Fall die Entlassung nicht rechtens war. Das Kasseler Verwaltungsgericht hob am 8. Mai 1980 die vom Kommandeur der zweiten Jägerdivision in Kassel verfügte fristlose Entlassung eines der Unteroffiziere und den Be-



Samstag, 7. Juni, 19.50 Uhr, Südwest III

Dies ist mein Land. — Spielfilm aus dem Jahr 1943 (USA). Regie: Jean Renoir.

Samstag, 7. Juni, 20.15 Uhr, ZDF

Fanfan, der Husar. — Französisch-italienischer Spielfilm aus dem Jahr 1951. Regie: Christian-Jaque. Der Film, der zur Zeit Ludwigs XV. spielt, parodiert meisterlich die Rauf-, Reiter- und Rosen-Romantik. Aber zuerst einmal führt er sie selber vor...

Sonntag, 8. Juni, 19.30 Uhr, ZDF

Schauplätze der Weltliteratur: Jack London und sein Alaska. — Ein Film von Martin Schliessler.

Montag, 9. Juni, 20.20 Uhr, Südwest III

Die Orchesterprobe. — Von und mit Karl Valentin und Liesl Karlstadt.

Dienstag, 10. Juni, 19.45 Uhr, Hessen III

Städter auf dem Land. Beobachtungen des Zeichners Honoré Daumier (1808 bis 1879). Film von Hannelore Schäfer.

Dienstag, 10. Juni, 22.35 Uhr, ZDF

Lissy. — Spielfilm aus dem Jahr 1957 (DDR) nach dem gleichnamigen Roman von F.C. Weiskopf. Drehbuch: Alex Wedding und Konrad Wolf. Regie: Konrad Wolf. — Der Film führt in das Berlin der faschistischen Machtübernahme und schildert die Konflikte eines Arbeitermädchens, das mit einem Kleinbürger, der der SA beitrifft, verheiratet ist.



Filmszene aus „Lissy“

Donnerstag, 12. Juni, 22.45 Uhr, Hessen III

Die Bühne als Tribüne. — Erinnerungen an Erwin Piscator.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRAALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 11-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

2300 KIEJ, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 00, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 20, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Tel.: 0231/83 23 20, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 3, Tel.: 089/26 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzgerstr. 29, Tel.: 0203/44 30 14

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0211/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

7000 STUTTGART, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schillerstr. 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-18, Sa 9-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/485 39 68, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 11-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/23 11 11, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.